



01

2007


Statistische Monatshefte

Aus dem Inhalt:

60 Jahre amtliche Statistik für Rheinland-Pfalz
Betreuung einzelner junger Menschen



Statistik nutzen



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Achim Steinhäuser

Das Anfang 1947 gegründete Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat seit 1948 seinen Sitz in Bad Ems.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

01 2007

Statistische Monatshefte

60. Jahrgang

Inhalt

Vorwort	3
kurz + aktuell	5
60 Jahre amtliche Statistik für Rheinland-Pfalz	17
Betreuung einzelner junger Menschen im Jahr 2005	30
Daten zur Konjunktur	34
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	57
Neuerscheinungen	67

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2007

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

60 Jahre Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

– Statistik im Wandel der Zeit –

Mit Erlass vom 15. Januar 1947 verkündete die provisorische Landesregierung, die beiden Statistischen Landesämter Rheinland-Hessen-Nassau in Koblenz und Hessen-Pfalz in Neustadt an der Weinstraße zum Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz zusammenzulegen. In seinem Erlass hatte das Staatsministerium verfügt:

„Die bisherigen Statistischen Landesämter in Koblenz und Neustadt werden mit Wirkung vom 1. Januar 1947 zu einem Amt vereinigt. Das Amt wird dem Staatsministerium unterstellt und die folgende Bezeichnung führen:

*Landesregierung Rheinland-Pfalz
Statistisches Landesamt*

Die Arbeiten des Statistischen Landesamtes werden vorläufig in Koblenz und Neustadt durchgeführt. Eine räumliche Vereinigung soll sobald als möglich durchgeführt werden.“

Anfang des Jahres 1948 erfolgte der Umzug beider Ämter nach Bad Ems und besiegelte damit die räumliche Vereinigung der ehemals selbständigen Häuser. Seither ist die amtliche Statistik in Rheinland-Pfalz untrennbar mit dem Namen Bad Ems verbunden.

Zwei Generationen sind zwischenzeitlich vergangen. So wie unser Land in diesem Jahr sein 60. Gründungsjubiläum begeht, kann auch auf 60 Jahre Auf- und Ausbauarbeit im Statistischen Landesamt zurückgeblickt werden.

Zeit seines Bestehens hat sich das Statistische Landesamt als ein Spiegel der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnisse verstanden. Seine Arbeit war und ist darauf ausgerichtet, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und die Bürgerinnen und Bürger mit statistischen Informationen zu versorgen, die für die Vorbereitung und Überprüfung von Entscheidungen notwendig sind. Hierbei unterlag das Statistikspektrum einem ständigen Wandel. So lieferte das Amt in den ersten Jahren seines Bestehens vornehmlich jene Daten, die zur Sicherung von Ernährung und Wohnraum sowie der Energieversorgung unabdingbar waren. Wohnraumbewirtschaftung, Mietpreisbindung und Lebensmittelrationierung fußten maßgeblich auf Zahlen der amtlichen Statistik. Heute tritt die Bereitstellung von Informationen für die Weiterentwicklung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen hervor. In diesem Kontext versteht sich die Statistik als qualifizierter Informationsdienstleister. Stand früher primär die reine Bereitstellung amtlicher Daten im Vordergrund, hat heute die weitergehende Aufbereitung und Analyse des statistischen Ausgangsmaterials eine wachsende Bedeutung. Die Arbeiten des Statistischen Landesamtes zur Projektion der Bevölkerungsentwicklung und -struktur bis 2050, die darauf basierende Analyse der Auswirkungen des demographischen Wandels oder die in der Reihe „Statistische Analysen“ unter dem Titel „Rheinland-Pfalz regional“ veröffentlichten Untersuchungen seien beispielhaft genannt.

Der „technologische Wandel“ hat die Statistik über 60 Jahre von den ersten Anfängen bis zur modernsten Technologie begleitet und befruchtet. So wurden bereits 1946 in den damals noch getrennten Ämtern in Koblenz und Neustadt die

ersten Lochkartenmaschinen eingesetzt. Das erste Rechenzentrum der Landesverwaltung hatte seinen Standort in den Räumlichkeiten des Statistischen Landesamtes. Hiermit einher gingen die Entwicklung des Landesinformationssystems und die Abwicklung von Aufgaben der Verwaltungsautomation (z. B. des maschinellen Wohngeldverfahrens). Große Teile des Datenspektrums aus über 250 Bundes- und EU-Statistiken sowie rund 60 Landesstatistiken werden heute in der Datenbank des Landesinformationssystems gespeichert. Dieser Datenspeicher ist zugleich die Grundlage für die schnelle und effiziente Informationsbereitstellung im Rahmen des Internet-Angebotes des Statistischen Landesamtes. Hiermit kann den Anforderungen der Statistiknutzer neben der Datenqualität besonders hinsichtlich Aktualität und Transparenz des statistischen Angebotes entsprochen werden. Darüber hinaus kann ein Großteil der Publikationen als kostenfreier Download bezogen werden.

Die amtliche Statistik ist in der Bundesrepublik Deutschland in bewährter Form als föderales Gesamtsystem der statistischen Ämter von Bund und Ländern ausgebildet. Während der Bund die Gesetzgebungskompetenz für alle Bundesstatistiken innehat, obliegt es den Ländern in eigener Verantwortung die statistischen Daten zu erheben, zu erfassen, aufzubereiten, die Länderergebnisse festzustellen und diese zur Erstellung des Bundesergebnisses an das Statistische Bundesamt weiterzuleiten. Diese Arbeitsteilung gewährleistet die fachliche und technische Kompetenz, statistische Informationen unterhalb der Länderebene in der notwendigen regionalen und sektoralen Tiefe sicherstellen zu können und trägt dadurch zu einem effizienten volkswirtschaftlichen Controlling in den Ländern bei. Hierbei messen sich die Qualität und der Nutzwert statistischer Daten vor allem auch daran, ob diese Informationen für die spezifischen Belange und Probleme in den Ländern und Regionen als Orientierungs- und Entscheidungsgrundlagen aufbereitet und analysiert werden können. Dies ist eine vorrangige Aufgabe und ein besonderes Anliegen der statistischen Landesämter, insbesondere des Landesamtes Rheinland-Pfalz.

Stillstand im föderativen System bedeutet Rückschritt. Der Fortschritt im IT-Bereich macht es möglich, die Statistikproduktion künftig noch effizienter, wirtschaftlicher und kundenfreundlicher durchzuführen als bisher. Hierbei sollen zum einen die Berichtspflichtigen durch die Nutzung von ohnehin schon erhobenen Verwaltungsdaten oder über moderne Formen der Datenübermittlung via Internet oder auch direkt aus dem Rechnungswesen eines Betriebes entlastet werden. Zum anderen gilt es auf Seiten der statistischen Ämter alle Rationalisierungspotenziale zu nutzen. Schon seit Jahrzehnten werden die Datenverarbeitungsprogramme im Verbund der amtlichen Statistik von einem Land für alle entwickelt. Künftig sollen diese Programme aber nicht mehr in jedem statistischen Amt, sondern für eine Statistik nur noch in einem Amt installiert werden, auf den alle Ämter zum Zweck der zentralen Datenproduktion zurückgreifen. Diese zentrale IT-Produktion nach dem Prinzip „Einer für alle“ generiert Synergieeffekte und damit Effizienzreserven, die in Zeiten knapper Ressourcen einerseits für Einsparungen und andererseits für die Übernahme neuer Aufgaben in der amtlichen Statistik benötigt werden.

Die ersten 60 Jahre waren arbeitsreiche, aber überwiegend gute Jahre für das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz. Hoffen wir, dass man im Jahr 2067 das Gleiche auch rückblickend für die nun vor uns liegenden 60 Jahre sagen kann.

Jörg Berres

Präsident des Statistischen Landesamtes

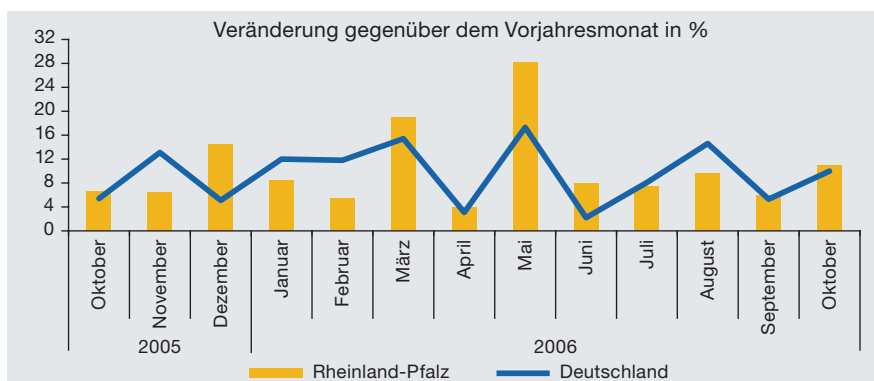
Industrieraufträge im Oktober mit zweistelligem Plus

Entwicklung im Land günstiger als im Bundesdurchschnitt

Die preisbereinigten Auftragseingänge in der rheinland-pfälzischen Industrie nahmen im Oktober 2006 um 11% zu. Die Bestellungen aus dem Ausland lagen 12,3% über dem Wert des Vorjahresmonats, die Inlandsaufträge legten um 9,7% zu. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes war das Ordervolumen im Oktober 2006 bundesweit um 10% höher als im Oktober des vorigen Jahres. Die Bestellungen aus dem Inland lagen 10,4% über dem entsprechenden Vorjahreswert, die aus dem Ausland um 9,7%.

Bei den rheinland-pfälzischen Herstellern von chemischen Erzeugnissen stiegen die Auftragseingänge um 11,5%. Der Fahrzeugbau glich mit einem guten Auslandsgeschäft die schwache Inlandsnachfrage aus und verzeichnete ein Auftragsplus von 3,1% gegenüber Oktober 2005. Dank einzelner größerer Aufträge konnten die Hersteller von Büromaschinen, DV-Geräten, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik eine Zunahme des Gesamtordervolumens von über 45% verbuchen. Diese Entwicklung wurde von Bestellungen aus dem Inland wie dem Ausland in ähnlichem Ausmaß getragen. Das Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) meldete ein gutes Inlandsgeschäft und konnte seine Gesamtauftragseingänge um 21,3% steigern. Alle übrigen Wirtschaftszweige des verarbeitenden Gewerbes verzeichneten ebenfalls eine rege Bestelltätigkeit.

Auftragseingangsindex im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Industrie setzte im September mehr um

Geringster Beschäftigtenabbau seit fünf Jahren

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erwirtschafteten im September 2006 Umsätze in Höhe von fast 6,4 Mrd. Euro; das waren 4% mehr als im September des Vorjahres. Bundesweit stiegen die Umsätze um 2,6%. Angekurbelt wurde

die Entwicklung in Rheinland-Pfalz durch die Inlandsumsätze, die um 6,6% höher lagen als im September 2005. Das Auslandsgeschäft legte um 1,2% zu; die Exportquote lag bei 46,7%. Einen bedeutenden Teil des Auslandsgeschäftes stellten unverändert die Umsätze mit den Ländern der Eurozone. Hier wurden fast 1,6 Mrd. Euro bzw. 53,6% des Auslandsumsatzes getätigt.

Umsatz und Beschäftigte in ausgewählten Wirtschaftszweigen der rheinland-pfälzischen Industrie

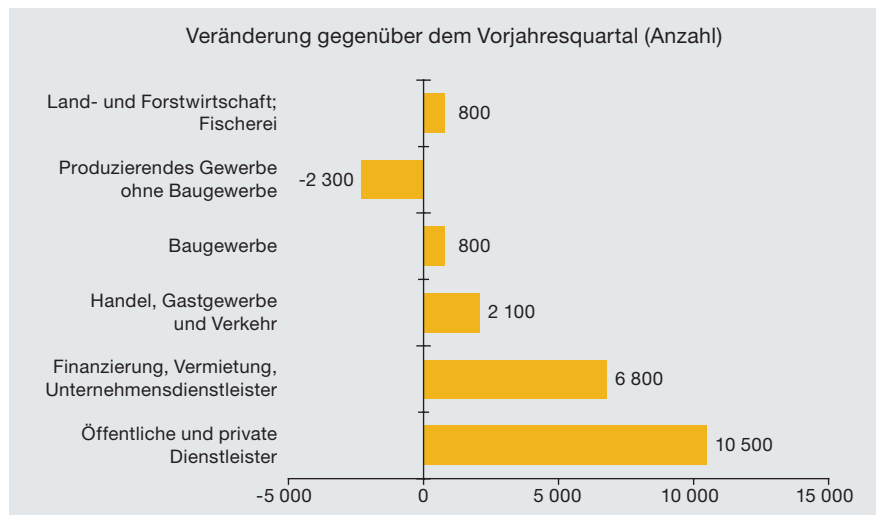
Wirtschaftszweig	Veränderung gegenüber September 2005 in %	
	Beschäftigte	Umsatz
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	-0,2	-1,8
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-1,9	2,2
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren etc; Recycling	-3,5	2,5
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	0,2	4,1
Ledergewerbe	-2,3	4,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	-2,7	4,3
Fahrzeugbau	-1,0	4,7
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	-1,3	5,6
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	1,0	8,2
Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	-2,6	9,1
Maschinenbau	2,2	9,2
Büromaschinen, DV-Geräte, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	0,4	10,6

Der in den vergangenen Jahren zu beobachtende starke Abbau von Arbeitsplätzen verlangsamt sich zusehends. Ende September waren 273 058 Personen in den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben beschäftigt, das waren rund 2 000 oder 0,7% weniger als ein Jahr zuvor. Bundesweit wurde ein Beschäftigtenrückgang um 0,2% festgestellt.

Ein deutliches Plus erzielten im Land vor allem die Hersteller von Büromaschinen, DV-Geräten, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik sowie der Maschinenbau. Bei leicht höherem Beschäftigtenstand als im September 2005 stiegen die Umsätze um 10,6 bzw. 9,2%. Der Fahrzeugbau und die chemische Industrie, die mehr als 46% des Gesamtumsatzes auf sich vereinen, verzeichneten Umsatzsteigerungen von 4,7 bzw. 2,2%. Die Zahl der Beschäftigten in diesen beiden Bereichen sank stärker als im Durchschnitt aller Branchen.

Von Januar bis September haben die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe 54,9 Mrd. Euro umgesetzt, das waren 6,1% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Auslandsumsätze konnten um 7,3% auf 26,2 Mrd. Euro gesteigert werden, bei den Umsätzen im Inland gab es einen Zuwachs von 5% auf 28,7 Mrd. Euro. Bundesweit setzte die Industrie in den ersten drei Quartalen 3,8% mehr um als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Erwerbstätige im 3. Quartal 2006 nach Wirtschaftsbereichen



Erwerbstätigkeit auch im dritten Quartal deutlich gestiegen

Wieder großes Plus im Dienstleistungssektor

Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ hatten im dritten Quartal 2006 rund 1,804 Mill. Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Das waren gut 18 700 Personen oder 1% mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Bundesdurchschnitt lag der Beschäftigungszuwachs bei 0,9%; in den alten Bundesländern (ohne Berlin) nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 0,8% zu.

Die Entwicklung in Rheinland-Pfalz verlief damit im dritten Quartal 2006 noch etwas günstiger als im zweiten Quartal, als bereits ein Beschäftigtenanstieg um 13 600 Personen (+0,8%) gegenüber dem zweiten Quartal 2005 registriert wurde.

Auch im dritten Quartal 2006 war die Zunahme der Erwerbstätigkeit hauptsächlich auf die Dienstleistungsbereiche zurückzuführen; im Vorjahresvergleich erhöhte sich hier die Zahl der Erwerbstätigen um gut 19 400 oder 1,5%. Im Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ wurden 10 500 zusätzliche Arbeitsverhältnisse registriert. Im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 6 800 und im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ um 2 100. Dagegen hatte das produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) weiterhin Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen (-2 300), bedingt vor allem durch den Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse. Im Baugewerbe dagegen erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Vorjahresvergleich um 800. Auch in der Land- und Forstwirtschaft waren 800 Personen mehr tätig als im dritten Quartal 2005.

Mehr Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen in den ersten drei Quartalen 2006

Von Januar bis September 2006 registrierten die rheinland-pfälzischen Gewerbeämter 33 954 Gewerbeanmeldungen, das waren 2,3% mehr als im gleichen Zeitraum 2005. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen stieg um 2,8% auf 26 068.

Von den Gewerbeanmeldungen entfielen rund 84% auf Neuerrichtungen und jeweils knapp 8% auf Zuzüge bzw. Übernahmen. 80% der Gewerbeabmeldungen waren Aufgaben, 11% entfielen auf Fortzüge und 9% auf die Übergabe von Unternehmen

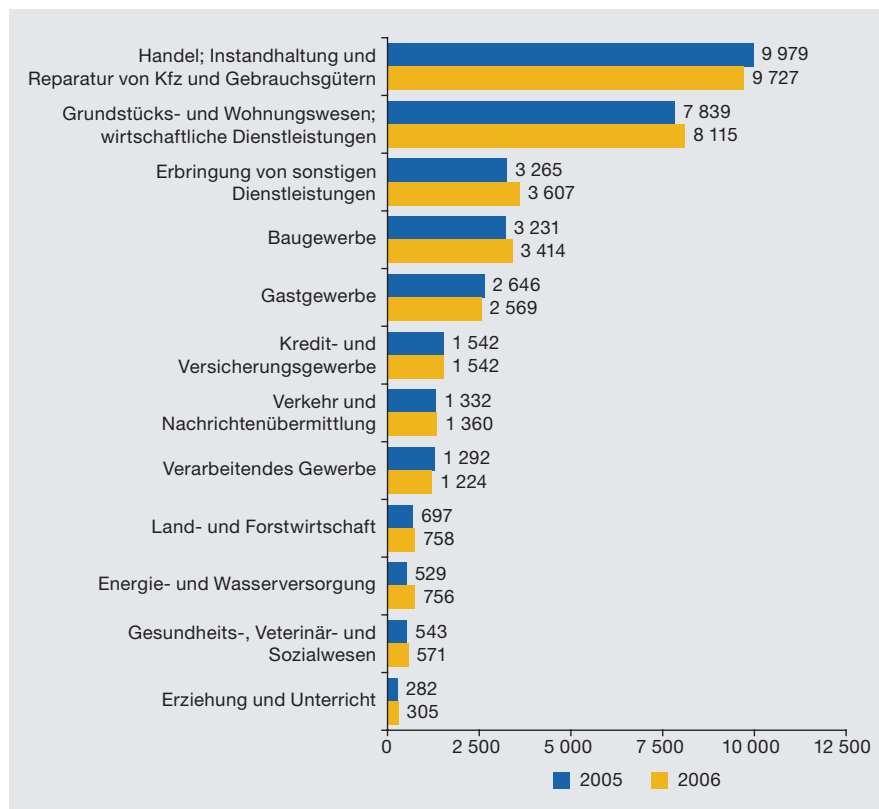
durch Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Rechtsformänderung oder Gesellschafteraustritt.

Die meisten Gewerbeanmeldungen gab es im Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern“; ihre Zahl lag mit 9 727 allerdings rund 3% unter der des gleichen Vorjahreszeitraums. Danach folgte der Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen; Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ mit 8 115 Anmeldungen. Gegenüber den ersten drei Quartalen des Vorjahres war hier ein Anstieg von über 3% zu verzeichnen. Diese beiden

Wirtschaftsbereiche lagen auch bei den Gewerbeabmeldungen vorne. Im Wirtschaftsabschnitt „Energie- und Wasserversorgung“ wurden 756 Anmeldungen registriert, fast 43% mehr als im Vorjahreszeitraum. Davon waren 536 Neben-erwerbsanmeldungen im Bereich der Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern und sonstigen Energiequellen: Privathaushalte, die beispielsweise Solarstrom einspeisen, benötigen einen solchen Gewerbeschein.

Die Stadt Speyer und der Landkreis Cochem-Zell belegten bei den Gewerbeanmeldungen – bezogen auf je 10 000 Einwohner – die jeweilige Spitzenposition unter den kreisfreien Städten bzw. den Landkreisen. Die jeweils wenigsten Anmeldungen gab es in der Stadt Zweibrücken bzw. im Landkreis Trier-Saarburg. Die meisten Gewerbeabmeldungen je 10 000 Einwohner wurden bei den kreisfreien Städten in Pirmasens und bei den Landkreisen in Bad Dürkheim gemeldet. Die relativ geringsten Zahlen an Gewerbeabmeldungen gab es in der Stadt Kaiserslautern bzw. im Landkreis Kusel.

Gewerbeanmeldungen von Januar bis September 2005 und 2006 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Rückgang der Unternehmensinsolvenzen

Deutlicher Anstieg der Verbraucherinsolvenzen

Von Januar bis September 2006 meldeten bei den Amtsgerichten in Rheinland-Pfalz 1 151 Unternehmen Insolvenz an. Das waren 106 Fälle weniger als in den ersten drei

Unternehmensinsolvenzen von Januar bis September 2005 und 2006 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Januar – September		Veränderung
	2005	2006	
	Anzahl		
Grundstückswesen, Vermietung, wirtschaftliche Dienstleistungen	248	235	-13
Handel	283	231	-52
Baugewerbe	281	228	-53
Verarbeitendes Gewerbe	129	119	-10
Gastgewerbe	108	113	5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	70	96	26
Erbringung sonstiger Dienstleistungen	49	52	3
Land- und Forstwirtschaft	34	27	-7
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	29	23	-6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	13	17	4
Sonstige Bereiche	13	10	-3
Insgesamt	1 257	1 151	-106

Quartalen 2005 (-8,4%). Bundesweit lag die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den ersten neun Monaten um 17,2% unter der des gleichen Vorjahreszeitraums.

Die aus den Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz resultierenden Forderungen betrugen rund 522 Mill. Euro, das waren gut 121 Mill. Euro weniger als in den ersten neun Monaten des Jahres 2005 (-18,8%). Die meisten Unternehmensinsolvenzen gab es in den unternehmensnahen Dienstleistungen (235), im Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern“ (231) sowie im Baugewerbe (228).

Unter den kreisfreien Städten verzeichnete Zweibrücken mit 15 Unternehmensinsolvenzen je 1 000 aktive Unternehmen die höchste Insolvenzhäufigkeit, Neustadt an der Weinstraße mit 2 die niedrigste. Bei den Landkreisen wurde in Cochem-Zell mit 4,8 Insolvenzen je 1 000 aktive

Unternehmen die geringste Insolvenzhäufigkeit registriert, in Mainz-Bingen mit 10,7 die höchste. Die hohe Insolvenzhäufigkeit im Landkreis Mainz-Bingen dürfte auch auf die große Zahl an Unternehmensgründungen in den vergangenen Jahren zurückzuführen sein.

Um gut 20% höher als im gleichen Vorjahreszeitraum war in Rheinland-Pfalz die Zahl der Insolvenzen von übrigen Schuldner, bundesweit waren es 26% mehr. Von den insgesamt 4 209 Verfahren in Rheinland-Pfalz waren 2 903 Verbraucherinsolvenzen, die übrigen Fälle betrafen ehemals selbständig Tätige (1 187), Nachlässe (98) und natürliche Personen (21). Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag in Rheinland-Pfalz um knapp 33% über der des Zeitraums Januar bis September 2005, bundesweit war ein Anstieg um 37% zu verzeichnen. Die aus den Verbraucherinsolvenzen in Rheinland-Pfalz resultierenden Forderungen lagen mit 192 Mill. Euro

um rund 6 Mill. Euro über dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Mit 43,5 Fällen je 10 000 Einwohner wies die Stadt Pirmasens die höchste Verbraucherinsolvenzquote aus. Die niedrigste Quote unter den kreisfreien Städten hatte Neustadt an der Weinstraße mit 4,9 Fällen je 10 000 Einwohner. Bei den Landkreisen reichte die Spanne von 10,2 im Landkreis Kusel bis 3,2 im Landkreis Cochem-Zell.

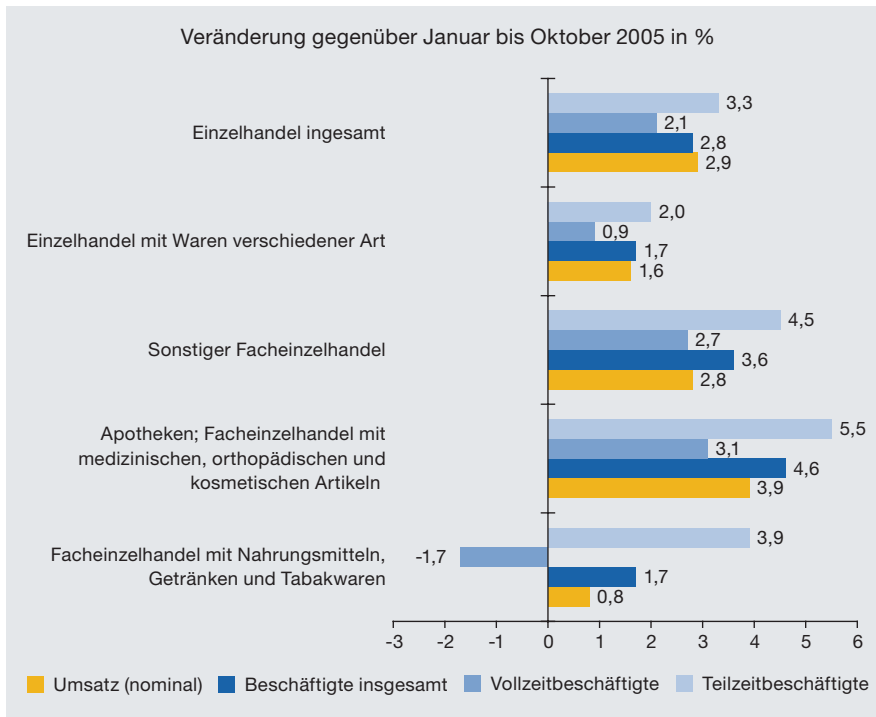
Die monatliche Insolvenzstatistik gibt Auskunft über das Insolvenzgeschehen und ist damit ein wichtiger konjunktureller Spätindikator. Erhebungsbasis sind die Meldungen der Amtsgerichte über die von ihnen bearbeiteten Verfahren.

Einzelhandel legt in Rheinland-Pfalz stärker zu als bundesweit

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel – ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen – hat seine Umsätze in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres steigern können. Die Zahlen nahmen gegenüber dem Zeitraum von Januar bis Oktober 2005 nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 2,9% zu. Real, d. h. um Preisveränderungen bereinigt, lag das Umsatzplus bei 1,9%. Bundesweit stiegen die Umsätze des Einzelhandels in den ersten zehn Monaten nominal um 0,8% und real um 0,2%.

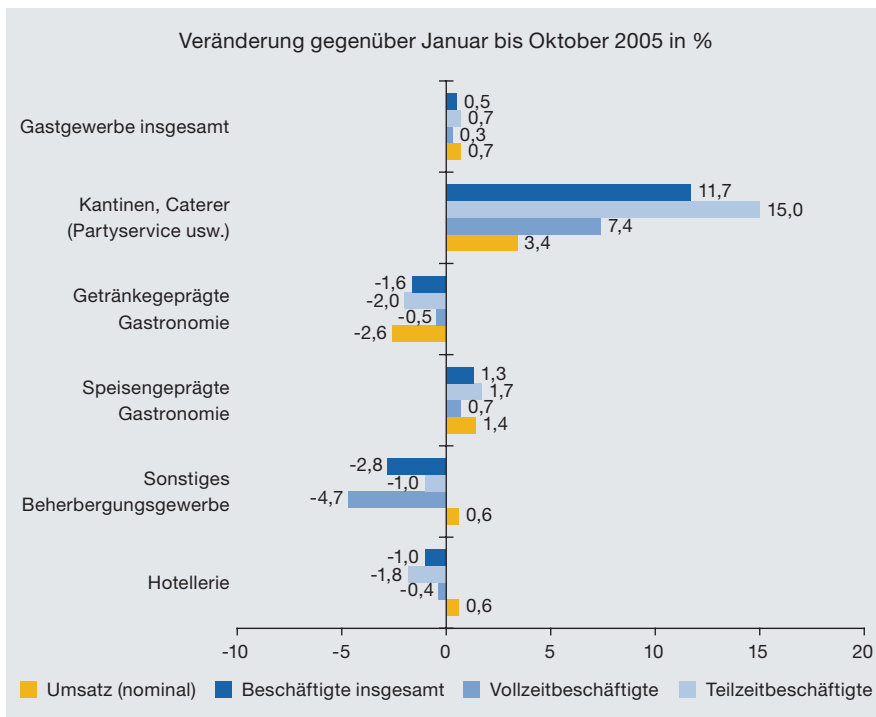
Im Brennstoffhandel schlugen preisbedingte Umsatzsteigerungen zu Buche und sorgten für eine über-

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel von Januar bis Oktober 2006



durchschnittliche Entwicklung beim Einzelhandel außerhalb von Ladengeschäften (+15% gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Ein überdurchschnittliches Umsatzplus verzeichneten auch die Apotheken und der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. Im Einzelhandel mit sonstigen Waren wurde ebenfalls mehr umgesetzt. In diesem Bereich fielen besonders die Anschaffungen von Möbeln sowie Einrichtungs- und Haushaltsartikeln ins Gewicht. Eine unterdurchschnittliche Umsatzsteigerung verzeichnete in den ersten zehn Monaten dagegen der Fachhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Ähnlich ging es dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art; hierzu gehören insbesondere Kauf- und Warenhäuser sowie Super- und Verbrauchermärkte.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe von Januar bis Oktober 2006



Das freundlichere Konsumklima schlug sich auch in der Beschäftigung nieder. Sowohl die Zahl der Vollzeitkräfte als auch die der Teilzeitkräfte nahm im Zeitraum von Januar bis Oktober zu, wobei die Zahl der Teilzeitkräfte überdurchschnittlich anstieg.

Im Oktober 2006 setzte der rheinland-pfälzische Einzelhandel nach ersten Ergebnissen nominal 1,8% mehr um als im Vorjahresmonat. Preisbereinigt lag das Umsatzplus im Oktober bei 1,1%. Bundesweit blieben die Umsätze nach vorläufigen Berechnungen nominal unverändert, real gingen sie um 0,5% zurück.

Gastgewerbe mit moderatem Umsatz- und Beschäftigtenzuwachs

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe konnte seine Umsätze im Zeitraum von Januar bis Oktober 2006 leicht steigern. Die Umsatzerlöse nahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum nominal – d. h. zu jeweiligen Preisen – um 0,7% zu. Real – um die Preisveränderungen bereinigt – verzeichnete die Branche einen Umsatzrückgang um 0,5%. Bundesweit setzte das Gastgewerbe in den ersten zehn Monaten nominal 1,3% mehr um, real blieb der Umsatz gegenüber dem Vorjahreszeitraum unverändert.

Überdurchschnittliche Zuwächse waren bei Kantinen und Cateringbetrieben zu beobachten, zu denen u. a. die Lieferanten von Fluggesellschaften gehören. Aber auch die speisengeprägte Gastronomie – Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben – konnte das Umsatzvolumen in den ersten zehn Monaten ausweiten. Im Beherbergungsgewerbe lagen die Umsätze leicht über dem Vorjahresniveau. Ein Minus verzeichnete hingegen die getränkegeprägte Gastronomie.

Bei der Beschäftigung im Gastgewerbe war in den ersten zehn Monaten ebenfalls ein moderater Zuwachs zu beobachten. Die Zahl

der Vollbeschäftigten nahm gegenüber dem Zeitraum von Januar bis Oktober 2005 um 0,3%, die der Teilzeitkräfte um 0,7% zu.

Im Oktober 2006 setzte das rheinland-pfälzische Gastgewerbe nach ersten Ergebnissen nominal 0,5% mehr um als im Vorjahresmonat. Preisbereinigt ging der Umsatz gegenüber Oktober 2005 um 1% zurück. Bundesweit lagen die Umsätze nominal um 1,3% höher als im Oktober des Vorjahres, real bedeutete dies einen Rückgang um 0,2%.

Gäste aus dem Ausland sorgen für Plus im Tourismus

Weniger Urlauber aus Deutschland

Die rheinland-pfälzische Tourismusbranche hat in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres fast 6,5 Mill. Gäste begrüßt. Das waren 0,5% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 2,9 Tagen lagen die Übernachtungszahlen bei knapp 18,7 Mill. Dies entspricht einem geringfügigen Rückgang um 0,2% im Vergleich zum Zeitraum von Januar bis Oktober 2005.

Die leicht negative Entwicklung beim Inlandstourismus (Gäste: –0,5%, Übernachtungen: –1,5%) konnte durch Nachfragesteigerungen beim Auslandstourismus teilweise aufgefangen werden. Die Zahl der ausländischen Gäste nahm in den ersten zehn Monaten überdurch-

Gäste und Übernachtungen von Januar bis Oktober 2006¹⁾ nach Herkunft, Fremdenverkehrsgebieten und Betriebsarten

Herkunft Fremdenverkehrsgebiet Betriebsart	Gäste		Übernachtungen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum
	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	6 499 740	0,5	18 693 536	-0,2
aus dem Ausland	1 413 863	4,4	4 056 841	4,6
aus Deutschland	5 085 877	-0,5	14 636 695	-1,5
nach Fremdenverkehrsgebieten				
Rheinhausen	614 808	3,0	1 136 056	7,6
Hunsrück/Nahe/Glan	555 766	2,2	2 025 791	1,0
Pfalz	1 369 153	1,2	3 585 058	-0,1
Eifel/Ahr	1 109 122	0,5	3 752 701	-0,7
Mosel/Saar	1 652 014	0,0	5 170 466	-0,7
Rheintal	762 803	-1,4	1 705 018	-2,3
Westerwald/Lahn/Taunus	436 074	-1,9	1 318 446	-2,7
nach Betriebsarten				
Ferienzentren	356 109	16,0	1 696 317	12,1
Hotels	3 456 812	2,1	7 093 741	1,8
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	75 907	-11,9	1 838 498	-1,5
Hotels garnis	421 972	0,9	866 629	-1,8
Privatquartiere ²⁾	694 668	0,0	2 812 755	-1,8
Jugendherbergen u. ä. Einrichtungen	460 539	-3,8	1 069 613	-2,0
Pensionen	261 773	0,2	798 908	-2,4
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	374 855	1,0	1 131 521	-4,2
Gasthöfe	256 407	-6,4	673 834	-8,1
Ferienhäuser, -wohnungen	140 698	-25,9	711 720	-13,4

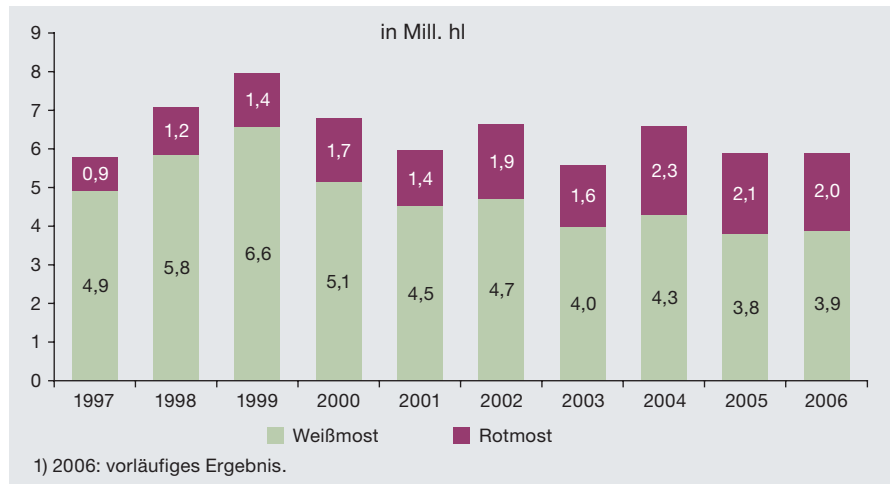
1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Neben Privatquartieren mit weniger als neun Betten sind hier auch gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als neun Betten berücksichtigt.

schnittlich um 4,4% auf mehr als 1,4 Mill. zu. Gleichzeitig stiegen die Übernachtungszahlen von ausländischen Gästen um 4,6% auf knapp 4,1 Mill. Entscheidenden Einfluss auf diese positive Entwicklung hatten die Besucher aus Belgien und aus Großbritannien. Für diese beiden Herkunftsländer waren Übernachtungszuwächse von 5,7 bzw. 5,5% zu verzeichnen. Zudem stiegen die Übernachtungszahlen der Niederländer um 2,5% auf fast 1,6 Mill. Die Niederlande, Belgien und Großbritannien gehören zu den wichtigsten ausländischen Zielmärkten der rheinland-pfälzischen Tourismusbranche. Auf diese drei Länder entfallen fast zwei Drittel der Übernachtungen von Ausländern.

Von der steigenden Nachfrage aus Belgien und den Niederlanden profitierten besonders die großen Ferientouristen, deren Betreiber gegenüber dem Vorjahreszeitraum teilweise zweistellige Zuwachsraten verzeichneten. Daneben verbuchten aber auch die Hoteliers ein höheres Übernachtungsvolumen. In den übrigen Betriebsarten waren in den ersten zehn Monaten Übernachtungsrückgänge zwischen 1,5 und 13,4% zu beobachten.

In den sieben rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgebieten war die Entwicklung ebenfalls uneinheitlich. Während die Übernachtungszahlen in Rheinhessen und in der Region Hunsrück/Nahe/Glan gegenüber dem Vorjahreszeitraum stiegen, gingen sie in den übrigen fünf Gebieten zurück.

Weinmosternte 1997–2006¹⁾



Der Oktober, der neben dem September der wichtigste Monat für den Tourismus in Rheinland-Pfalz ist, trug nicht zu einer Verbesserung der bisherigen Gesamtbilanz für das Jahr 2006 bei. Die Gästezahlen lagen um 1,4% unter dem Vorjahresmonat, die Übernachtungszahlen um 0,6%.

Erneut Qualitätsjahrgang in Sicht

Weinangebot bleibt knapp

Der 2006er wird in Rheinland-Pfalz ein qualitativ überdurchschnittlicher Weinjahrgang. Drei von vier Litern Weinmost eignen sich für den Ausbau zu einem Qualitätswein mit Prädikat. Im langjährigen Mittel konnte nur gut die Hälfte (57%) der Weinmoste für Prädikatsweine (Kabinett, Spätlese, Auslese) verwendet werden. Das nach Öchslegraden hochwertige Lesegut ist vom Umfang her knapp geblieben. Mit 5,9 Mill. hl wird nach den endgültigen Schätzungen der Weinbauberichterstatte eine Weinmosternte von ähnlicher Menge

wie 2005 erwartet. Zum Vergleich: In den letzten zehn Jahren wurden im Durchschnitt 6,4 Mill. hl Weinmost geerntet.

Auch das Verhältnis zwischen dem für Weißwein bzw. Rotwein geeigneten Most hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. 3,9 Mill. hl Weißmost (2005: 3,8 Mill. hl) stehen 2 Mill. hl Rotmost (2005: 2,1 Mill. hl) gegenüber. Besonders bei den weißen Rebsorten mussten die Ertrags Erwartungen in der Spätphase der Ernte deutlich nach unten korrigiert werden. Ergiebige Niederschläge ab Mitte September brachten vielerorts eine rasch fortschreitende Fäulnis der Trauben mit sich. Die Hektarerträge des eingebrachten Lesegutes sanken so zusehends. Beim Riesling liegt der Hektarertrag mit 83 hl um 9,2% unter dem langjährigen Mittel. Insgesamt wird hier, auch aufgrund der wieder steigenden Rieslingflächen, mit 1,2 Mill. hl Weinmost etwas mehr erwartet als im Jahr 2005

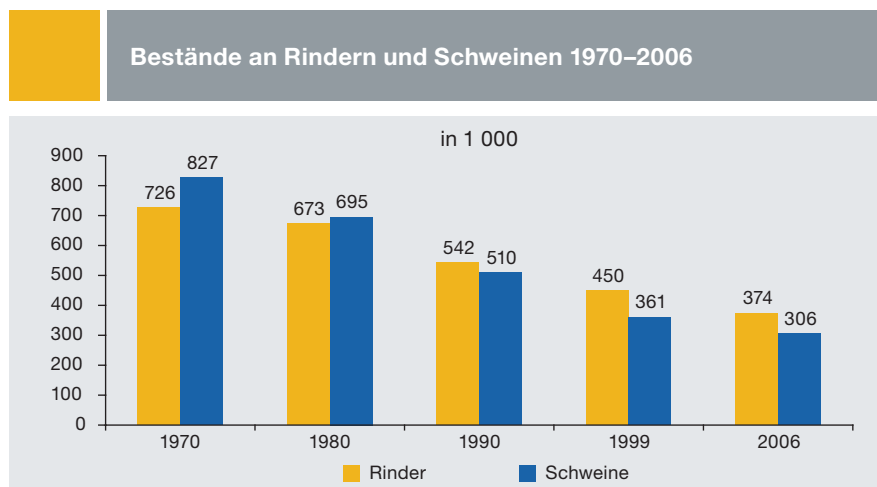
(1,1 Mill. hl). Bei der wichtigsten Rotweinrebsorte, dem Dornfelder, wird der durchschnittliche Hektarertrag auf 107 hl geschätzt, das sind 28% weniger als im langjährigen Mittel. Hier liegt die Erntemenge von gut 800 000 hl um knapp 15% unter der des Vorjahres.

Legt man den Durchschnitt der letzten zehn Jahre zugrunde, sind in fast allen Anbaugebieten im Jahr 2006 die Erntemengen geringer ausgefallen. In Rheinhessen, dem größten Weinanbaugebiet Deutschlands, sind es 2,47 Mill. hl (–2,7%). In der Pfalz liegt die Erntemenge bei 2,17 Mill. hl (–8,5%). An der Mosel, wo im vergangenen Jahrzehnt die Rebflächen besonders stark zurückgingen, werden 820 000 hl (–24%) erwartet. Das Ernteergebnis an der Nahe wird auf 346 000 hl (–2,2%) geschätzt. Auch am Mittelrhein fällt mit 33 000 hl die Erntemenge unterdurchschnittlich aus (–8,7%). Lediglich im Anbaugebiet Ahr (47 000 hl) erbrachte der Weinjahrgang 2006 eine Menge, die um 17% über dem langjährigen Durchschnitt liegt.

Heimische Viehhaltung schrumpft weiter

Zahl der Schweinehalter sank binnen fünf Jahren um 43%

Immer weniger landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz halten Vieh. Im November 2006 gab es nur noch rund 6 200 Halter von Rindern und knapp 2 000 Betriebe, in denen Schweine gehalten wurden. In den



vergangenen fünf Jahren ging die Zahl der Rinderhalter um 22%, die der Schweinehalter um 43% zurück. Im selben Zeitraum nahm die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe um 21% auf knapp 26 000 ab. In der für Rheinland-Pfalz vergleichsweise bedeutenden Milchviehhaltung sank die Zahl der Bauernhöfe binnen fünf Jahren um ein Viertel. Derzeit existieren noch rund 2 700 Betriebe, die vor allem in den grünlandreichen Mittelgebirgsregionen des Landes der Milcherzeugung nachgehen. Die Viehbestände sind ebenfalls rückläufig. Im November 2006 wurden in den Stallungen der Höfe noch rund 374 000 Rinder und 306 000 Schweine gezählt. Im Vergleich zur Viehzählung vom November 2005 sind das gut 14 000 Rinder (–3,7%) und knapp 22 000 Schweine (–6,6%) weniger. Die Bestandszahlen markieren den vorläufigen Tiefststand in einer seit Jahrzehnten anhaltenden Entwicklung. Seit Ende der 1960er-Jahre haben sich die Rinderbestände (1967: 761 000 Tiere) in Rheinland-Pfalz

praktisch halbiert. Bei den Schweinen verlief die Abwärtsentwicklung noch ausgeprägter; hier reduzierten sich die Bestände seither um über 60%. Mit derzeit knapp 3% der Rinder und etwa 1% der Schweinebestände Deutschlands nimmt Rheinland-Pfalz, was die Viehhaltung angeht, unter den Bundesländern einen nachgeordneten Rang ein.

Unter den Rindviehbeständen sind gegenüber November 2005 überdurchschnittliche Rückgänge bei den Milchkühen (112 000; –6,1%) und bei den Ammen- und Mutterkühen (45 000; –4,5%) zu verzeichnen. Die Zahl der Kälber sank vergleichsweise geringfügig um 2,3% auf 50 000 Jungtiere. Die für die Rindfleischerzeugung gehaltenen Bestände (38 000 Tiere) waren leicht rückläufig (–0,8%), wobei die Bullenmast mit –5,1% stärker nach unten tendierte. In der Schweinehaltung hat sich der bei den Zuchtsauen zu beobachtende Rückgang der letzten Jahre deutlich abgeschwächt. Die Zahl der Muttertiere liegt mit über 27 000 (–0,9%) nur knapp unter der

Bestandsaufnahme vom November 2005. Dagegen sind die Bestände der Mastschweine überdurchschnittlich stark auf 119 000 Tiere (–10%) gesunken. Dies ist der tiefste je in Rheinland-Pfalz ermittelte Stand. Wollte man den jährlichen Bedarf an Schweinefleisch ausschließlich aus heimischer Mastschweinehaltung decken, ergäbe sich für die rheinland-pfälzischen Verbraucher überschlägig gerechnet eine Unterversorgung von fast 90%.

Krankenhauskosten um 3,4% gestiegen

Im Durchschnitt wurden 3 251 Euro je Behandlungsfall aufgewendet

Im Jahr 2005 ließen sich in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern 817 000 Patientinnen und Patienten stationär behandeln. Mit 8,3 Tagen lag die durchschnittliche Verweildauer leicht unter dem Wert des Jahres 2004 (8,4 Tage). Zum Vergleich: Im Jahr 1995 wurden 776 000 stationäre Behandlungsfälle registriert, die durchschnittliche Verweildauer lag bei 10,9 Tagen. Die 25 600 Betten in den 97 Krankenhäusern waren zu 72% ausgelastet.

Damit setzt sich der in den vergangenen Jahren beobachtete Trend fort: Die Zahl der Behandlungsfälle stagniert auf einem hohen Niveau, gleichzeitig sinkt aber die Zahl der erbrachten Behandlungstage, weil sich die Aufenthaltsdauer der Patientinnen und Patienten in den Krankenhäusern verringert.

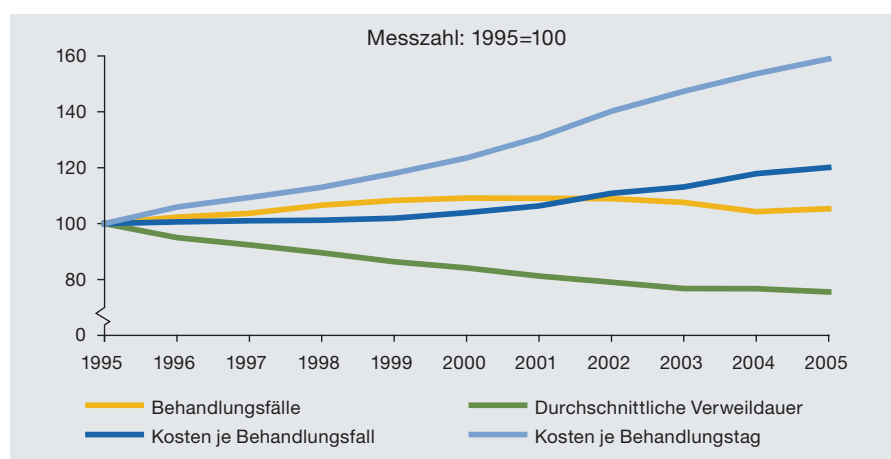
Ursächlich für diese Entwicklung sind – neben Reformen im Gesundheitswesen, die auf mehr Effizienz zielen – auch medizinische Fortschritte, die sich in neuen oder verbesserten Behandlungsformen zeigen. Hierzu zählen insbesondere ambulante Operationsleistungen. Im Jahr 2005 wurden 58 000 ambulante Eingriffe durchgeführt; gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Steigerung von fast 25%.

In den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern fielen im Jahr 2005 Gesamtkosten von rund 3 Mrd. Euro an, das waren 3% mehr als 2004. Den größten Teil der Ausgaben bildeten die Personalkosten mit rund 2 Mrd. Euro (+2%). Davon entfielen fast 680 Mill. Euro auf den Pflegedienst und rund 500 Mill. Euro auf den ärztlichen Dienst. Die Sachkosten schlugen mit mehr als 990 Mill. Euro zu Buche und lagen um 6% höher als im Vorjahr. Der Anstieg resultiert unter anderem aus den Mehraufwendungen beim me-

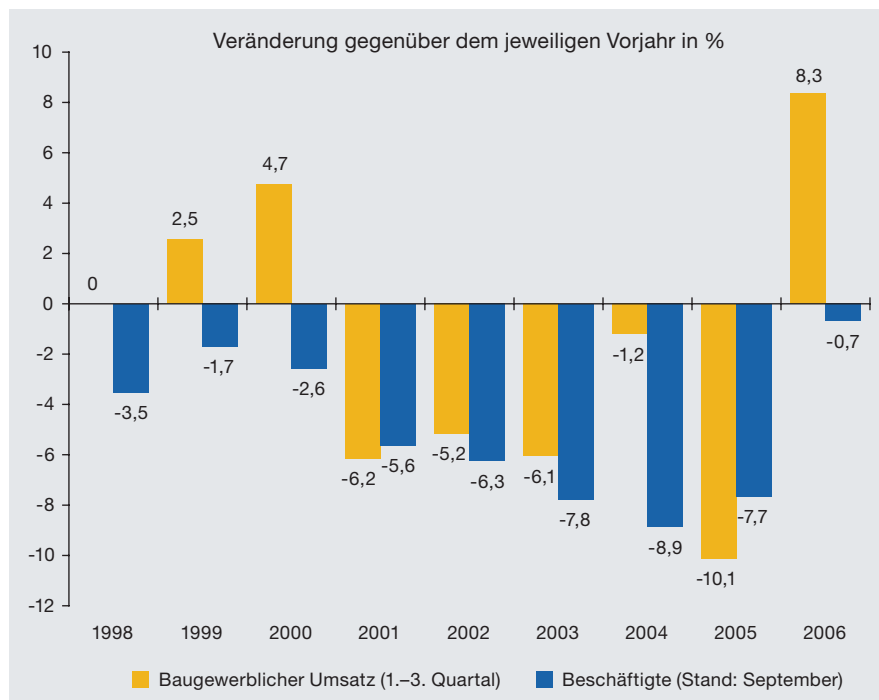
dizinischen Bedarf (+4%) und den pflegesatzfähigen Instandsetzungen (+7%) sowie den gestiegenen Energiepreisen (+12%).

Bereinigt man die Gesamtkosten um Aufwendungen, die nicht unmittelbar im Zusammenhang mit stationären Leistungen anfallen (z. B. Kosten der Ambulanz, Forschung und wissenschaftlichen Lehre), erhält man die pflegesatzfähigen Kosten. Diese lagen im Jahr 2005 bei 2,7 Mrd. Euro. Je Behandlungsfall entstanden pflegesatzfähige Kosten von rund 3 251 Euro, knapp 2% mehr als im Jahr zuvor. Die durchschnittlichen Behandlungskosten je Fall lagen damit um fast 4% unter dem Bundesdurchschnitt von 3 371 Euro. Im Vergleich der westdeutschen Bundesländer waren die Behandlungskosten in Rheinland-Pfalz am geringsten. Die mit 2 907 Euro deutschlandweit niedrigsten Behandlungskosten ergaben sich für die Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern.

Entwicklung ausgewählter Merkmale im Krankenhausbereich 1995–2005



Umsatz und Beschäftigte im Bauhauptgewerbe 1998–2006



Baugewerbe steigert erstmals seit fünf Jahren die Umsätze

Beschäftigtenzahl sinkt langsamer als in den vergangenen Jahren

Der baugewerbliche Umsatz im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe ist in den ersten drei Quartalen 2006 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,4% auf 2,4 Mrd. Euro gestiegen; dies ist die erste Zunahme nach fünf Jahren des Rückgangs. Zu der Entwicklung hat vor allem das Bauhauptgewerbe beigetragen, dessen Umsätze um 8,3% auf 1,7 Mrd. Euro stiegen; bundesweit gab es einen Zuwachs von 3%. Die Umsätze im Ausbaugewerbe lagen in Rheinland-Pfalz um 1,7% höher als in den ersten neun Monaten des Vorjahres.

Wie schon in den vergangenen Monaten konnte im Bauhauptgewerbe vor allem der Tiefbau zulegen (+12,3%); zu diesem Ergebnis hat insbesondere der Straßenbau mit einem Plus von 16,9% beigetragen. Als eine mögliche Ursache für die Steigerung sind neben der gesamtwirtschaftlichen Erholung die gestiegenen Investitionsspielräume der Kommunen aufgrund höherer Gewerbesteuereinnahmen zu sehen.

Die Zahl der Beschäftigten im rheinland-pfälzischen Baugewerbe ist im vergangenen Jahr weniger stark gesunken als in den Jahren zuvor. Ende September 2006 waren 28 863 Personen im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe tätig, das waren

9 496 Beschäftigte bzw. 24,8% weniger als noch vor fünf Jahren. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr hat sich erstmals seit sechs Jahren deutlich abgeschwächt und liegt für Bauhaupt- und Ausbaugewerbe zusammen bei 1%. Im Bauhauptgewerbe ist die Zahl der Beschäftigten gegenüber September 2005 um 0,7% gesunken. Bundesweit verringerte sich die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe um 1,8%.

Die zunehmende Erholung insbesondere des Bauhauptgewerbes schlägt sich auch in den Auftragseingängen nieder. In den ersten neun Monaten des Jahres 2006 lag das Volumen der Auftragseingänge um 13,9% höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Spitzenposition nahm der Tiefbau mit einer Steigerung von 16,5 ein.

Die Daten stammen aus der Befragung von 648 rheinland-pfälzischen Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten aus dem Bauhaupt- und Ausbaugewerbe.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Dezember 2006

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz lag im Dezember 2006 um 1,4% über dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats.

Die größten Preissteigerungen gegenüber Dezember 2005 waren in den Gruppen Alkoholische Getränke und Tabakwaren (+3,7%), Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe (+2,1%) sowie Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+1,8%) zu verzeichnen, wobei die höheren Ausgaben rund um die Wohnung vor allem auf den Preisanstieg bei der Haushaltsenergie (+5,3%), speziell beim Gas (+18,7%), zurückzuführen sind. Auch bei traditionellen Weihnachtsgeschenken wie Schmuck und Uhren (+6,5%) mussten die Verbraucherinnen und Ver-

braucher tiefer in die Tasche greifen als ein Jahr zuvor. Dagegen verbilligten sich Geschenke aus dem Bereich der Unterhaltungselektronik, wie z. B. DVD-Rekorder (-17,3%), gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich.

Im Vergleich zum November 2006 stiegen saisonüblich die Preise im Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur (+5,7%) deutlich an. Hervorzuheben sind hier die Pauschalreisen mit einem Preisanstieg von knapp 31%. Auch bei den Beherbergungsdienstleistungen (+23,8%) waren die Preise deutlich höher als vor einem Monat.

Der Jahresdurchschnitt des Verbraucherpreisindex lag 2006 in Rheinland-Pfalz um 1,7% höher als im Vorjahr.

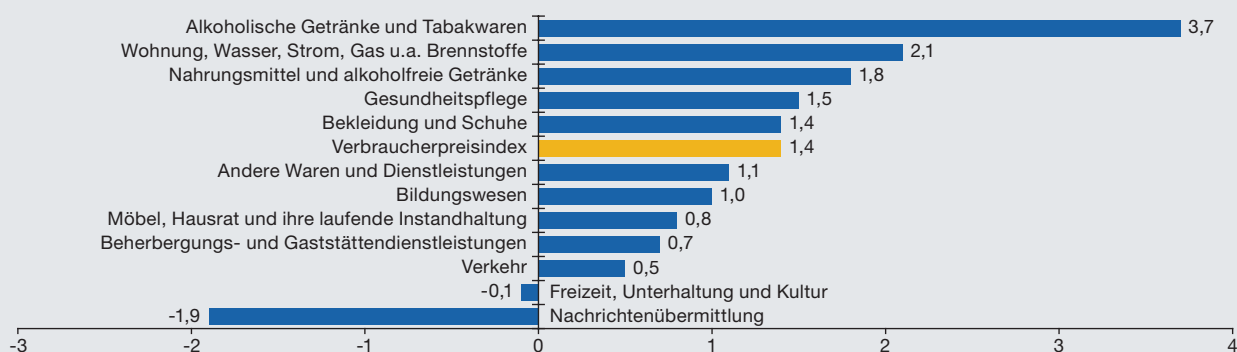
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator zur Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

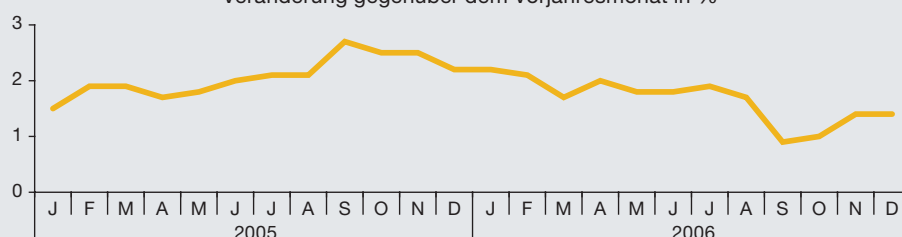
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 16 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes bei ca. 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser, Discounter) etwa 18 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Bedeutung, die den einzelnen Waren und Dienstleistungen für die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Dezember 2006

Veränderung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Dezember 2005 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Dezember 2006

Verbraucherpreisindex: +1,4%

Ausgewählte Preisentwicklungen:

Gas: +18,7%

DVD-Rekorder: -17,3%

Aus der amtlichen Statistik

Gerhard-Fürst-Preis 2007 des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt prämiiert mit dem Gerhard-Fürst-Preis auch in diesem Jahr herausragende Dissertationen und Diplom- bzw. Masterarbeiten, die theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder empirische Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen. Mit der jährlichen Auslobung des Preises möchte das Statistische Bundesamt Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern einen Anreiz geben, die Daten und Produkte der statistischen Ämter verstärkt für ihre Forschungszwecke zu nutzen. Die Auszeichnung ist in der Kategorie „Dissertationen“ mit 5 000 Euro, in der Kategorie „Diplom- und Masterarbeiten“ mit 2 500 Euro dotiert.

Das Statistische Bundesamt verleiht seinen Wissenschaftspreis auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums. Bei der Preisverleihung des Jahres 2006, die vor wenigen Wochen stattfand, hat das Statistische Bundesamt eine wissenschaftliche Arbeit mit dem Gerhard-Fürst-Preis prämiert. Zwei weitere Arbeiten wurden mit Förderpreisen für Nachwuchswissenschaftler ausgezeichnet. Die Preisträger werden über ihre Arbeiten in der Monatszeitschrift des Statistischen Bundes-

amtes „Wirtschaft und Statistik“ in Kürze ausführlich berichten.

Vorschläge für den Gerhard-Fürst-Preis 2007 können ausschließlich von den die Arbeiten betreuenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingereicht werden. Im Auswahlverfahren werden deutsch- oder englischsprachige Arbeiten berücksichtigt, die zwischen dem 1. Januar 2005 und dem 28. Februar 2007 mindestens mit der Note „gut“ respektive „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sind. Sie dürfen nicht bereits anderweitig ausgezeichnet worden sein, angenommen sind Prämierungen innerhalb der einreichenden Institutionen. Eine vorherige (Teil-)Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus.

Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit eine kurze Begründung der/des vorschlagenden Wissenschaftlerin/Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und gegebenenfalls Zweitgutachten, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf der Autorin oder des Autors und bei Diplom-, Master-, Master- und Bachelorarbeiten eine schriftliche Erklärung über die Bearbeitungsdauer der eingereichten Arbeit.

Die vorgeschlagene Arbeit ist fünf-fach und die übrigen Unterlagen sind in neunfacher Ausfertigung bei folgender Adresse einzureichen:

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Abweichend von dieser Vorgabe ist es ausreichend, die Doktor- bzw. Examensarbeit nur einfach einzureichen, wenn der Text zusätzlich als MS-Word- oder pdf-Datei zur Verfügung gestellt werden kann. Die Einreichungsfrist endet am 31. März 2007 (Datum des Poststempels).

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter

Telefon: +49 (0) 611 / 75 26 03
E-Mail: institut@destatis.de
Internet: www.destatis.de/gerhardfuerstpreis.htm

60 Jahre amtliche Statistik für Rheinland-Pfalz



Von Hans Libowitzky

Wie das Land Rheinland-Pfalz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit der Neugliederung Deutschlands durch die Besatzungsmächte entstanden ist, so ist auch sein Statistisches Landesamt eine Neugründung der ersten Nachkriegszeit. Am 30. August 1946 verfügte die französische Militärregierung in der Verordnung Nr. 57 die Schaffung eines „rheinpfälzischen Landes“ aus den bisher zu den Oberpräsidien Hessen-Pfalz und Rheinland-Hessen-Nassau gehörenden Regierungsbezirken. Am 2. Dezember 1946 wurde nach Rücksprache mit den Parteien eine provisorische Regierung eingesetzt. In einem Erlass vom 15. Januar 1947 ordnete das Staatsministerium an, die bisherigen „Statistischen Landesämter“ in Koblenz und Neustadt an der Weinstraße, die bei den Oberpräsidien Rheinland-Hessen-Nassau bzw. Hessen-Pfalz angesiedelt waren, mit Wirkung vom 1. Januar 1947 zu einem Amt zu vereinigen.

Ein Statistisches Amt entsteht

Informations-
bedarf zur
Lösung elemen-
tärer Probleme

Bereits wenige Wochen nach Kriegsende hatte die amerikanische Militärverwaltung, der das Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz zunächst unterstand, im Juni 1945 eine Statistikbehörde bei dem Oberpräsidium Mittelrhein-Saar in Neustadt an der Weinstraße eingerichtet. Dies mag zunächst überraschen, ist aber bei genauerer Betrachtung nur folgerichtig: Elementare Bedürfnisse, wie die Versorgung mit Nahrungsmitteln (Lebensmittelzuteilungen, Verwaltung von Vorräten) und Wohnraum, waren Massenprobleme, die statistischer Nachweise bedurften. Den Anfang der statistischen Arbeit bildeten daher Bestandsaufnahmen, um die notwendigen Grunddaten und Informationen für die Lösung der dringenden Tagesprobleme zu gewinnen.

Nach der Übergabe des Gebiets an die französische Militärregierung im Juli 1945 wurde das Statistikamt in Neustadt dem neu geschaffenen Oberpräsidium Hessen-Pfalz, bestehend aus den Regierungsbezirken Rheinhessen und Pfalz, zugeordnet. Die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur wurden am 3. Januar 1946 dem Oberpräsidium Rheinland-Hessen-Nassau mit Sitz in Koblenz unterstellt, wo ebenfalls ein Statistisches Amt eingerichtet wurde. Im Zuge der Schaffung des Landes Rheinland-Pfalz wurden die beiden Ämter dann, wie eingangs geschildert, mit Wirkung vom 1. Januar 1947 zum Statistischen Landesamt vereinigt.

Einrichtung von
zwei statisti-
schen Ämtern

Das damit formal konstituierte neue Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz wurde



Eine der beiden Urzellen des Statistischen Landesamtes, das Amtsgebäude Kapellen-Stolzenfels 1948

Zusammenführung in Bad Ems

dem Staatsministerium unterstellt. Die räumliche Vereinigung sollte „sobald als möglich“ erfolgen, zog sich aber wegen einer Vielzahl von Schwierigkeiten noch längere Zeit hin. In Koblenz, wo die Landesregierung bis Sommer 1950 ihren Sitz hatte, war wegen der starken Kriegsschäden kein geeignetes Gebäude zu finden. Deshalb wurde im nahe gelegenen Bad Ems das Staatliche Kurhotel „Römerbad“ zum Dienstgebäude bestimmt. Am 9. Januar 1948 siedelte schließlich die Dienststelle Koblenz und am 16. Februar 1948 die Dienststelle Neustadt nach Bad Ems über.

Wie alles in diesen schwierigen Jahren war auch die Entstehung eines Statistischen Amtes langwierig, kompliziert und mit der Überwindung vieler Hindernisse hinsichtlich finanzieller Mittel, Personalausstattung und räumlicher Unterbringung verbunden. Diese waren nur zu überwinden durch Geduld, Improvisation und die Überzeugung aller Beteiligten, d. h. der französischen Besatzungsmacht, der provisorischen Landesregierung und der Beschäftigten, dass die Verfügbarkeit statistischer Grunddaten eine unabdingbare Voraussetzung zur Lösung

Zeittafel

Standort Bad Ems

Juni 1945/ Anfang 1946	Einrichtung von statistischen Ämtern für die von der französischen Militärverwaltung gebildeten Oberpräsidien Hessen-Pfalz und Rheinland-Hessen-Nassau in Neustadt an der Weinstraße bzw. Koblenz.
15. Januar 1947	Erlass der provisorischen Landesregierung zur Vereinigung der beiden Ämter. Als Standort wird das ehemalige Hotel „Römerbad“ in Bad Ems bestimmt.
9. Januar 1948	Umsiedlung der Dienststelle Koblenz nach Bad Ems.
16. Februar 1948	Umsiedlung der Dienststelle Neustadt nach Bad Ems.
1958	Angliederung des Nachbarhauses (Hotel „Prinz von Wales“).
1979 bis 1986	Angliederung und Umbau des benachbarten Gebäudes „Panorama“ sowie Überbauung des Hofbereichs mit neuem Rechenzentrum.
1993 bis 2000	Übernahme des benachbarten ehemaligen Kurmittelhauses und schrittweiser Umbau zum Bürogebäude.

der wichtigsten Alltagsaufgaben wie auch allen zweckvollen staatlichen und verwaltungsmäßigen Handelns ist.

Organisation und Rechtsgrundlagen der amtlichen Statistik in Rheinland-Pfalz

In den ersten Jahren wurde die Aufgabenstellung des neu gegründeten Statistischen Landesamtes im Wesentlichen durch die im Januar 1946 für das damalige Oberpräsidium Hessen-Pfalz erlassene Rundverfügung über die Organisation des Statistischen Dienstes geprägt. Danach war es Aufgabe der Statistik, die erforderlichen zahlenmäßigen Unterlagen bereitzustellen, die dafür notwendigen statistischen Erhe-

Erste Organisationsverfügung im Jahr 1946

Zeittafel	Personal
1948/1949	Aufbau des Amtes mit rund 270 Vollzeitbeschäftigten.
1950er- bis 1970er-Jahre	Verdoppelung der Zahl der Beschäftigten auf 540 bis Anfang der 1970er-Jahre durch schnellen Aufgabenzuwachs in der Statistik und im Geschäftsfeld Verwaltungsautomation.
1980er-Jahre	Anstieg der Mitarbeiterzahl durch die Volkszählung 1987 auf 620, davon 190 befristete Beschäftigungsverhältnisse. Ende 1988 Eingliederung des Landesrechenzentrums, dadurch Anstieg der Zahl der Beschäftigten auf knapp 750.
1990er-Jahre bis heute	Reduzierung der Beschäftigtenzahl auf 430 (davon ein Drittel Teilzeitkräfte) durch Abbau des Volkszählungspersonals, Ausgliederung des Rechenzentrums in das neu geschaffene Dateninformationszentrum DIZ (heute LDZ) sowie erhebliche Rationalisierungsanstrengungen.
Präsidenten	
1947 bis 1956	Prof. Dr. Albert Zwick
1957 bis 1978	Dr. Walter Nellessen
1979 bis 1995	Dr. Karl Heinz Weis
1995 bis 2003	Klaus Maxeiner
Seit 2003	Jörg Berres

bungen vorzubereiten und durchzuführen sowie das Erhebungsmaterial in sachgemäßer Weise aufzubereiten. Alle statistischen Erhebungen durch andere Stellen, soweit es sich nicht um örtlich bzw. sachlich eng begrenzte Erhebungen ohne allgemeine Bedeutung, Geschäftsstatistiken oder von französischen Dienststellen veranlasste Statistiken handelte, unterlagen einer Genehmigungspflicht. Die Erlaubnis für solche Erhebungen konnte allein das Statistische Landesamt erteilen, dem bei der Begutach-

tung der Anträge und der Überwachung der genehmigten Erhebungen ein Statistischer Beirat zur Seite stand.

Mit dem schrittweisen Aufbau gesamtstaatlicher Strukturen, die über die Schaffung des „Vereinigten Wirtschaftsgebiets“¹⁾ schließlich zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 führten, wurden die Rahmenbedingungen der statistischen Arbeit zunehmend durch zentrale Instanzen geprägt. Artikel 73 Grundgesetz weist dem Bund die ausschließliche Gesetzgebung über die Statistik für Bundeszwecke zu, die den größten Teil der amtlichen Statistik in Deutschland ausmacht.

Nach Artikel 2 Grundgesetz bedarf jeder Eingriff in die im Rechtsstaat unantastbare Sphäre des Einzelnen einer gesetzlichen Grundlage. Einen solchen Eingriff in die persönliche Freiheit stellt auch jede statistische Befragung dar. Diesem Verfassungsgebot wurde mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 Rechnung getragen. Danach müssen die Bundesstatistiken durch Gesetz angeordnet werden; unter bestimmten einschränkenden Bedingungen genügt auch der Erlass einer Rechtsverordnung. In diesem „Grundgesetz der deutschen amtlichen Statistik“ sind Regelungen über die Auskunftspflicht ebenso festgelegt wie Bestimmungen über die statistische Geheimhaltung, die bereits lange Jahre praktiziert wurde, ehe allgemeine Datenschutzbestimmungen ihren gesetzlichen Niederschlag fanden.

Die Aufgaben des Statistischen Landesamtes wurden durch den Erlass der Landesregierung über das Statistische Landesamt und den Statistischen Landesausschuss vom 8. Mai 1956 neu geregelt. Danach hatte das Amt insbesondere die durch Bundes-

[Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke setzt den rechtlichen Rahmen](#)

[Aufgaben des Statistischen Landesamtes](#)

1) Die Länder der französischen Zone wurden in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet erst im März 1948 einbezogen.

gesetz angeordneten Statistiken zu erheben und aufzubereiten;

- die durch Landesgesetz angeordneten Statistiken (Landesstatistiken) technisch und methodisch vorzubereiten und durchzuführen;
- die Ergebnisse sowohl der Bundes- als auch der Landesstatistiken auszuwerten, darzustellen und zu veröffentlichen;
- Geschäftsstatistiken durchzuführen, falls es damit beauftragt wurde;
- auf Anforderung der obersten Landesbehörden sonstige statistische Arbeiten durchzuführen;
- Gutachten über statistische Arbeiten zu erstellen und die Behörden in statistischen Angelegenheiten zu beraten;
- an der Vorbereitung der Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiet der Statistik mitzuwirken;
- das Land im Statistischen Beirat des Statistischen Bundesamtes zu vertreten.

Statistischer
Landes-
ausschuss
als Beratungs-
gremium

Außerdem war aufgrund des Erlasses beim Statistischen Landesamt ein Statistischer Landesausschuss zu bilden, der das Amt bei der Durchführung seiner Aufgaben zu beraten, Vorschläge zur Vereinfachung und Verbesserung der Statistik zu machen und zu Entwürfen von Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Statistik gutachtlich Stellung zu nehmen hatte. In diesem Ausschuss sollten neben dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes vertreten sein:

- Oberste Landesbehörden;
- kommunale Spitzenverbände;
- Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern;
- Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, Arbeitnehmerverbände (Gewerkschaften);

- die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Mainz.

Im Vorfeld der für 1983 geplanten Volkszählung kam es zu Protesten breiter Bevölkerungsschichten und schließlich zu Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht. Dessen Urteil vom 15. Dezember 1983 bestätigte zwar die Notwendigkeit, für staatliches Handeln fundierte statistische Daten zu erheben, stellte aber gleichzeitig die Forderung auf, dass in dem eine Erhebung anordnenden Gesetz die Erhebungstatbestände detailliert genannt und die Verwendung und Weitergabe der Daten im Einzelnen geregelt sein müssten. In Umsetzung dieses Urteils wurde am 22. Januar 1987 ein neues Bundesstatistikgesetz verabschiedet, in dem sich die folgenden wesentlichen Änderungen gegenüber dem Gesetz von 1953 finden:

- Trennung der zu erhebenden Merkmale in Erhebungs- und Hilfsmerkmale;
- Erfordernis der detaillierten und abschließenden Nennung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale;
- Erweiterung bzw. Verschärfung datenschutzrechtlicher Vorkehrungen;
- Einschränkung der Ausnahmen von der statistischen Geheimhaltung bei der Weitergabe von Daten;
- Erfordernis der faktischen Anonymisierung der Daten für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben.

Das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts machte es darüber hinaus erforderlich, auch für die Landes- und Kommunalstatistik eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. Mit dem Landesstatistikgesetz vom 27. März 1987 wurden Stellung und Aufgaben des Statistischen Landesamtes erstmals gesetzlich geregelt. Der Aufgaben-

Reform der
Bundesstatistik
als Folge des
Volkszählungs-
urteils von 1983

Gesetzliche
Grundlage für
die Arbeit des
Statistischen
Landesamtes

katalog des Amtes wurde dabei erweitert und präzisiert, um den seit dem Erlass von 1956 eingetretenen Entwicklungen Rechnung zu tragen. So gehört es seither zu den gesetzlich festgelegten Aufgaben des Statistischen Landesamtes,

- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen aufzustellen und zu veröffentlichen;
- Prognose- und Modellrechnungen für Planungs- und Entscheidungszwecke durchzuführen;
- statistische Informationssysteme zu führen und an der Koordinierung spezieller Datenbanken anderer Stellen des Landes mitzuwirken;
- bei der Durchführung von Wahlen mitzuwirken;
- Behörden des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der statistischen Aufbereitung von Daten aus dem Verwaltungsvollzug zu beraten oder die Aufbereitung durchzuführen.

Funktion und Zusammensetzung des Statistischen Landesausschusses fanden mit der Landesverordnung vom 26. Oktober 1987 eine neue rechtliche Grundlage. Um der besonderen Bedeutung des Datenschutzes für die amtliche Statistik gerecht zu werden, wurde der Kreis der Ausschussmitglieder um einen Vertreter des Landesbeauftragten für den Datenschutz erweitert.

Entwicklung des statistischen Programms

Abgestimmtes
System von
Statistiken

Nach der Überwindung der besonderen Situation in den ersten Nachkriegsjahren konsolidierte sich das statistische Programm, wobei inhaltlich zunächst an die frühere Reichsstatistik angeknüpft werden konnte. Gleichwohl machten die grundlegenden Veränderungen in der Wirtschafts-

und Gesellschaftsordnung seit 1949 auch neue statistische Informationen erforderlich. Der Bundesstatistik kam die Aufgabe zu, ein fundiertes und abgestimmtes System von Statistiken zur Beschreibung und Analyse der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Entwicklungen und Zusammenhänge zu schaffen. Neben der inhaltlichen Komplettierung des statistischen Gesamtbildes ging es darum, ein in zeitlicher Hinsicht ausgewogenes und koordiniertes Programm kurz-, mittel- und langfristiger Statistiken unter Berücksichtigung des Bedarfs an regional mehr oder minder tief gegliederten Daten aufzubauen.

Wichtige Impulse für die Programmentwicklung gingen in den 1950er-Jahren von der Konzeption der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus. Weitere Anstöße kamen im folgenden Jahrzehnt von den Forderungen nach einem besseren wirtschaftspolitischen Instrumentarium, die insbesondere im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 ihren Niederschlag fanden. Die inhaltliche Weiterentwicklung des statistischen Programms in den 1970er-Jahren diente vor allem dazu, zusätzliche Informationen für die Lösung dringlich gewordener politischer Probleme, insbesondere in den Bereichen Bildung und Umweltschutz, bereitzustellen. Außerdem wurden die historisch gewachsenen Statistikbereiche neu geordnet und inhaltlich modernisiert, wie etwa die Statistiken im produzierenden Gewerbe, im Handel und Gastgewerbe oder in der Landwirtschaft. Dabei wurden meist statistische Rahmengesetze geschaffen, in denen die bis dahin für einzelne Erhebungen vorhandenen Rechtsgrundlagen zusammengefasst und systematisiert wurden.

Neue Aufgaben
in den Bereichen
Bildung und
Umweltschutz

Zeittafel	Aufgabenstellung und gesetzliche Rahmenbedingungen	
28. Januar 1946	Festlegung der Aufgaben durch die Rundverfügung „Organisation des Statistischen Dienstes“ des damaligen Oberpräsidiums Hessen-Pfalz.	26. Oktober 1987 Landesverordnung über den Statistischen Landesausschuss.
21. Januar 1948	Gesetz über die Errichtung des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Bizone).	19. Dezember 1997 Drittes Statistikbereinigungsgesetz (Einstellung und Zusammenfassung von Statistiken, Streichung von Erhebungsteilen und -merkmalen, Verringerung von Stichprobenumfängen, Verlängerung des Turnus von Erhebungen, Möglichkeit zur Nutzung von Verwaltungsdaten).
März 1948	Einbeziehung der Länder der französischen Zone in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet.	22. August 2006 Verabschiedung des Ersten Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (ab 1. Januar 2007 u. a. Anhebung der Abschneidegrenze im verarbeitenden Gewerbe von 20 auf 50 Beschäftigte).
31. März 1950	Verordnung über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf dem Gebiet der Statistik auf die Länder der französischen Zone.	
3. September 1953	Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke.	
8. Mai 1956	Erlass der Landesregierung über das Statistische Landesamt und den Statistischen Landesausschuss (Festlegung der Stellung des Amtes und der Gesamtheit seiner Aufgaben).	
1960er- und 1970er-Jahre	Deutliche Ausweitung des Erhebungsprogramms der Bundesstatistiken; Ausweitung der Landesstatistiken, insbesondere zur schulischen Bildung.	
14. März 1980	Erstes Statistikbereinigungsgesetz (Verzicht auf einzelne Statistiken, Streichung von Erhebungsmerkmalen, verlängerte Periodizitäten, Reduzierung der Zahl der Befragten).	
15. Dezember 1983	Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts.	
14. September 1984	Statistikbereinungsverordnung (zeitliche Einschränkung oder Aussetzung mehrerer Statistiken).	
19. Dezember 1986	Zweites Statistikbereinigungsgesetz (Festschreibung der Änderungen von 1984 auf Dauer).	
22. Januar 1987	Verabschiedung des novellierten Bundesstatistikgesetzes (Reaktion auf das Volkszählungsurteil).	
27. März 1987	Landesstatistikgesetz.	

Seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre zielte die Programmplanung auch darauf ab, Kapazitäten für neue wichtige Statistikvorhaben freizumachen und das Programm der Bundesstatistik an den aktuellen und vordringlichen Datenbedarf anzupassen. Die wiederholten Anstrengungen zur Programmüberprüfung brachten in den Jahren von 1980 bis 1997 eine Abfolge von Statistikbereinigungsgesetzen und -verordnungen, mit denen zahlreiche statistische Rechtsgrundlagen geändert wurden. Dadurch wurden Statistiken eingestellt oder zusammengefasst, Erhebungsteile und -merkmale gestrichen, Stichprobenumfänge verringert, der Turnus von Erhebungen verlängert und Möglichkeiten zur Nutzung von Verwaltungsdaten geschaffen. Als Zielsetzungen traten dabei zunehmend die Einsparung von Haushaltsmitteln sowie die Entlastung der Befragten in den Vordergrund. Gerade der letztgenannte Aspekt ist ständig aktuell: Mit dem Ersten Mittelstandsentlastungsgesetz vom 22. August 2006 wurde die Zahl der Berichtspflichtigen im verarbeitenden Gewerbe deutlich reduziert.

Bereinigung des statistischen Programms

Gleichwohl bleibt es Aufgabe der amtlichen Statistik, mit ihrem Informationsangebot den Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft möglichst zeitnah zu folgen. Insbesondere die kontinuierlich gewachsene gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Dienstleistungssektors wird künftig eine weitere Anpassung des statistischen Programms für diesen Bereich erforderlich machen.

Wachsender
Einfluss der
europäischen
Integration

Nicht unerwähnt bleiben darf schließlich ein Faktor, der in den letzten Jahrzehnten das Programm der amtlichen Statistik in Deutschland zunehmend beeinflusst hat: die europäische Integration. Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den 1950er-Jahren wurde für zahlreiche Arbeitsfelder die Gemeinschaftspolitik maßgebend, für deren Umsetzung harmonisierte statistische Ergebnisse benötigt wurden. Entsprechend gestaltete sich die Statistikkoooperation in der EU immer enger und wurde schließlich vielfach auf eine verbindliche Rechtsgrundlage gestellt. Dieser Aspekt ist insbesondere für die Programmentwicklung seit den 1980er-Jahren von Bedeutung. Die Einführung des Binnenmarktes und die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion beschleunigten den Ausbau der Gemeinschaftsstatistik zum Europäischen Statistischen System, das für alle Mitgliedstaaten vergleichbare Daten bereitstellen kann.

Statistische Methoden und Erhebungstechnik

Spektrum der
statistischen
Methoden
erheblich
erweitert

Amtliche Statistik war in Deutschland lange Zeit weitgehend gleichbedeutend mit Totalstatistik und meist als Primärerhebung konzipiert, während man sich insbesondere im angelsächsischen Raum bereits

frühzeitig mit dem Einsatz von Repräsentativerhebungen auf wahrscheinlichkeitstheoretischer Grundlage befasste. Seit Beginn der 1950er-Jahre hat allerdings auch die deutsche amtliche Statistik ihr Spektrum an statistischen Methoden erheblich ausgeweitet, was erst durch das Zusammenwirken von wissenschaftlicher Methodenforschung einerseits und dem Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung andererseits möglich wurde.

In einigen Gebieten der amtlichen Statistik war es seit jeher üblich oder notwendig, Teilerhebungen durchzuführen. Solche Teilerhebungen, bei denen Verfahren der bewussten Auswahl (z. B. Quotenauswahl, Abschneide- oder Konzentrationsverfahren) eingesetzt werden, besitzen jedoch keinen repräsentativen Charakter und finden in der amtlichen Statistik nur Verwendung, wenn die Durchführung einer Zufallsstichprobe aus methodischen oder organisatorischen Gründen nicht realisierbar ist.

Beim Aufbau des statistischen Gesamtsystems zeigte sich bald die Notwendigkeit, verstärkt repräsentative Methoden einzusetzen, da nur bei der Anwendung von Zufallsstichproben wahrscheinlichkeitstheoretisch fundierte Aussagen über die Zuverlässigkeit der Ergebnisse gemacht werden können. Die Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis der internationalen Statistik ermöglichten es, Erhebungen, die vorher nur als Vollerhebung vorstellbar waren, nun als Repräsentativerhebung zu konzipieren. Beim zügigen Ausbau der Stichprobenerhebungen in der amtlichen Statistik kam dabei dem erstmals 1957 durchgeführten Mikrozensus sowie zahlreichen Repräsentativerhebungen im Bereich der Landwirtschaftsstatistik eine Vorreiterrolle zu. Die

Verstärkter
Einsatz von
Stichproben-
erhebungen

Auswahlverfahren, die Hochrechnung der repräsentativen Daten und die Beurteilung der Genauigkeit der Ergebnisse wurden in den folgenden Jahren ständig weiterentwickelt. Wichtige Einsatzfelder für Stichprobenerhebungen sind heute insbesondere auch die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte und die Statistiken des gesamtwirtschaftlich immer bedeutenderen Dienstleistungssektors.

Totalerhebungen
weiterhin
erforderlich

Für verschiedene statistische Fragestellungen sind Vollerhebungen allerdings nach wie vor unentbehrlich. Das gilt insbesondere für Statistiken, bei denen eine tiefe sachliche und regionale Gliederung gefordert ist. Darüber hinaus sind die Ergebnisse von Totalerhebungen als Auswahlgrundlage für das Ziehen von Stichproben, zur Durchführung gebundener Hochrechnungen sowie zum Aufbau und zur periodischen Überprüfung von Registern notwendig.

Nutzung von
Verwaltungs-
daten
ausgebaut

Bei der Organisation von Erhebungen wird zwischen Primär- und Sekundärstatistiken unterschieden. Direkte Befragungen sind teilweise durch die Anwendung sekundärstatistischer Auswertungen entbehrlich; dabei dienen bereits vorhandene Verwaltungsunterlagen als Datenquelle für die benötigten Angaben. Mit dem Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung konnte die sekundärstatistische Nutzung von Verwaltungsunterlagen und Adressdateien seit Mitte der 1970er-Jahre erheblich verstärkt werden, wobei die Steuer- und die Bevölkerungsstatistiken eine Vorreiterrolle übernahmen. Bei der Planung neuer Statistiken wird heute besonderer Wert auf die verstärkte Nutzung von Verwaltungsdaten gelegt. So wird auch der für das Jahr 2011 geplante registergestützte Zensus in wesentlichen Teilen auf diese Quelle zurückgreifen.

In ihrer klassischen Form findet die Datengewinnung unter Verwendung von standardisierten Erhebungspapieren statt. Sie erfolgt entweder schriftlich durch postalischen Versand und Rücklauf der Erhebungsunterlagen oder mündlich in Form eines persönlichen Interviews durch einen Erhebungsbeauftragten. In beiden Fällen schließt sich nach einer ersten Vorprüfung der Unterlagen die Erfassung der gewonnenen Angaben zur weiteren Datenverarbeitung an. Um eine zeitliche Beschleunigung zwischen Datenerhebung und Veröffentlichung der Ergebnisse zu erreichen sowie zugleich die Befragten zu entlasten und die statistischen Arbeiten zu rationalisieren, wurde in den letzten Jahren eine Vielzahl von Verfahren entwickelt. Ziel ist letztlich die „medienbruchfreie“ Bearbeitung, die arbeitsaufwendige und fehleranfällige Zwischenschritte überflüssig macht.

Optimierung
der Verfahrens-
abläufe

Bereits seit der Volkszählung 1970 konnte die Erfassungsarbeit durch den Einsatz von Beleglesegeräten beschleunigt werden. Mit dem zunehmenden Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung kam der Lieferung statistischer Daten – zunächst aus dem Verwaltungsvollzug, später auch von Unternehmen – mittels Magnetbändern oder in jüngerer Zeit auf Disketten ein immer größeres Gewicht zu. Die rasche Ausbreitung des Internets in den letzten Jahren schuf die Voraussetzung dafür, dass die Daten heute auch online an das Statistische Landesamt übermittelt werden können. Dem Ziel, die auskunftspflichtigen Unternehmen zu entlasten, dient schließlich das Verfahren eSTATISTIK.core, mit dem die erforderlichen Angaben zur Statistik direkt aus dem betrieblichen Rechnungswesen gewonnen werden.

Datenüber-
mittlung auf
elektronischen
Datenträgern
bzw. online via
Internet

Computerunter-
stützte Daten-
gewinnung

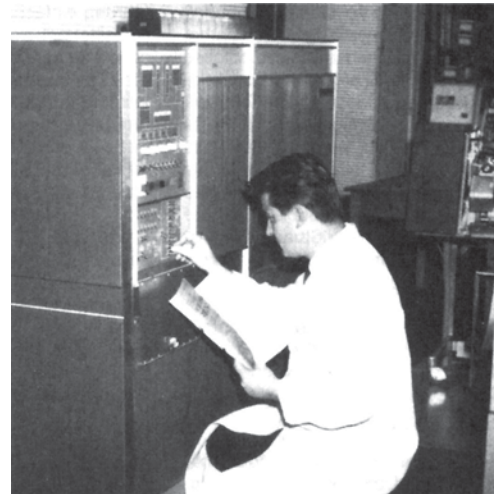
Auch der Prozess der klassischen Datenerhebung hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Zur monatlichen Verbraucherpreisermittlung wird in der Preisstatistik die Möglichkeit der computerunterstützten Datengewinnung mittels Laptop genutzt. Beim Mikrozensus wurde das traditionelle Interview mit Papier und Bleistift ebenfalls durch ein computerunterstütztes Verfahren ersetzt, bei dem tragbare Computer (so genannte Tablett-PCs) zum Einsatz kommen. Die Antworten der Befragten werden dabei unter Verwendung spezieller Software direkt in den Computer eingegeben, auf ihre inhaltliche Plausibilität geprüft und nach Beendigung des Interviews an das Statistische Landesamt übermittelt.

Informationstechnik für Aufbereitung und Auswertung

Seit über hundert Jahren sind amtliche Statistik und maschinelle Datenverarbeitung auf das engste miteinander verbunden. Der Einsatz der modernen maschinellen Datenverarbeitung in der amtlichen Statistik geht im Wesentlichen auf die Ideen und Erfindungen des Amerikaners Hermann Hollerith (1860 bis 1929) zurück. Hollerith war im US Bureau of the Census, dem Statistischen Amt der Vereinigten Staaten, für die organisatorische Durchführung von Volkszählungen zuständig. Die von ihm entwickelte elektrisch arbeitende Zählmaschine für Lochkarten wurde erstmals für die statistischen Auswertungen der Volkszählung von 1890 eingesetzt.

Erstes Rechen-
zentrum
der Landes-
verwaltung
im Statistischen
Landesamt

Folgerichtig wurde das Statistische Landesamt bereits bei seiner Gründung – als erste Einrichtung der Landesverwaltung – mit Rechenanlagen ausgestattet. Die ersten Lochkartenmaschinen wurden den damals noch zwei Ämtern in Koblenz und Neustadt



Die erste Maschinenkonfiguration 1948:
Die amtliche Statistik war Wegbereiter für die moderne Computertechnik

zur Durchführung der Volkszählung im Jahr 1946 von der BASF, Ludwigshafen, leihweise zur Verfügung gestellt. Im Januar 1947 lieferte die Deutsche Hollerith-Maschinen-Gesellschaft, die heutige IBM Deutschland, die ersten vom Amt angemieteten Loch-, Prüf-, Sortier- und Tabelliermaschinen.

Ab 1954 war eine bedeutende Steigerung der Leistungskapazität durch die Umstellung auf höherwertige und neuartige, mit Elektronenröhren arbeitende Maschinentypen zu verzeichnen. Rechtzeitig zur Volkszählung 1961 kam dann die elektronische Datenverarbeitungsanlage IBM 1401 auf den Markt, deren Ausrüstung für statistische Aufbereitungen besonders geeignet war. Die erste Anlage wurde im Jahr 1961, eine zweite ein Jahr darauf installiert. Damit war das Statistische Landesamt die erste staatliche Behörde in Rheinland-Pfalz, die Massenarbeiten des Verwaltungssektors mit einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage durchführte.

Einsatz der
ersten elektro-
nischen Daten-
verarbeitungs-
anlagen

Mit der Ausweitung des Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik – insbesondere im Hinblick auf die verschiedenen Großzäh-

lungen um 1970 – und der Übernahme von Verwaltungsaufgaben reichte die Kapazität dieser beiden Anlagen nicht mehr aus. Anfang 1968 wurde daher das System IBM/360, Modell 30, installiert. Die Modernisierung der maschinellen Ausstattung durch elektronische Großrechenanlagen, insbesondere mit der Möglichkeit, die Ausgangsdaten auf Magnetbändern und Magnetplatten zu speichern und anschließend weiterzuverarbeiten, brachte vor allem für die Verfahrensabläufe erhebliche Vorteile. Die personal- und zeitaufwendige manuelle Durchsicht der Ausgangsdaten konnte in erheblichem Umfang durch maschinelle Plausibilitätsprüfungen ersetzt werden. Zudem wären ohne die elektronische Datenverarbeitung umfassende Auswertungen und Aufbereitungen von Stichprobenerhebungen kaum möglich.

Die Aufgaben der Rechenzentrumsproduktion wurden zum 1. Januar 1996 auf das Daten- und Informationszentrum Rheinland-Pfalz (DIZ), heute Landesbetrieb Daten und Information (LDI), übertragen. Die anwenderorientierte Programmentwicklung verblieb am Standort des Amtes in Bad Ems.

Übergang von der zentralen zur dezentralen Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung war über Jahrzehnte durch das Zentralrechnerkonzept geprägt gewesen. Das Aufkommen moderner und leistungsfähigerer Technologien und deren Realisierung in kleinen, einfach zu handhabenden Geräten mit niedrigen Kosten leitete daher Ende der 1970er-Jahre eine Revolution in der Datenverarbeitung ein.

Aufbau eines lokalen Netzwerks

Bereits zu Beginn der 1980er-Jahre waren im Statistischen Landesamt erste Personalcomputer im Einsatz. Seit Anfang der 1990er-Jahre wurden die Arbeitsplätze schrittweise mit Einzelplatzrechnern ausge-

Zeittafel	Technik
1946	Einsatz erster Lochkartenmaschinen in den Ämtern in Neustadt und Koblenz (Leihgaben der Firma BASF).
1947	Lieferung der ersten Loch-, Prüf-, Sortier- und Tabelliermaschinen durch die Deutsche Hollerith-Maschinen-Gesellschaft (heute IBM Deutschland). Lieferung weiterer Maschinen im Laufe der folgenden Jahre.
1950er-Jahre	Umstellung auf höherwertige und neuartige Maschinentypen (Elektronenröhren).
1961	Das Statistische Landesamt führt als erste staatliche Behörde in Rheinland-Pfalz Massenarbeiten des Verwaltungsektors mit einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage durch: Installation der Datenverarbeitungsanlage IBM 1401; eine zweite Anlage gleicher Bauart folgt 1962.
1968	Übergang von der Lochkarten- auf die Magnetband- und Magnetplattenverarbeitung mit dem System IBM/360. In den Folgejahren weiterer Ausbau elektronischer Großrechneranlagen.
1971	Auftrag der Landesregierung zur Einrichtung eines Landesinformationssystems (LIS) auf der Grundlage einer statistischen Datenbank.
1990er-Jahre	Ausstattung mit dezentralen Arbeitsplatzrechnern mit Ausbau eines lokalen Netzes.
2003	Inbetriebnahme des neuen Landesinformationssystems (LIS), bundesweit eines der ersten Informationssysteme der amtlichen Statistik, das auf einer relationalen Datenbank basiert.
2005	Start des neuen Internetauftritts mit einfachen Zugriffsmöglichkeiten auf das Landesinformationssystem („Meine Heimat“, Online-Datenbank).

stattet. Diese zunächst geschaffenen Inselösungen wurden ab 1995 zu einem lokalen amtsweiten Netz verbunden. Seit Ende der 1990er-Jahre steht praktisch an jedem Arbeitsplatz ein PC zur Verfügung.

Moderne Informations-technik
Voraussetzung für ganzheitliche Bearbeitung ...

Der Einsatz neuer Dialog-Anwendungssysteme veränderte die Arbeitsabläufe in den 1990er-Jahren grundlegend und schuf die Voraussetzungen zur ganzheitlichen Bearbeitung. Die Entwicklung der Hardware und Software für Arbeitsplatzrechner hat inzwischen einen derartigen Stand erreicht, dass immer mehr statistische Arbeiten vor Ort autonom durch den Sachbearbeiter abgewickelt werden können. Insbesondere die Einführung der grafischen Benutzeroberflächen und der Einsatz von Standardsoftware haben hierzu entscheidend beigetragen.

... und für die verstärkte Analysetätigkeit

Darüber hinaus können statistische Ergebnisse heute in stärkerem Maße als früher mit den Methoden der mathematischen Statistik analysiert werden. Auch die grafische Aufbereitung der Daten in Form von Diagrammen oder thematischen Karten ist weit einfacher möglich. Schließlich bietet das lokale Netz die Möglichkeit, Daten und Informationen schnell und problemlos zwischen den lokalen Arbeitsstationen des Amtes auszutauschen.

Arbeitsteilige Programmentwicklung im Statistischen Verbund

Bei dem Umfang der amtlichen Statistik wäre keines der statistischen Landesämter in der Lage, alle zur Aufbereitung erforderlichen Programme selbst zu erstellen, zu warten und damit eine termingerechte Abwicklung der Statistiken zu gewährleisten. Es war daher erforderlich, die in der amtlichen Statistik aufgrund der bundesweit gleichartigen Aufgabenstellungen bestehenden Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zu nutzen. Diese arbeitsteilige Kooperation, an der alle statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt beteiligt sind, wird im Rahmen der automatisierten Aufbereitung der Statistiken durch den seit 1960 bestehenden statistischen Programmverbund praktiziert.

Die Entwicklung der Verbundprogramme im Hinblick auf deren bundesweiten Einsatz

erfordert eine abgestimmte einheitliche Vorgehensweise bei Planung und Realisierung der entsprechenden DV-Projekte. Deshalb müssen zwischen den beteiligten Stellen – Statistisches Bundesamt, statistische Landesämter, Rechenzentren bzw. Datenzentralen – allgemeine Regeln und Richtlinien vereinbart werden, um die Vorteile der Arbeitsteilung für die Rationalisierung der amtlichen Statistik nutzen zu können sowie den hohen Anforderungen an Genauigkeit und Aktualität der Statistiken gerecht zu werden. Die Planung und Lenkung der sehr weit reichenden und bis in die letzten fachlichen, organisatorischen und programmtechnischen Details gehenden Verbundarbeit erfolgt durch den Arbeitskreis „Informationstechnik“ (AKIT).

Im Rahmen der Bestrebungen zur Weiterentwicklung der Statistik in Deutschland, die seit 2003 mit dem strategischen Programm „Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik“ von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder verfolgt werden, kommt der Ausweitung der arbeitsteiligen Prozesse in der IT-Produktion besondere Bedeutung zu. Der neue Ansatz dieser arbeitsteiligen Produktion besteht darin, dass Statistiken nicht mehr wie bisher dezentral auf dem jeweiligen von einem statistischen Landesamt genutzten Rechner produziert werden. Vielmehr wird die IT-Produktion der von den Landesämtern erstellten Statistiken arbeitsteilig konzentriert: Nach dem Prinzip „Einer für alle“ sollen künftig Register, Datenbanken und Statistiken auf dem Rechner eines Landesamtes jeweils zentral für alle übrigen Ämter produziert und gespeichert werden. So können die Rationalisierungen erreicht werden, die notwendig sind, um den Wandel der Aufgaben in der amtlichen Statistik aufzufangen.

Aufbau einer zentralen Statistikproduktion im Verbund

Der Informationsdienstleister: Vom Verwaltungsbericht zum Internet

Veröffent-
lichungen,
individuelle
Auskünfte und
Analysen

Das Statistische Landesamt versteht sich heute als Informationsdienstleister für eine breite Öffentlichkeit – von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung bis zu den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern. Die in vielfältiger Form erhobenen und aufbereiteten Daten sind praktisch wertlos, wenn sie den Kunden der amtlichen Statistik nicht als allgemeine Information oder insbesondere auch als Planungs- und Entscheidungsgrundlagen schnell und sachbezogen zur Verfügung stehen. Mit dem Veröffentlichungswesen, dem Auskunftsdienst und den Analyseprodukten, in denen die statistischen Basisdaten gewissermaßen veredelt und mit zusätzlicher Aussagekraft versehen sind, stehen drei Kanäle der umfassenden Informationsvermittlung an den Kunden zur Verfügung.

Das war nicht immer so: Die ersten Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes trugen teilweise noch den Stempel „Nur für den inneren Dienstgebrauch“. So waren die erstmals im Juni 1948 erschienenen „Statistischen Mitteilungen Rheinland-Pfalz“ nur zur Verwendung durch die empfangenden Dienststellen vorgesehen. Veröffentlichungen bedurften generell einer Genehmigung der französischen Militärregierung.

Aufbau des Ver-
öffentlichungs-
wesens

Auch zu dieser Zeit gab es aber schon Publikationen, die für die allgemeine Öffentlichkeit bestimmt waren. Das Spektrum der Veröffentlichungen konnte in den 1950er-Jahren ausgeweitet werden, nicht zuletzt aufgrund der verbesserten technischen Möglichkeiten. Die meisten der damals geschaffenen Produkte existieren auch heute noch, wenn auch zum Teil

unter anderem Titel und in einem modernen Gewand.

Veröffentlichungen suchen eine möglichst große Zielgruppe. Der Inhalt ist mit Blick auf eine breite Akzeptanz vorgefertigt und häufig auch an thematische Schwerpunkte geknüpft, etwa an ganz bestimmte Statistiken und Erhebungen. Viele Periodika leben zudem von einer inhaltlichen Konstanz, die dem Nutzer verlässliche quantitative Vergleiche im Zeitablauf ermöglicht. Dem entsprechend verfügt das Statistische Landesamt über eine breite Angebotspalette für unterschiedliche Informationsbedürfnisse, die von den Statistischen Berichten über die Bände der Reihe „Statistik von Rheinland-Pfalz“, die Statistischen Monatshefte, das Statistische Jahrbuch, die neue Reihe „Statistische Analysen“ sowie verschiedene Broschüren und Faltblätter bis zu den Verzeichnissen reicht, die in Verbindung mit bestimmten statistischen Arbeiten zusammengestellt werden.

Alle diese Veröffentlichungen waren ursprünglich als Druckerzeugnisse konzipiert und können in dieser Form auch weiterhin bezogen werden. Umfangreichere Werke, wie z. B. die Verzeichnisse, sind darüber hinaus als CD-ROM lieferbar. Die meisten übrigen Publikationen, auch das Statistische Jahrbuch, können heute außerdem kostenfrei aus dem Internetangebot des Amtes heruntergeladen werden.

Der Auskunftsdienst hat es dagegen jeweils mit den individuellen Informationswünschen des einzelnen Kunden zu tun, der thematisch selten an Ergebnissen aus nur einer statistischen Quelle interessiert ist. Es gilt, die aktuellen Planungen und Projekte des Nutzers zeitnah mit geeigneten statistischen Daten zu unterstützen und diese dabei so

Breites Angebot
für unterschied-
liche Informati-
onsbedürfnisse

Viele Publika-
tionen schnell
und kostenfrei
über das Inter-
net verfügbar

Individuelle
Information und
Beratung durch
den Auskunftss-
dienst

zu präsentieren, dass sie möglichst unmittelbar verwendet werden können. Hierzu gehört auch die Beratung darüber, welche der im Statistischen Landesamt aus den unterschiedlichen Quellen verfügbaren Zahlen herangezogen werden können und welche Verfahren es gibt, die gewünschten Erkenntnisse aus größeren Zahlenmengen herauszufiltern. Die Auskunftserteilung ist gemeinsame Aufgabe der Fachbereiche des Statistischen Landesamtes und des zentralen Informationsdienstes. Ihr enges Zusammenwirken garantiert die optimale Kombination von fachstatistischem Know-how und dem Wissen um die softwaregestützten statistisch-methodischen Auswertungsmöglichkeiten im Dienste des Kunden.

Aufbau eines
Informations-
systems

Einen Quantensprung bedeuteten Anfang der 1970er-Jahre die Einführung von Datenbankmanagementsystemen und die Datenthaltung auf Speicherplatten mit direkten Zugriffsmöglichkeiten auf statistische Zahlen. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz war hier mit dem Landesinformationssystem (LIS) einer der Vorreiter in Deutschland. Seit damals gehört das LIS zum zentralen Instrumentarium der Auskunftserteilung.

Neues LIS
mit zentraler
Funktion in der
Informations-
versorgung

Im Jahr 2000 begann die Entwicklung eines neuen Landesinformationssystems mit dem Ziel, das bisherige großrechnerbasierte System abzulösen. Das neue LIS ist seit 2003 im Einsatz und hat sich inzwischen als ein modernes Instrument der Informationsvermittlung und -aufbereitung bewährt. Als Datawarehouse des Statistischen Landesamtes kommt ihm eine zentrale Funktion in der Informationsversorgung zu. Neben den internen Nutzern, zu denen nicht nur der Auskunftsdienst, sondern alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit statistischen

Aufgaben gehören, haben auch etwa 40 externe Nutzer in der Landes- und Kommunalverwaltung sowie bei den Kammern Zugang zu den Daten. Gleichzeitig ist es gelungen, das LIS zum Ausgangspunkt für die Datenversorgung des Internetauftritts zu machen. In dem Maße, wie aktuelle Daten in das LIS eingelagert werden, stehen sie auch im Internetangebot des Amtes bereit. So ist gewährleistet, dass dort in der Rubrik „Meine Heimat“ und in der Online-Datenbank immer die jeweils neuesten Daten angezeigt werden.

An dem im Jahr 2005 neu gestalteten Internetauftritt des Statistischen Landesamtes wird besonders deutlich, wie sehr sich das Dienstleistungsangebot der amtlichen Statistik in den zurückliegenden Jahren gewandelt hat. War der Nutzer früher darauf angewiesen, die benötigten Informationen in vorgegebenen Tabellen zu suchen oder beim Auskunftsdienst des Statistischen Landesamtes nachzufragen, so steht ihm heute im Internet rund um die Uhr eine Online-Datenbank für die freie Recherche zur Verfügung. Damit wird ein wesentlicher Teil des Informationsbedarfs abgedeckt, so dass sich das Statistische Landesamt stärker darauf konzentrieren kann, komplexe Fragestellungen im Rahmen von Analysen und Modellrechnungen zu untersuchen.

Freie Recherche
in der Online-
Datenbank

Hans Libowitzky, Diplom-Volkswirt,
leitet die Stabsstelle Grundsatz-
fragen der Statistik.

Betreuung einzelner junger Menschen im Jahr 2005



Von Gerhard Hehl

Das Achte Buch des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII) regelt den Einsatz von Hilfen zur Erziehung für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige. Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall. Dabei steht die Prävention im Vordergrund:

In erster Linie soll Hilfe innerhalb und nicht außerhalb der Familie geleistet werden. Ein wachsender Teil der Hilfen entfällt dabei auf die Betreuung einzelner junger Menschen. Hier kann individuelle Hilfe durch Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer und soziale Gruppenarbeit geleistet werden.

Wachsende Bedeutung der erzieherischen Hilfen

25 000 junge Menschen erhielten Unterstützung bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen

Ende des Jahres 2005 gab es in Rheinland-Pfalz fast 25 000 junge Menschen, die Hilfe zur Erziehung erhielten. Das Sozialgesetzbuch (SGB VIII) ermöglicht diese Unterstützung, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist. Die Angebote wenden sich an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unter 27 Jahren.

In Rheinland-Pfalz gab es 2005 in dieser Altersgruppe 1,17 Mill. Personen; das waren 29% der Gesamtbevölkerung. Die Zahl der jungen Menschen in diesem Alter ist im Zuge des demographischen Wandels immer kleiner geworden und wird in Zukunft noch deutlicher abnehmen. Die Bedeutung der erzieherischen Hilfen ist dagegen offensichtlich gestiegen. So gab es 1995 erst rund 18 300 und im Jahr 2000 aber

schon 21 250 junge Menschen, die Hilfe zur Erziehung erhielten. Bezogen auf 10 000 der Bevölkerung in dieser Altersgruppe waren dies 152 bzw. 180 Personen. Im Jahr 2005 nahmen schon 213 Kinder, Jugendliche und junge Volljährige je 10 000 Gleichaltrige diese Hilfen in Anspruch.

Bei den verschiedenen Formen der Hilfen zur Erziehung (siehe Info-Kasten) sieht der Gesetzgeber eine Bevorzugung von Hilfeangeboten innerhalb der Familie gegenüber Maßnahmen der Unterbringung außerhalb der Familie vor. Ein Teilbereich der Unterstützungsmaßnahmen bezieht sich auf die individuelle Hilfe für junge Menschen in Problem- und Konfliktsituationen. Dabei geht es beispielsweise um Schul- oder Integrationsprobleme. Die Betreuung einzelner junger Menschen wird in Form von Unterstützung durch einen Erziehungsbeistand oder Betreuungshelfer sowie in sozialer Gruppenarbeit durchgeführt.

Hilfe innerhalb der Familie hat Vorrang vor Hilfe außerhalb des Elternhauses

Info

Hilfen zur Erziehung

Die Kinder- und Jugendhilfe ist im Achten Buch des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII) geregelt. Oberster Grundsatz ist das Recht jedes jungen Menschen auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit (§ 1 Abs. 1). Das Gesetz räumt einem Sorgeberechtigten einen Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung ein, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist (§ 27 Abs. 1). Die Hilfe kann innerhalb der Familie (ambulante Erziehungshilfen) oder außerhalb des Elternhauses (stationäre und teilstationäre Erziehungshilfen) erfolgen.

Die nach dem Gesetz vorgesehenen Hilfeangebote gliedern sich wie folgt:

Hilfen innerhalb der Familie

- Erziehungsberatung
- Betreuung einzelner junger Menschen
- Sozialpädagogische Familienhilfe

Hilfen außerhalb des Elternhauses

- Erziehung in einer Tagesgruppe
- Vollzeitpflege
- Heimerziehung
- Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung

Betreuung einzelner junger Menschen hat stark zugenommen

2 600 junge Menschen erhielten Hilfe bei Problemen in ihrer Entwicklung

Im Jahr 2005 bekamen insgesamt mehr als 2 600 Kinder, Jugendliche und junge Volljährige Hilfe bei der Bewältigung ihrer Entwicklungsprobleme. Die Bedeutung dieser Hilfeangebote ist damit deutlich gestiegen: Im Jahr 2000 gab es 1 855 und im Jahr 1995 erst 862 junge Menschen, die eine solche Form der Hilfe erhielten.

Bei der Hälfte der Bezieher wurde die Hilfe während des Jahres beendet

Bei gut der Hälfte der Personen (51%) wurde im Verlauf des Jahres 2005 die Hilfe beendet. Knapp die Hälfte der jungen Menschen (49%) erhielt zum Jahresende weiterhin Unterstützung.

Erziehungsbeistand ist wichtigste Hilfeart

Unterstützung durch Erziehungsbeistand bzw. Betreuungshelfer sind ambulante Erziehungshilfen in Form von Beratung, Begleitung und Intervention. Die Hilfe kann sowohl präventiven als auch resozialisierenden Charakter haben. Wesentliches Ziel ist die Unterstützung des Kindes oder des Jugendlichen bei der Bewältigung aktueller Problemlagen unter Einbeziehung des sozialen Umfeldes. Dabei soll die Verselbständigung der Heranwachsenden unter Beibehaltung des Familienbezugs gefördert werden.

Erziehungsbeistand und Betreuungshelfer

Hilfe als Unterstützung durch einen Erziehungsbeistand erhielten über 1 500 junge Menschen, von diesen waren 65% männlichen Geschlechts. Gut 90% der Hilfeempfänger waren jünger als 18 Jahre.

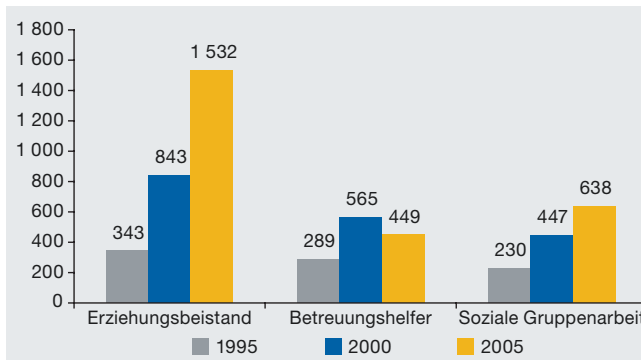
Hilfe durch Erziehungsbeistand überwiegend für männliche Personen

Im Gegensatz zum Erziehungsbeistand erfordert der Einsatz eines Betreuungshelfers grundsätzlich eine gerichtliche Entscheidung. Dies bedeutet, dass hier nicht das Prinzip der Freiwilligkeit im Vordergrund steht. Durch Betreuungshelfer wurden 449 junge Menschen unterstützt. Der Anteil der männlichen Jugendlichen belief sich auf 73%. Rund die Hälfte der Hilfeempfänger war jünger als 18 Jahre.

Betreuungshelfer werden durch gerichtliche Entscheidung bestellt

S 1

Betreuung einzelner junger Menschen 1995–2005 nach der Hilfeart



T 1

Junge Menschen mit Hilfen zur Erziehung 1995–2005

Alter in Jahren	Junge Menschen mit Hilfen zur Erziehung ¹⁾			Darunter: Betreuung einzelner junger		
	1995	2000	2005	1995	2000	2005
unter 18	16 229	18 844	22 512	553	1 333	2 032
18–27	2 069	2 404	2 357	309	522	587
Insgesamt	18 298	21 248	24 869	862	1 855	2 619
je 10 000 der Bevölkerung gleichen Alters						
unter 18	207	239	301	7	17	27
18–27	49	62	56	7	13	14
Insgesamt	152	180	213	7	16	22

1) Am Jahresende bestehende und im Verlauf des Jahres beendete Hilfen.

Soziale Gruppenarbeit bei Entwicklungsstörungen und Verhaltensproblemen

Die soziale Gruppenarbeit ist ebenfalls eine ambulante Hilfe und richtet sich an ältere Kinder und Jugendliche, bei denen eine ihrem Wohl entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die in der Regel deutliche Entwicklungsstörungen und Verhaltensprobleme zeigen. Ziel der Hilfe ist es, den Kindern und Jugendlichen bei der Überwindung dieser Störungen und bei der Lebensbewältigung Unterstützung durch intensives soziales Lernen in der Gruppe zu gewähren.

An sozialer Gruppenarbeit nahmen 638 ältere Kinder und Jugendliche teil. Auch hier überwog das männliche Geschlecht (83%). Zwei Drittel (66%) der Empfängerinnen und Empfänger waren jünger als 18 Jahre.

überwiegenden Zahl der Fälle half hier ein Erziehungsbeistand bei der Bewältigung der Probleme.

Mit deutlichem Abstand waren Beziehungsprobleme (16,2%), sonstige Probleme in und mit der Familie (12,4%) oder eine Straftat (10,7%) Auslöser der Hilfestellung.

Für die Bestellung eines Betreuungshelfers war in fast der Hälfte der Fälle eine begangene Straftat der Grund (45,1%), gefolgt von Entwicklungsauffälligkeiten (14,5%), Schul- und Ausbildungsproblemen (12%) sowie Suchtproblemen (10,8%).

Einsatz eines Betreuungshelfers nach begangener Straftat

Auslöser für die Teilnahme an einer sozialen Gruppenarbeit waren in der Mehrzahl

Hilfestellung häufig wegen Schul- und Ausbildungsproblemen

Schul- und Ausbildungsprobleme lösen am häufigsten Hilfestellung aus

Bei den Betreuungsanlässen können im Rahmen der statistischen Erhebung bis zu zwei Gründe angegeben werden, die die Hilfe auslösten. Hierbei zeigt sich, dass Schul- und Ausbildungsprobleme mit 27% sowie Entwicklungsauffälligkeiten mit 22,7% die mit Abstand am häufigsten genannten Hilfestellungsanlässe waren. In der weitaus

T 2

Schwerpunkte bei der Betreuung einzelner junger Menschen sowie Hilfestellungsdauer 2005

Hilfestellung	Hauptzielgruppe		Hauptanlass	Durchschnittliche Hilfestellungsdauer
	Alter	Geschlecht		
Erziehungsbeistand	Minderjährige 90 %	männlich 65 %	Schul-/Ausbildungsprobleme	12 Monate
Betreuungshelfer	Minderjährige 50 %	männlich 73 %	Straftat	7 Monate
Soziale Gruppenarbeit	Minderjährige 66 %	männlich 83 %	Straftat	4 Monate

T 3

Betreuung einzelner junger Menschen 2005 nach dem Anlass der Hilfe und der Hilfeart

Anlass der Hilfe ¹⁾	Hilfeart		
	Erziehungsbeistand	Betreuungshelfer	Soziale Gruppenarbeit
Entwicklungsauffälligkeiten	396	47	75
Beziehungsprobleme	325	19	26
Schul-/Ausbildungsprobleme	470	39	107
Straftat	29	146	70
Suchtprobleme	27	35	13
Anzeichen für Missbrauch	18	-	2
Anzeichen für sexuellen Missbrauch	12	2	2
Trennung/Scheidung der Eltern	82	5	16
Wohnungsprobleme	20	2	-
Arbeitslosigkeit	4	10	-
Sonstige Probleme in und mit der Familie	234	19	31

1) Für jeden jungen Menschen konnten bis zu zwei Anlässe der Hilfe angegeben werden.

der Fälle Schul- und Ausbildungsprobleme (31,3%) und Entwicklungsauffälligkeiten (21,9%) sowie Straftaten (20,5%).

Alle anderen Gründe wie Anzeichen für Misshandlungen oder für sexuellen Missbrauch, Wohnungsprobleme sowie Arbeitslosigkeit spielten insgesamt nur eine untergeordnete Rolle.

Die Anregung zur Hilfe der Betreuung einzelner junger Menschen kam zu 33% von Jugendämtern, und zu 25,4% von Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie zu 23,7% von den Eltern oder einem Elternteil.

Oftmals ist das Jugendamt mit im Spiel

Unterschiede bei der Dauer der Hilfe

Die einzelnen Hilfearten unterscheiden sich auch hinsichtlich ihrer Dauer. Während die soziale Gruppenarbeit im Durchschnitt nach knapp vier Monaten beendet werden konnte, dauerte die Unterstützung durch den Betreuungshelfer im Durchschnitt sieben Monate. Die Unterstützung durch den Erziehungsbeistand beanspruchte sogar durchschnittlich zwölf Monate.

Am längsten dauert Hilfe durch Erziehungsbeistand

Gerhard Hehl, Verwaltungsfachwirt, leitet das Sachgebiet Soziale Leistungen.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Der ifo Geschäftsklimaindex klettert und klettert

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Auch im Dezember beste Stimmung in den deutschen Unternehmen

Der ifo Geschäftsklimaindex ist im Dezember von 106,8 Punkten auf 108,7 Punkte geklettert. Dies zeigt, dass zurzeit offensichtlich nichts die gute Stimmung in der deutschen Wirtschaft trüben kann – weder die Mehrwertsteuererhöhung noch die konjunkturelle Abschwächung in den USA oder die Euro-Aufwertung. „Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem außerordentlich starken Boom wie zuletzt 1990“, stellt das ifo Institut dazu fest.

Günstigere Lagebeurteilung

Die Klimaverbesserung wird sowohl von einer günstigeren Lagebeurteilung als auch von einer optimistischeren Einschätzung der Geschäftsaussichten getragen. Der Lageindex stieg von 113,9 auf 115,3 Punkte. Die günstigere Lagebeurteilung dürfte auf das gute Weihnachtsgeschäft und auf Vorzieheffekte im Hinblick auf die Mehrwertsteuererhöhung zurückzuführen sein.

Verbesserte Geschäftserwartungen

Der Erwartungsindex legte von 100,2 auf 102,5 Punkte zu, was viele Experten überrascht hat. Mittlerweile setzt sich aber die Meinung durch, dass die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 nur noch eine kleine Delle in der Konjunktur verursachen wird.

Das Geschäftsklima hat sich in allen Branchen verbessert. Während die Geschäftserwartungen für die kommenden Monate ebenfalls in allen Branchen optimistischer ausfielen, galt dies für die Beurteilung der Geschäftslage nur im verarbeitenden Gewerbe und im Großhandel. Im Bauhauptgewerbe und im Einzelhandel wurde die Lage aber nur geringfügig ungünstiger eingeschätzt als im Vormonat.

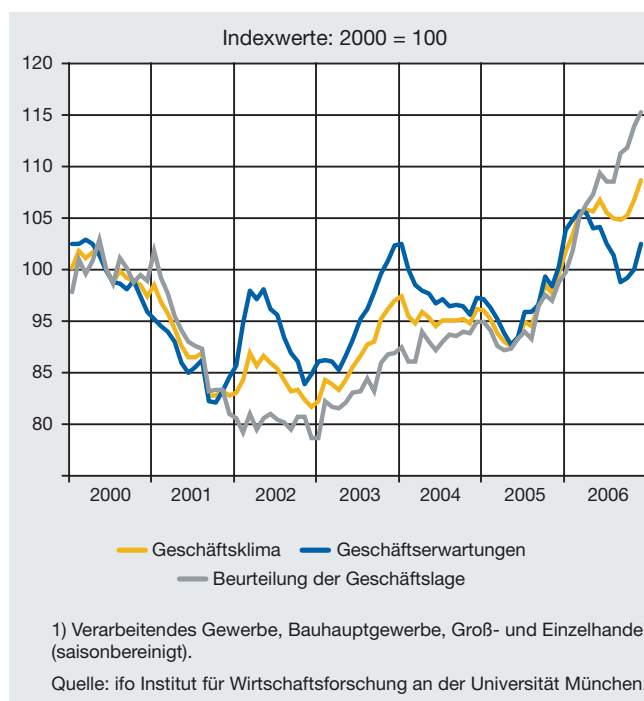
Klimaverbesserung in allen Branchen

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe stiegen wieder stärker als im Vormonat – Rückgang im Bauhauptgewerbe

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwick-

Stand:
Dezember
2006

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



lung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im September 2006 gegenüber dem Vorjahr um 8,8% gestiegen

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe werden seit November 2003 steigende Auftragseingänge im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat festgestellt. Der Anstieg im April 2006 markierte mit +16,6% den höchsten Zuwachs, der in den letzten Jahren beobachtet wurde. Nachdem auch im Mai (+12,7%) und Juni (+14%) zweistellige Steigerungsraten registriert worden waren, lagen diese seither wieder etwas niedriger. Der Zuwachs der Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahresmonat betrug im September 8,8%, nach 7,6% im August. Zuvor hatte sich der Anstieg im Juli auf 8,3% belaufen.

Zuwachsraten der Auftragseingänge aus dem In- und Ausland in gleicher Höhe

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im September 2006 erneut von Zuwächsen sowohl auf dem Inlands- als auch auf dem Auslandsmarkt getragen. Von März bis August 2006 war die Auslandsnachfrage stärker gestiegen als die heimische Nachfrage. Im September waren nun identische Zuwachsraten von 8,8% auf beiden Märkten zu verzeichnen. Der Anstieg der Bestellungen aus dem Inland fiel dabei im Vergleich zum Vormonat deutlicher aus. Im August hatte der Zuwachs an Inlandsaufträgen noch bei 6,8% und an Aufträgen aus dem Ausland bei 8,4% gelegen.

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) erhöhten sich im September 2006 die Auftragseingänge nur noch um 7,6% gegenüber dem September des Vorjahres. Der Anstieg war damit geringer als zuletzt im Juli (+9,5%) und August (+9,1%). Lediglich im Februar und März lagen die Auftragszuwächse im abgelaufenen Jahr mit jeweils +6,3% noch niedriger. Den Spitzenwert 2006 hatte es zwischenzeitlich mit +15% im Juni gegeben. Die aktuelle Entwicklung wurde vor allem durch den schwächeren Anstieg des Ordervolumens aus dem Ausland bestimmt. Die Bestellungen aus dem Inland stiegen stärker als im Vormonat und zudem – wie bereits im August – auch stärker als die Auslandsaufträge, bei denen die Entwicklung wiederum hinter den letzten Monaten zurückblieb. Die Inlandsnachfrage erhöhte sich im September um 11,7%, nach 10,3% im August. Die Zuwachsrate bei den Aufträgen aus dem Ausland erreichte im September lediglich 5,4%, nach 8,5% im Vormonat.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie 7,6% über Vorjahresniveau

Im Fahrzeugbau, der etwa 16% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, kam es im September 2006 mit +0,8% wieder zu einem leichten Anstieg der Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahresmonat. Davor war im August mit –0,8% nach zwölf Monaten mit Auftragszuwächsen erstmals wieder ein Nachfragerückgang eingetreten. Bereits im Juli war das Auftragsplus deutlich hinter den Zuwächsen der vorangegangenen Monate zurückgeblieben. Von April bis Juni lagen die Steigerungsraten im Vorjahresvergleich zwischen 24,7 und 25,8%. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten aus der heimischen Produktion

Leichter Auftragszuwachs im Fahrzeugbau

sank im Drei-Monats-Durchschnitt im September 2006 gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,3%, nach einem Rückgang um 1,1% im August. Die Nachfrage aus dem Ausland stieg dagegen wieder um 6,7%, nachdem sie im Vormonat noch um 0,5% gesunken war.

Nachfrage-
steigerung
in der Metall-
erzeugung und
-verarbeitung

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 11%) stiegen die Auftragseingänge im September 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 4,7%. Der Zuwachs war damit höher als im Juli (+1%) und im August (+3,3%), fiel aber niedriger aus als zu Jahresbeginn. Bei den Inlandsbestellungen kam es im September 2006 zu einem Zuwachs um 6,9%, nach einem Anstieg von 3,9% im Vormonat. Die Auslandsaufträge stiegen im Vorjahresvergleich mit +1,5% dagegen schwächer als im Juli (+4%) und im August (+2,3%).

Auftragsein-
gänge im
Maschinenbau
weiter deutlich
im Plus

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im September 2006 im Vorjahresvergleich um 16,2% und damit wieder stärker als im August (+13,7%). Im Juni und Juli (jeweils +11,5%) wurden ebenfalls niedrigere Zuwächse registriert. Allerdings blieb die Entwicklung hinter den Ergebnissen des Frühjahrs zurück. Im April war mit +29,4% das mit Abstand höchste Auftragsplus der letzten Jahre registriert worden. Die Inlandsaufträge nahmen im September 2006 gegenüber dem Vorjahresmonat so stark zu wie zuletzt im Dezember 2004. Der Anstieg erreichte 12,3%, nach 3% im Juli und 7,2% im August. Die Auftragszahlen aus dem Ausland verbesserten sich im Vorjahresvergleich mit +18,6% etwa entsprechend dem Niveau der drei vorausgegangenen Monate.

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im September 2006 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,4% gesunken. Damit kam es erstmals seit Juli 2005 wieder zu einem Nachfragerückgang in der Baubranche. Bereits im August 2006 war mit +8,2% ein deutlich geringerer Zuwachs als in den Vormonaten registriert worden. Im Juni und Juli hatte das Auftragsplus noch bei 21,3 bzw. 17,6% gelegen. Allerdings werden im Bauhauptgewerbe die gleitenden Durchschnittswerte häufiger durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt. Die positive Entwicklung der letzten Monate wurde in erster Linie durch die starke Zunahme des Auftragseingangs in den Berichtsmonaten Juni und Juli bestimmt. Nachdem es in den Berichtsmonaten August und September jeweils zu einem Rückgang gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat gekommen war, wurde im Oktober 2006 ein geringfügiger Anstieg beobachtet.

Auftragsein-
gänge im Bau-
hauptgewerbe
niedriger als vor
einem Jahr

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen im Wohnungsbau wurde zum Jahreswechsel 2005/2006 durch die Abschaffung der Eigenheimzulage stark beeinflusst. Die meisten der noch im vorangegangenen Jahr gestellten Bauanträge wurden erst Anfang 2006 bearbeitet. Dies löste vor allem in den Berichtsmonaten Januar und Februar einen Genehmigungsschub aus. In den Monaten Mai bis Juli kam es nur noch zu geringen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Im September 2006 wurde nun wieder ein stärkeres Plus von 12,9% bei der Zahl der Baugenehmigungen registriert. Davor war im August bereits ein Anstieg um 5,6% zu beobachten.

Zahl der Bau-
genehmigungen
stieg im Vor-
jahresvergleich
wieder kräftiger

Umsatzsteigerung im Einzelhandel, leichte Rückgänge im Großhandel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten. Die nachgewiesenen ersten Ergebnisse der Umsätze in Handel und Gastgewerbe werden laufend aktualisiert. Diese Revisionen gehen in erster Linie auf vorläufige oder verspätete Mitteilungen der befragten Unternehmen zurück.

Zuwächse im Einzelhandel

Die Einzelhandelsumsätze weisen seit April 2005 reale Zuwächse auf. Im September 2006 zeigte sich ein Plus von 1,8% gegenüber dem Vorjahresmonat. Damit blieb die Zunahme etwas hinter dem Niveau der Vormonate zurück: Zuvor lag der Anstieg im Juli bei 2,4%; im August wurde ein Zuwachs von 2,1% ermittelt. Die positive Veränderung des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts war wieder von Umsatzsteigerungen in allen Berichtsmonaten (August bis Oktober) bestimmt – das lässt auf eine Fortsetzung dieser Entwicklung hoffen.

Leichter Umsatzrückgang im Großhandel

Im Großhandel sanken die Umsätze im September 2006 real um 0,3% gegenüber September 2005. Nachdem die Entwicklung im bisherigen Jahresverlauf sehr uneinheitlich gewesen war, gab es nun zum dritten Mal hintereinander rückläufige Umsätze. Davor wechselten sich Monate mit sinkenden Umsätzen (Januar, März, Mai und Juli) ab mit Monaten, in denen leichte Umsatzsteigerungen zu beobachten waren (Februar, April und Juni). Zuletzt gingen die

Umsätze im Vorjahresvergleich im Juli um 2,8% und im August um 1,5% zurück.

Im Gastgewerbe zeigt sich bei der realen Entwicklung der Umsätze seit April 2005 wenig Bewegung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat. Die Veränderungen variierten zwischen –2,4% im Februar 2006 und +1,5% im Mai 2006. In 13 der letzten 18 Monate lagen die Schwankungen sogar in einem sehr engen Bereich von –1% bis +0,9%. Im September 2006 kam es nun mit –0,3% zum dritten Mal in Folge zu einem Rückgang, nachdem die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. bereits im Juli (–0,4%) und im August (–0,8%) schwächer gewesen waren als im jeweiligen Vorjahresmonat.

Geringe Umsatzeinbußen im Gastgewerbe

Verbraucherpreisindex im Dezember um 1,4% höher als im Vorjahr

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex (Basis 2000 = 100) erreichte im Dezember 2006 einen Wert von 110,9. Im Vergleich zum Vormonat stieg er um 0,8%. Gegenüber dem Dezember des Vorjahres hat sich der Verbraucherpreisindex um 1,4% erhöht. Damit war die Teuerungsrate im Jahresvergleich genauso hoch wie im November. Davor waren im September und Oktober 2006 mit +0,9% bzw. +1% die niedrigsten Preisanstiege seit zweieinhalb Jahren ermittelt worden. Für den Durchschnitt des Jahres 2006 ergibt sich damit ein Anstieg des Verbraucherpreisindex um 1,7%, nach 2,1% im Jahr 2005. Im Jahr 2004 hatte die Teuerungsrate bei 1,6% gelegen.

Verbraucherpreisanstieg blieb zum Jahresende bei 1,4%

Gaspreise
deutlich höher
als vor einem
Jahr

Zum Preisauftrieb im Dezember 2006 haben im Vorjahresvergleich insbesondere die Preissteigerungen bei der Haushaltsenergie (+5,3%), speziell beim Gas (+18,7%), beigetragen. Gegenüber November 2006 stiegen saisonüblich die Preise im Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+5,7%), wobei insbesondere der Preisanstieg bei Pauschalreisen mit +30,9% hervorzuheben ist.

Preisentwicklung
für Güter- und
Dienstleistungs-
gruppen
uneinheitlich

Überproportionale Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im Dezember 2006 unter anderem in den Bereichen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,7%), „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+2,1%) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+1,8%). Rückläufige Preise waren dagegen in den Bereichen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (–0,1%) sowie „Nachrichtenübermittlung“ (–1,9%) zu verzeichnen.

Arbeitslosigkeit im Dezember nur geringfügig gestiegen

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Ungewöhnlich
geringer Anstieg
der Arbeits-
losigkeit

Die außergewöhnliche Entwicklung am Arbeitsmarkt, die bereits seit einigen Monaten zu beobachten ist, setzte sich fort. Mitte Dezember waren in Rheinland-Pfalz rund 145 300 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet, also nur knapp 900 oder 0,6% mehr als im November. Das ist die geringste Zunahme der Arbeitslosigkeit in einem Dezember seit mehr als 50 Jahren. Im Vorjahresvergleich ging die Arbeitslosigkeit weiter zurück. Gegenüber Dezember

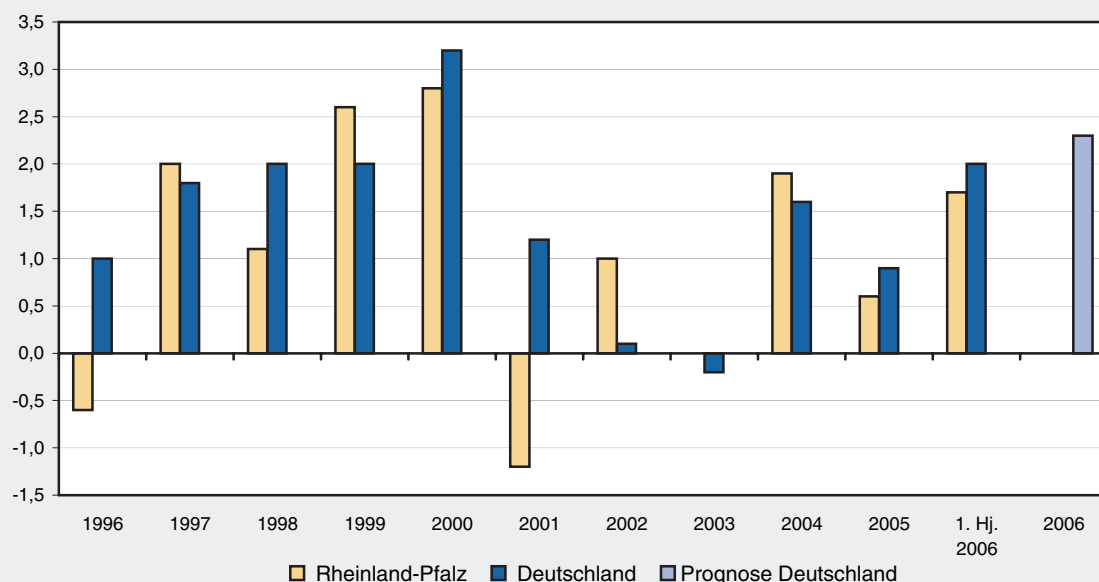
2005 verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um 23 400 Personen oder 13,9%.

Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, belief sich im Dezember 2006 auf 7,1 % und blieb damit im Vergleich zum Vormonat unverändert. Vor einem Jahr hatte die Quote noch bei 8,3% gelegen.

Ursache für diese günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt ist zum einen der bisher ausgebliebene Winter; witterungsbedingte Entlassungen haben sich deshalb in Grenzen gehalten. Zum anderen sorgt die konjunkturelle Belebung für mehr Beschäftigung.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

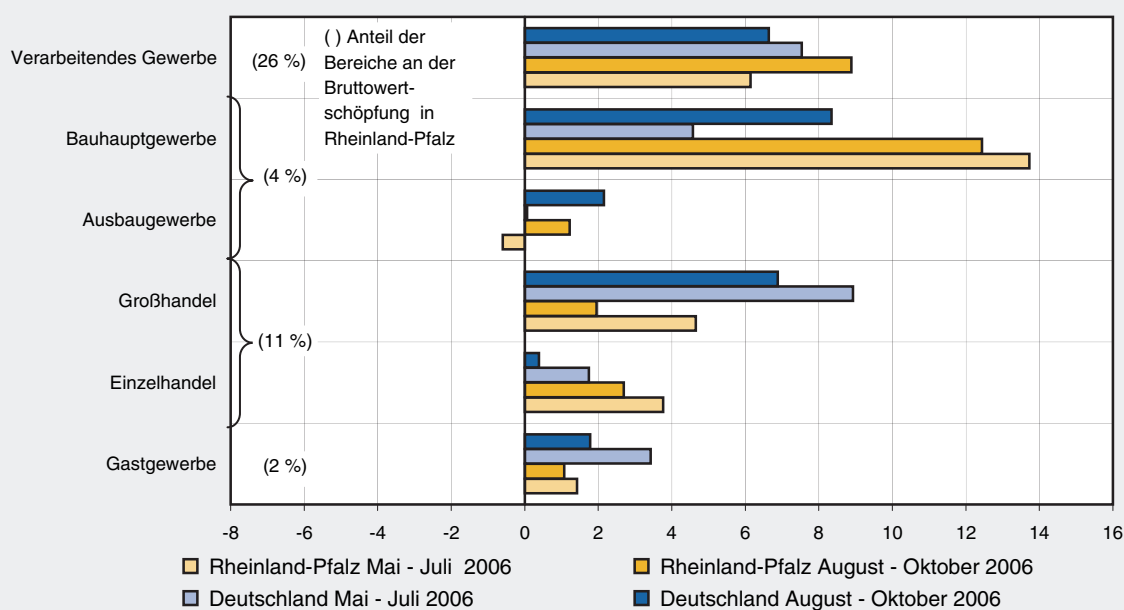
Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾ (Berechnungsstand: März 2006)



Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Nächster Fortschreibungstermin für das Jahr 2006 im Februar 2007. - Quelle Prognosewert 2006: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose von Oktober 2006.

Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen in Rheinland-Pfalz und Deutschland



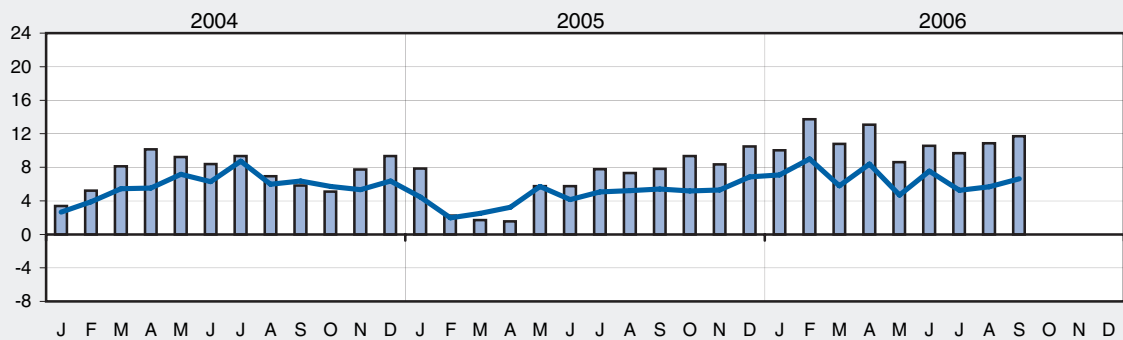
3-Monats-Durchschnitte¹⁾; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Ausbaugewerbe: Quartale

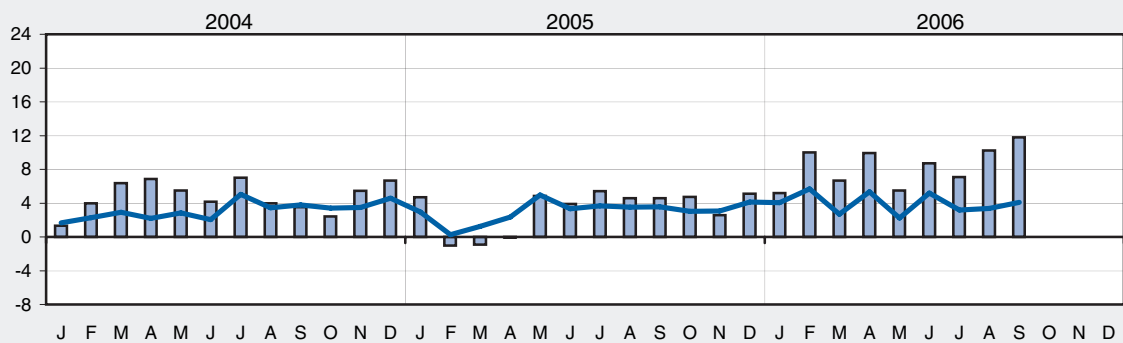
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Deutschland

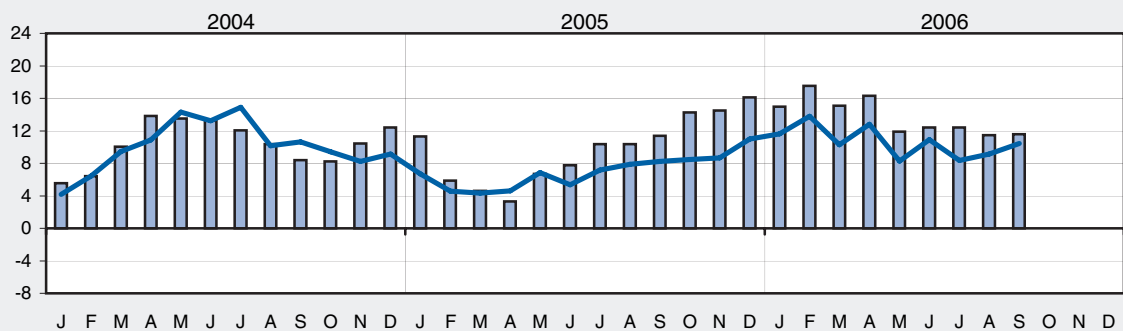
Insgesamt



Inland



Ausland



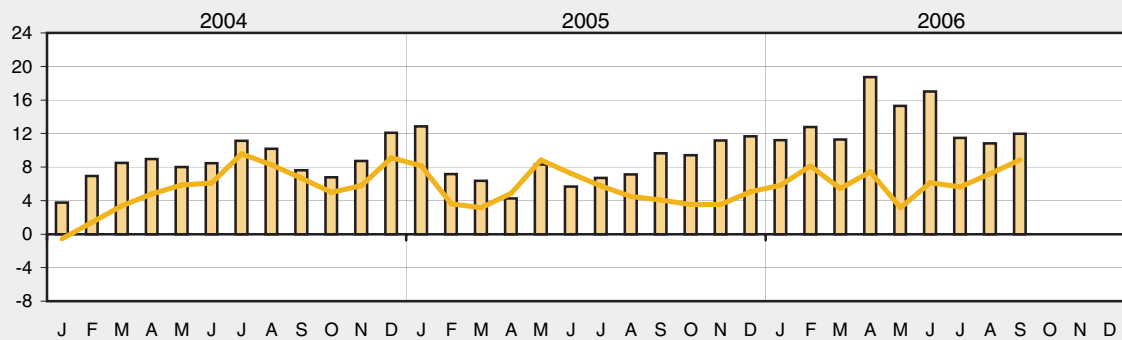
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

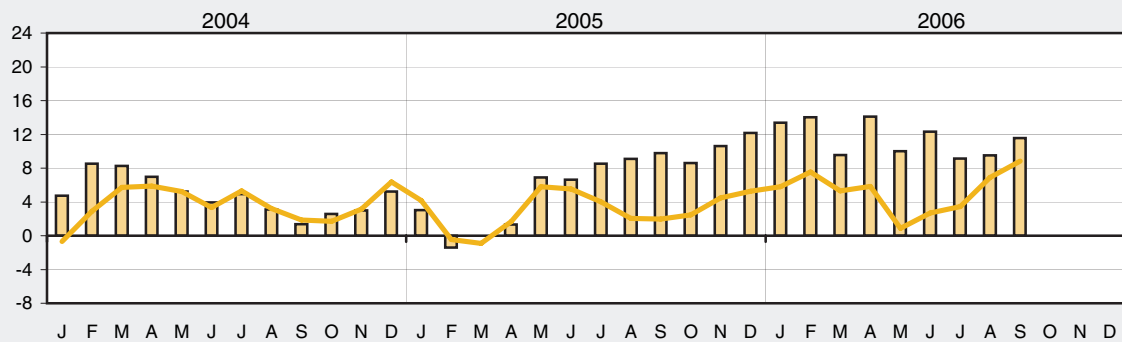
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

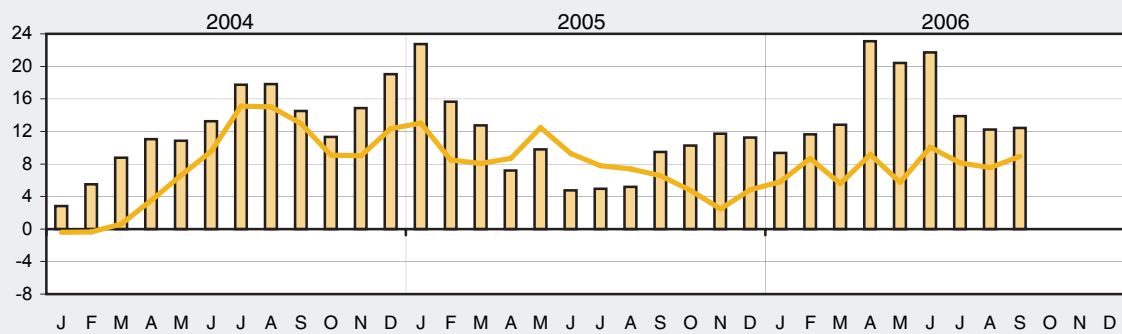
Insgesamt



Inland



Ausland

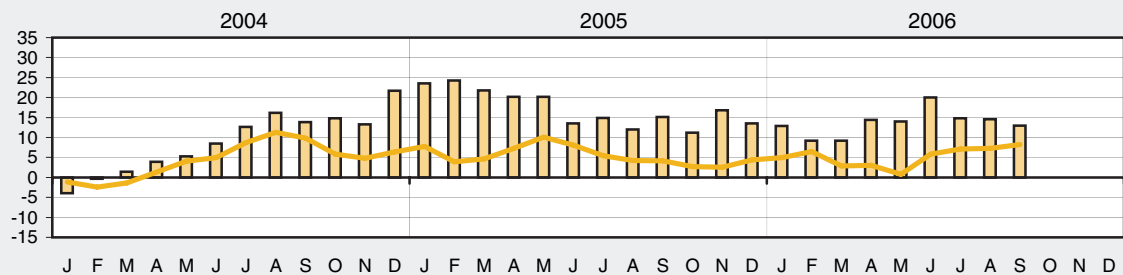


Auftragseingang
 Gesamtumsatz

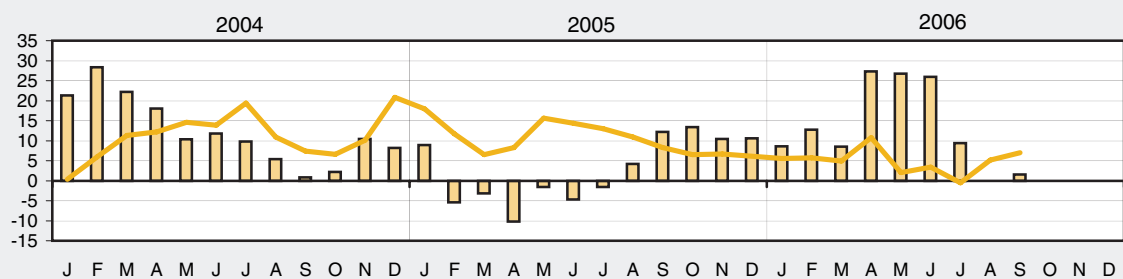
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

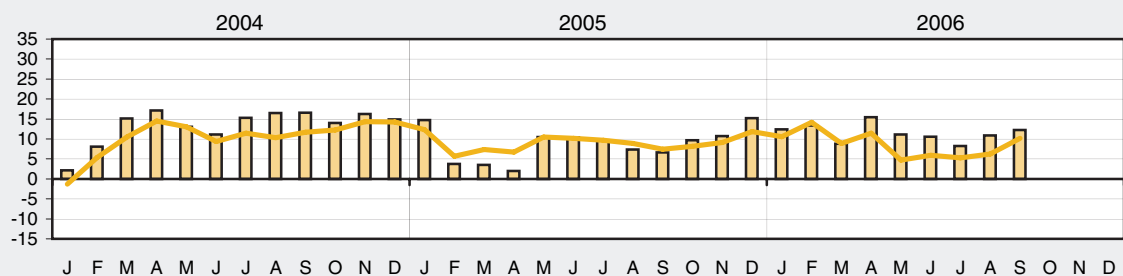
Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 32%)



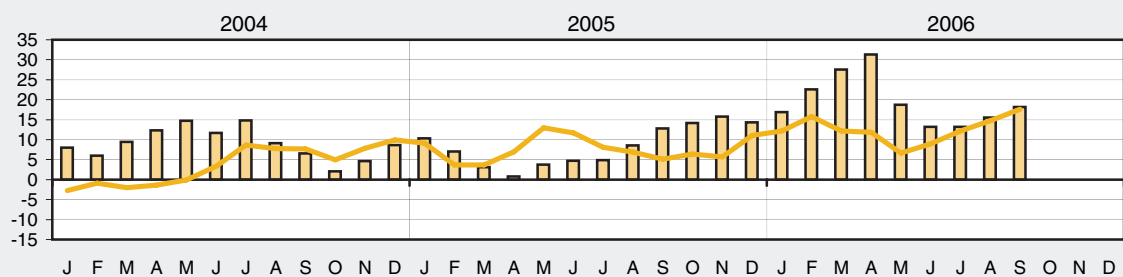
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 16%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 11%)



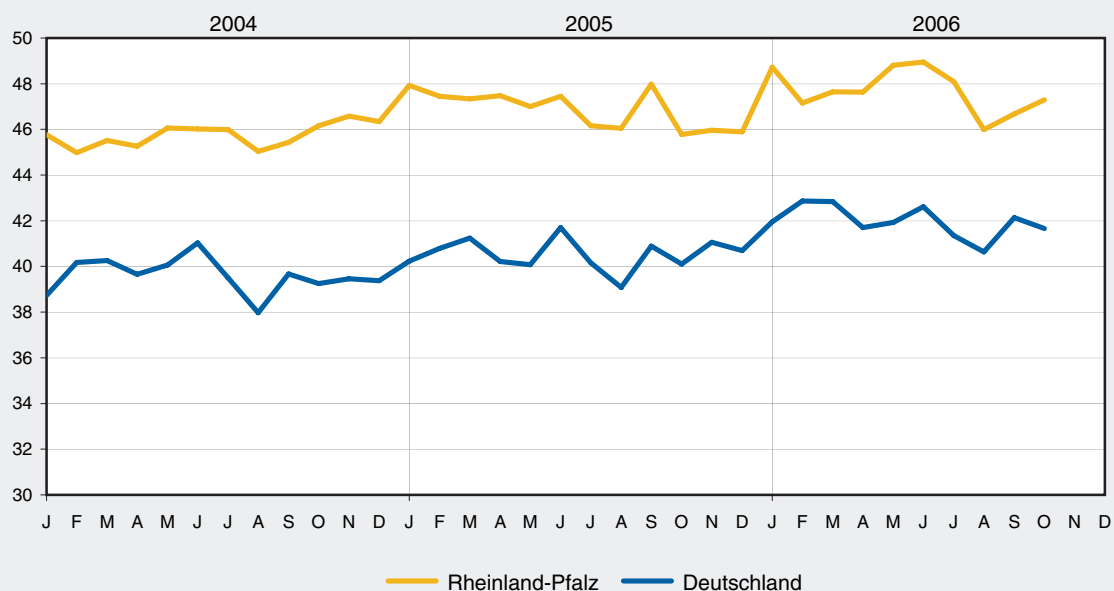
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 9%)



Auftragseingang Gesamtumsatz

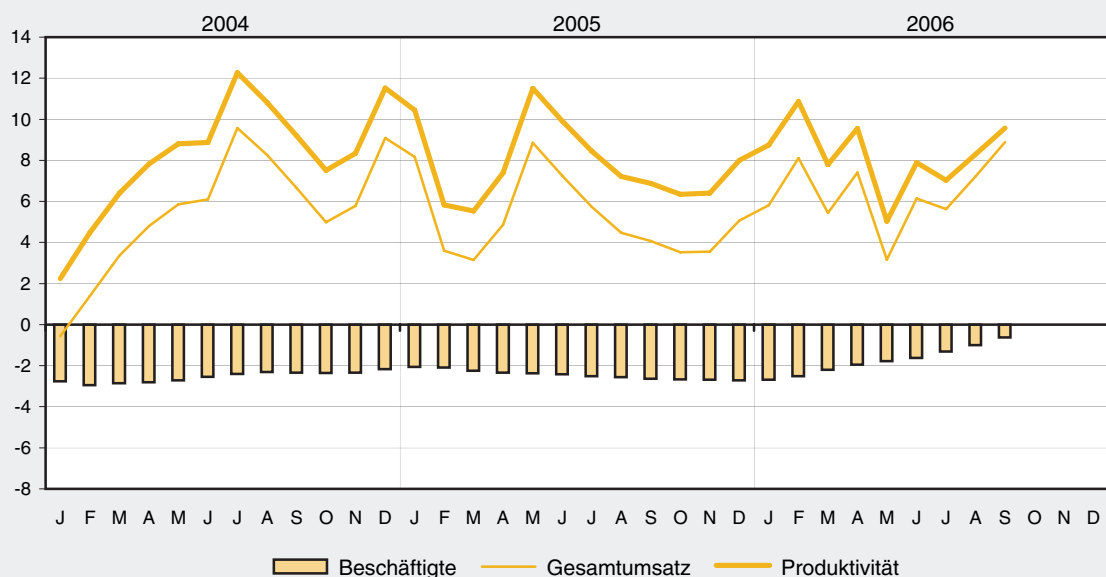
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

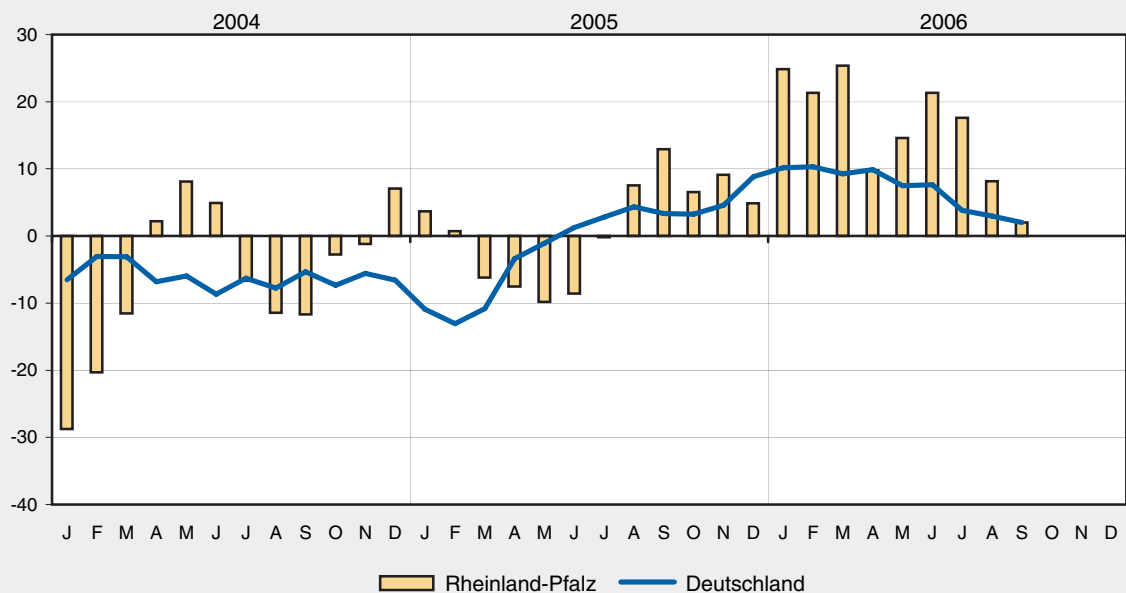
Beschäftigte, Umsatz und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

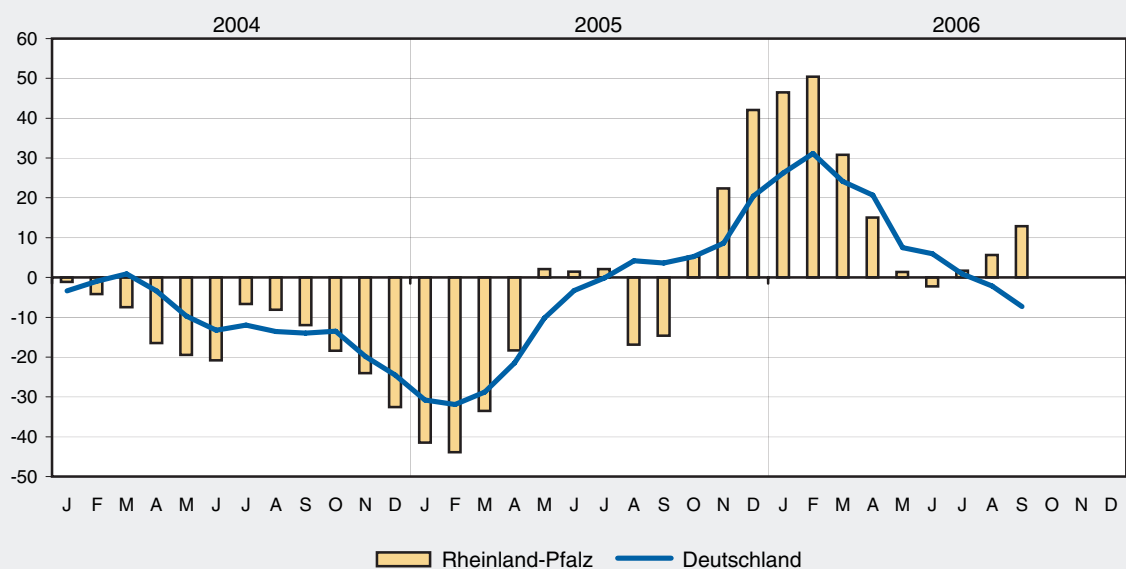
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



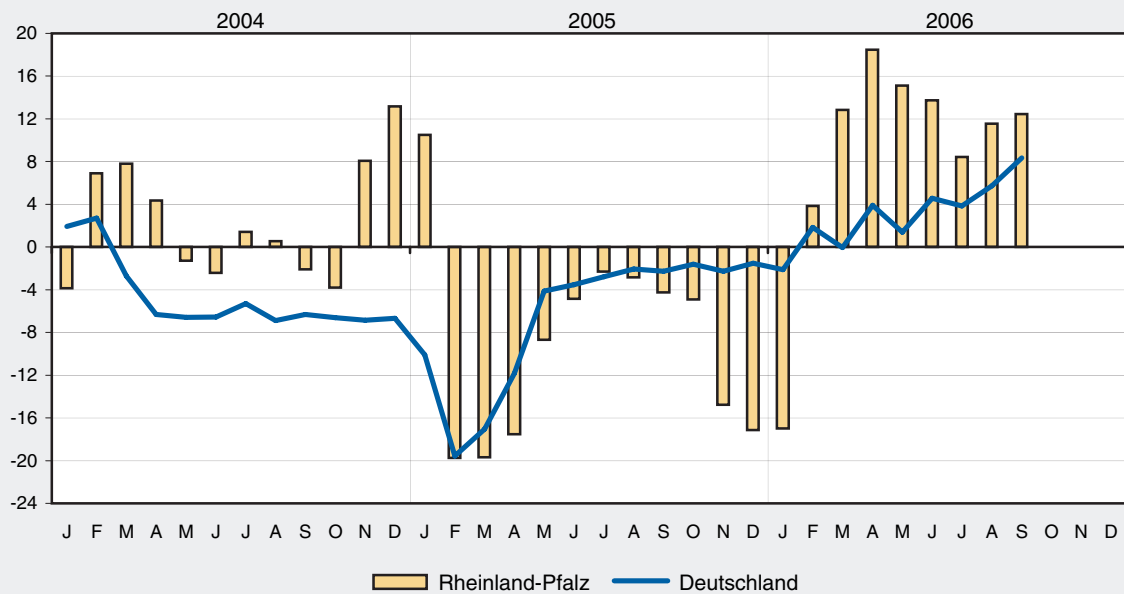
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugenehmigungen Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

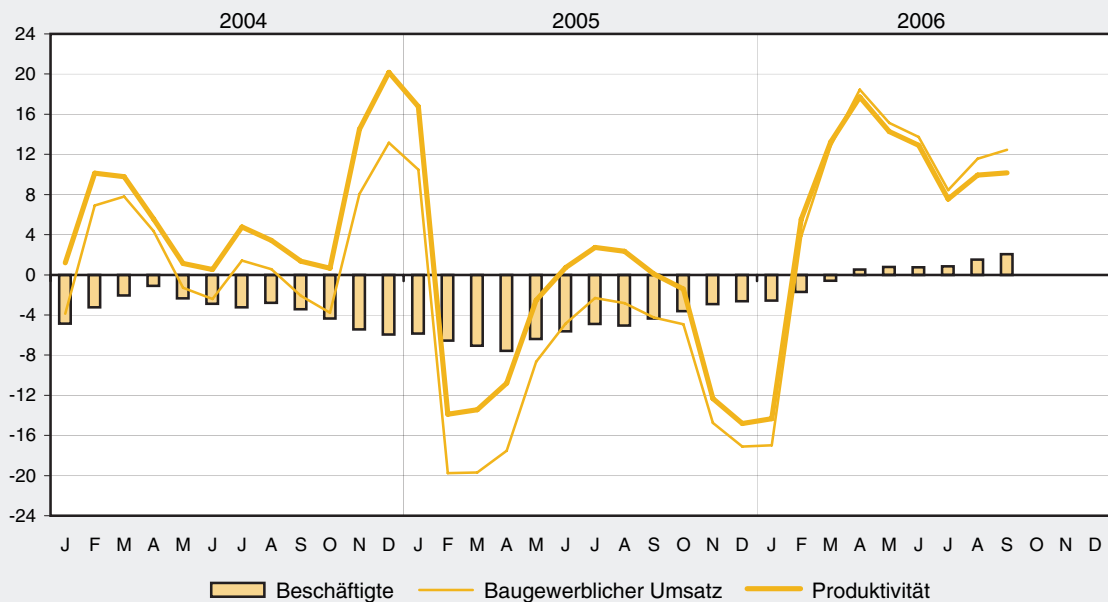
Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

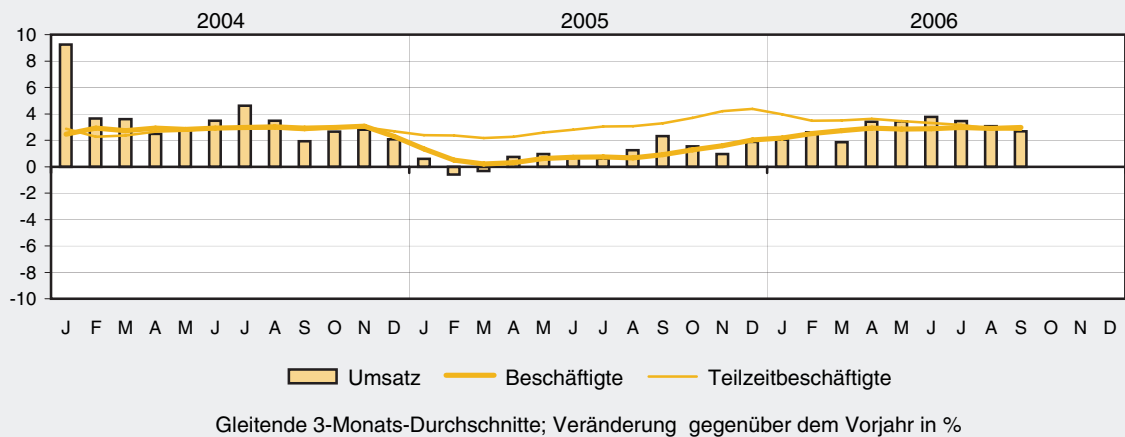
Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz



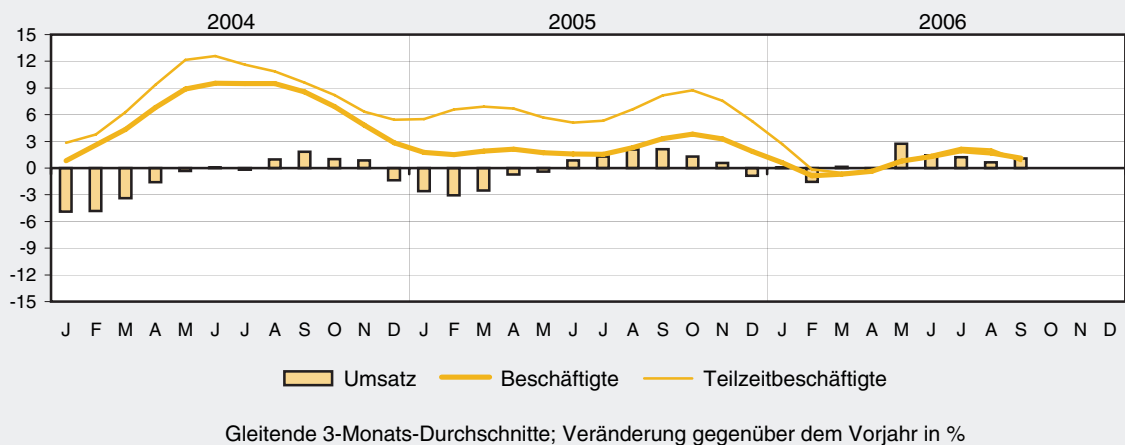
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

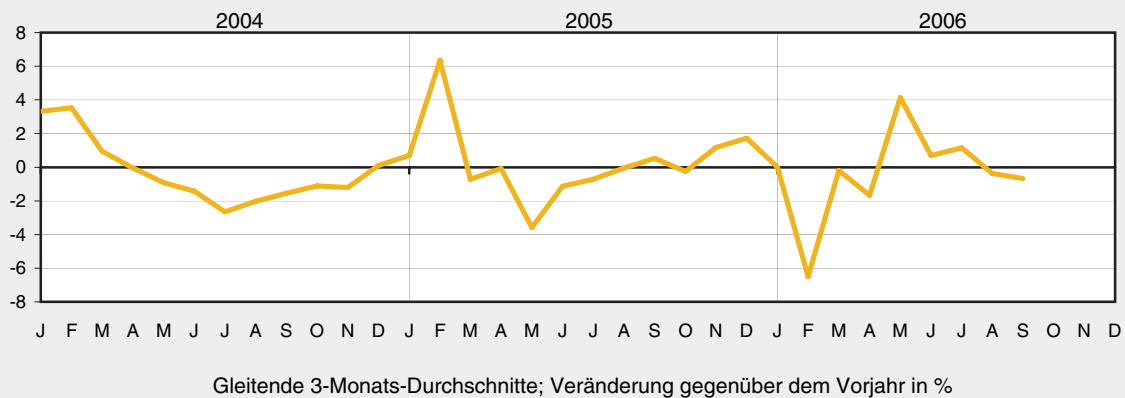
Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2003=100) in Rheinland-Pfalz



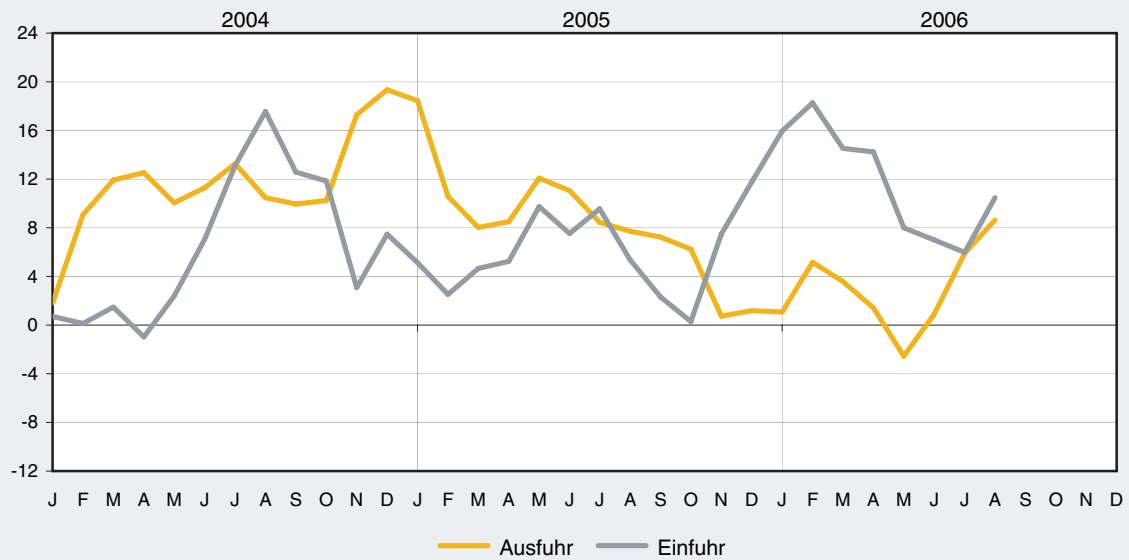
Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2003=100) in Rheinland-Pfalz



Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

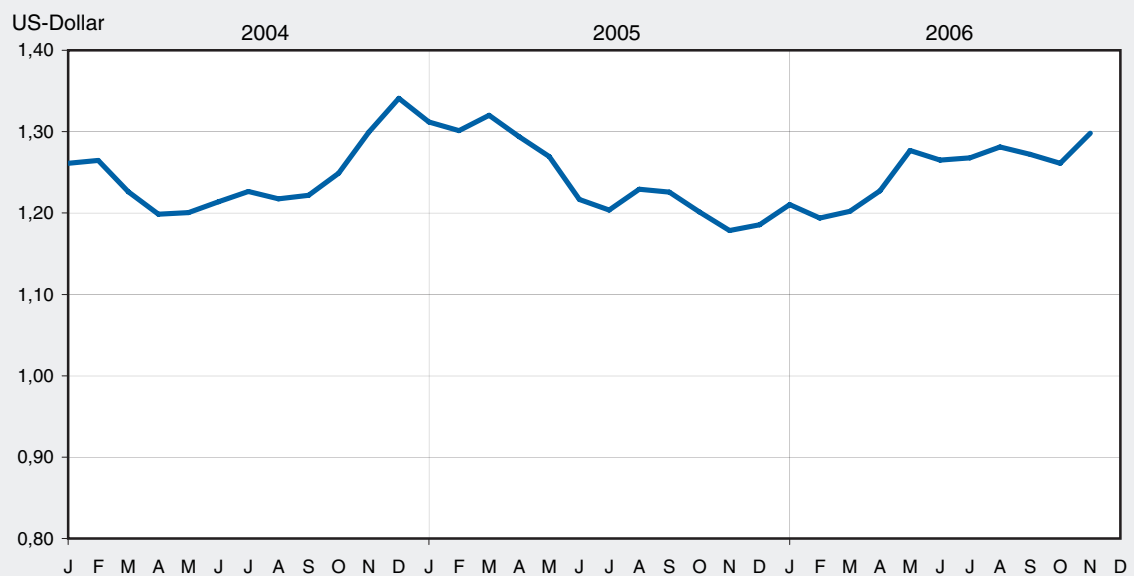


Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz
(Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



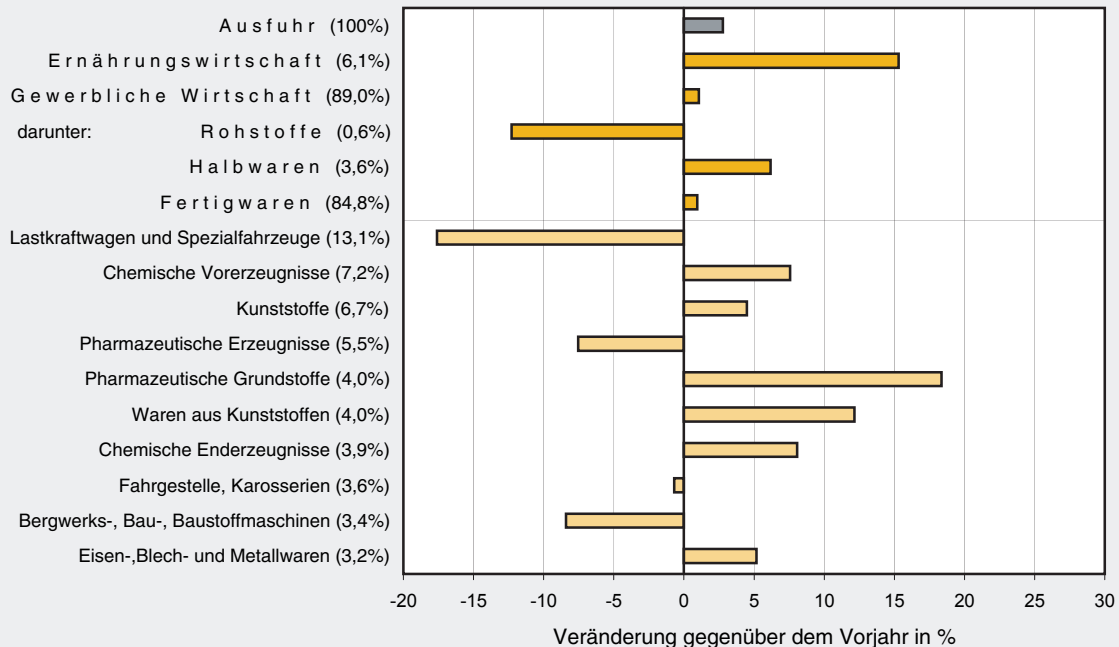
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank
1 EUR = ... US-Dollar
(Monatsdurchschnitt)

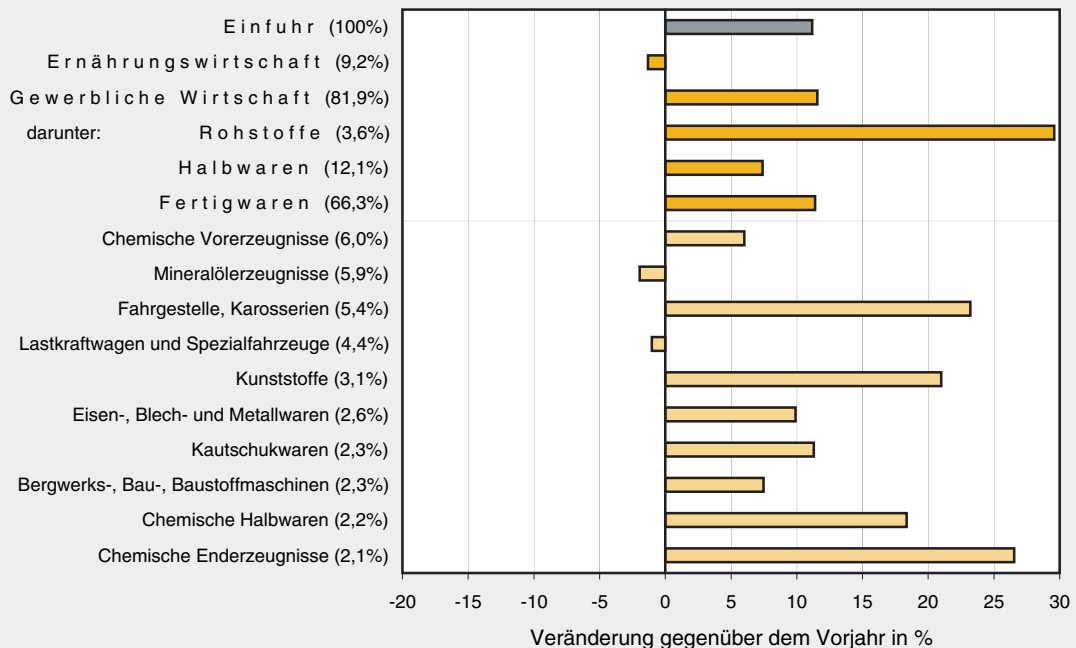


Quelle: Europäische Zentralbank.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(Oktober 2005 - September 2006)

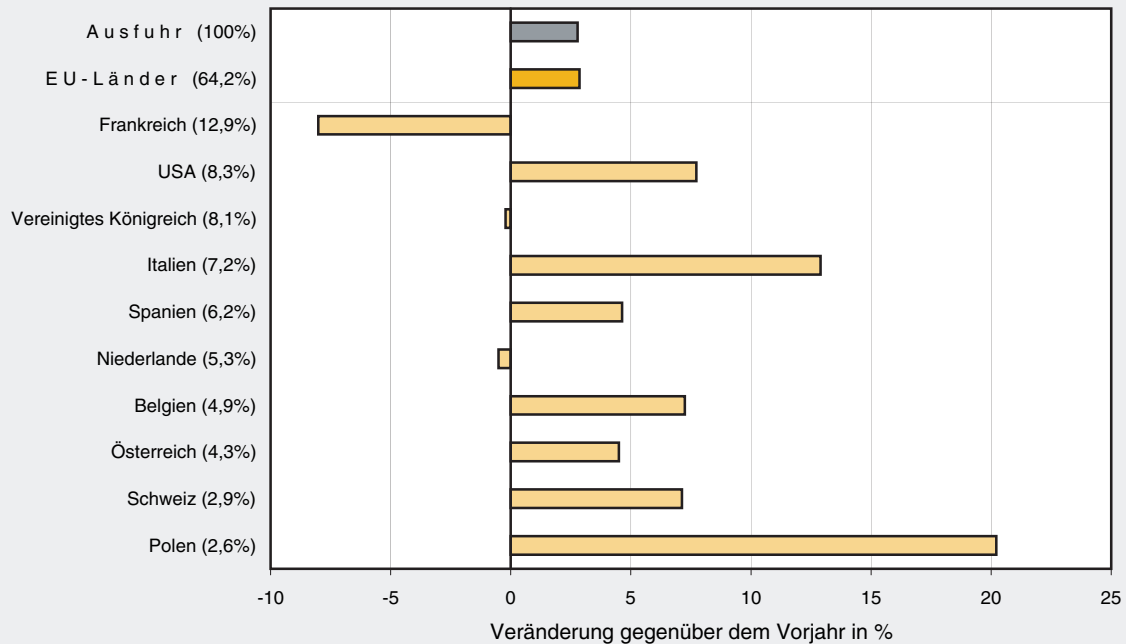


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(Oktober 2005 - September 2006)

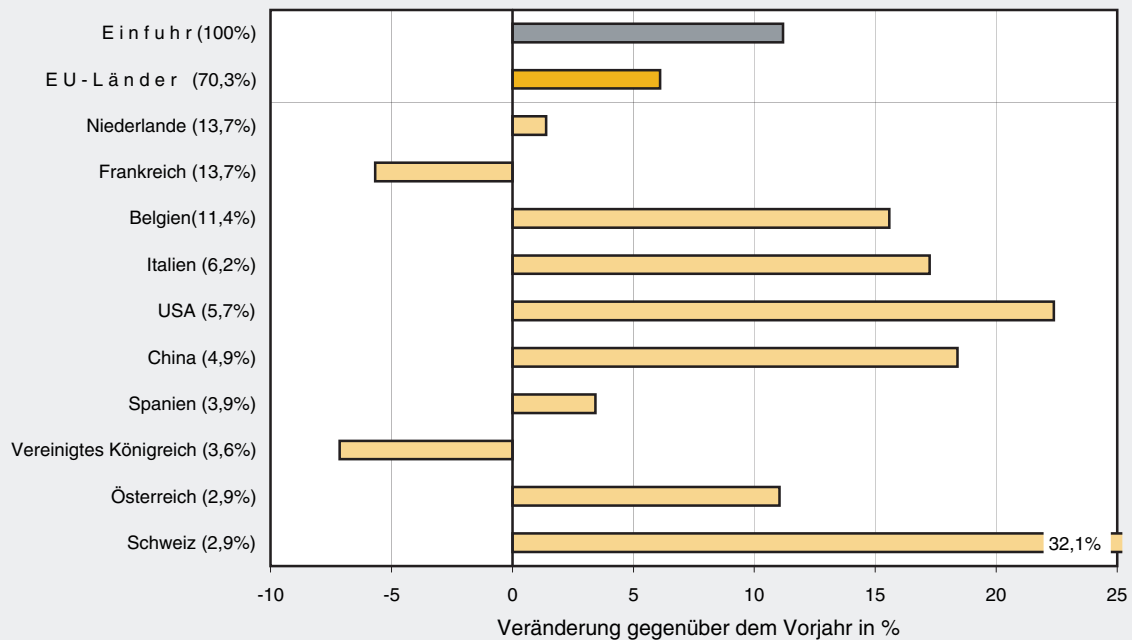


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2005.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer¹⁾
(Oktober 2005 - September 2006)

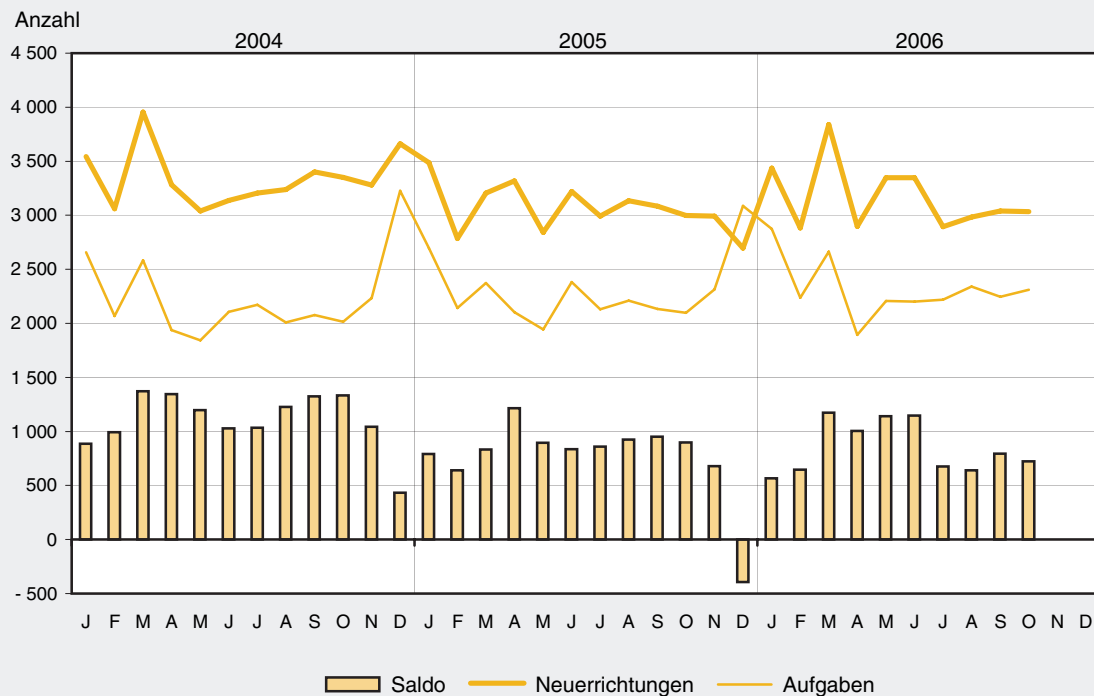


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer¹⁾
(Oktober 2005 - September 2006)

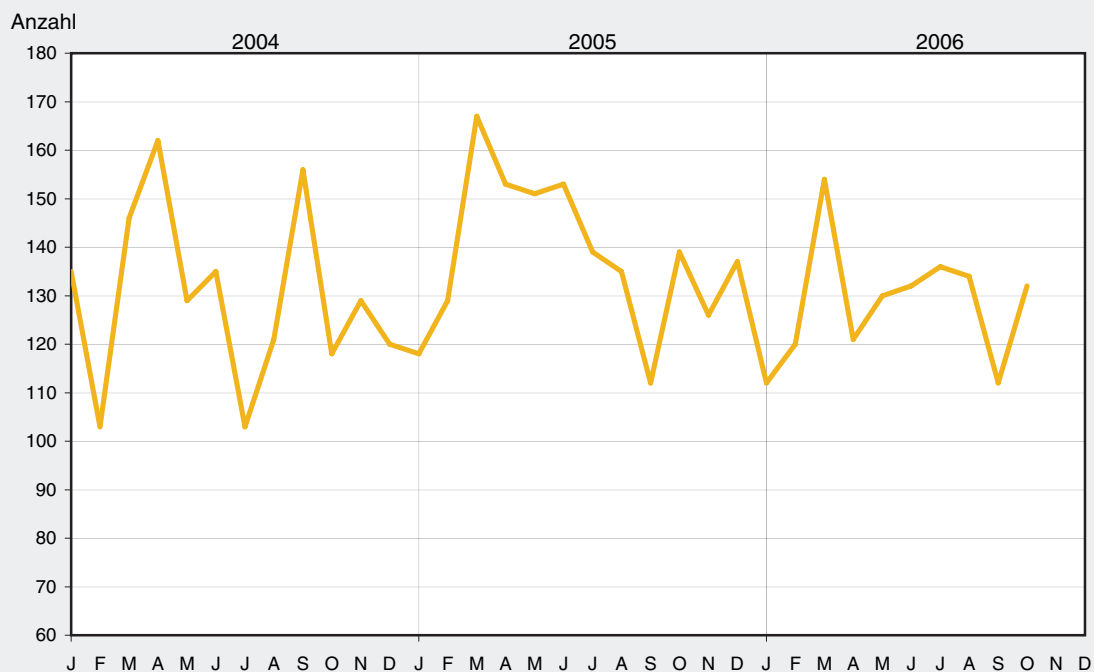


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2005.

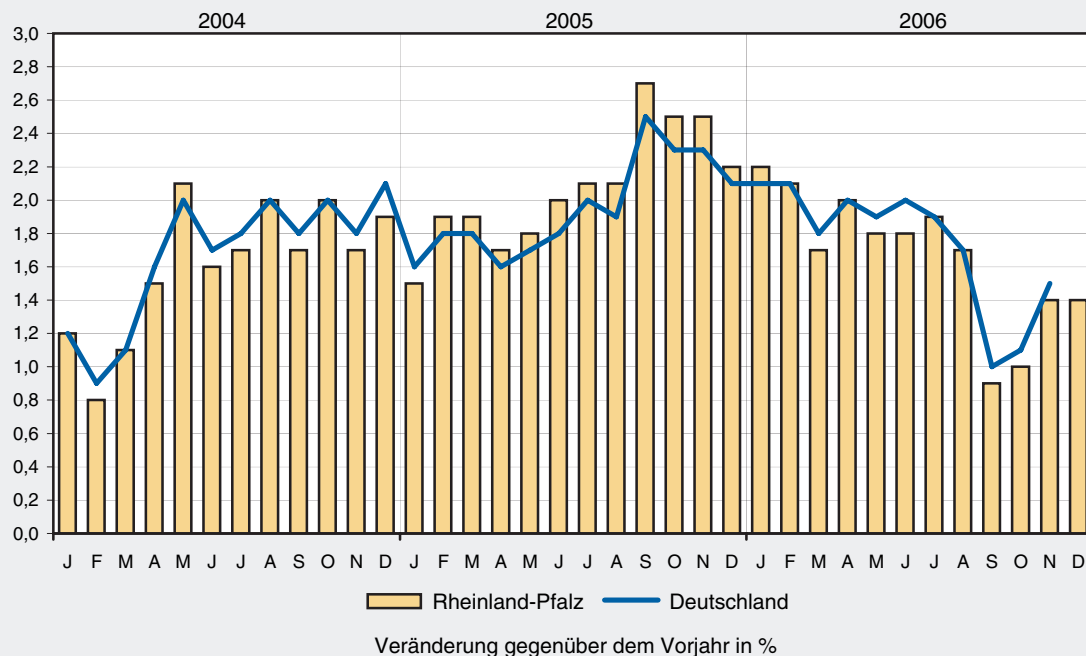
Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz



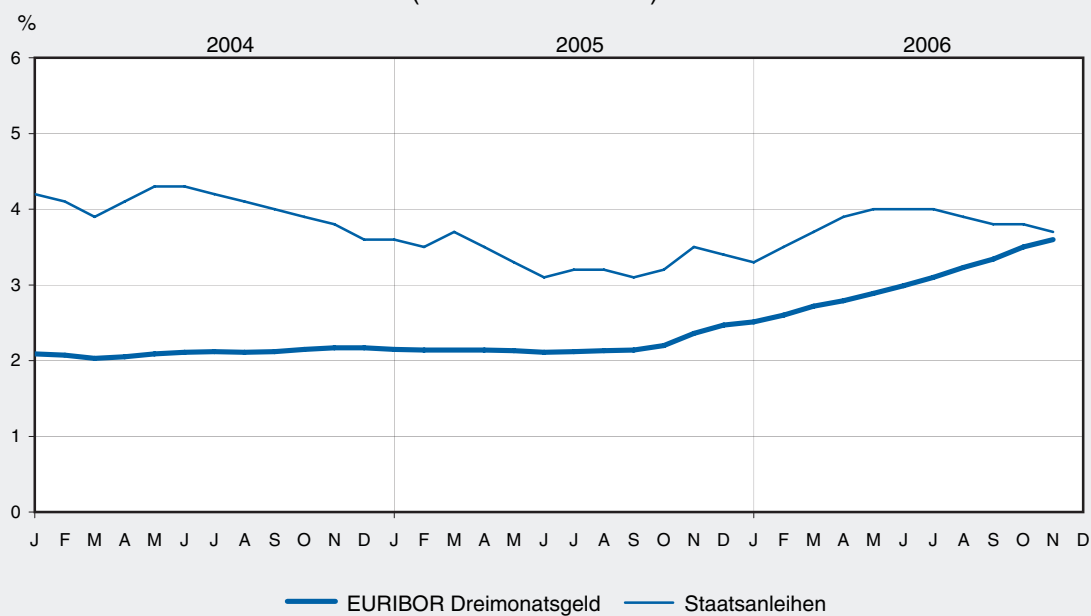
Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



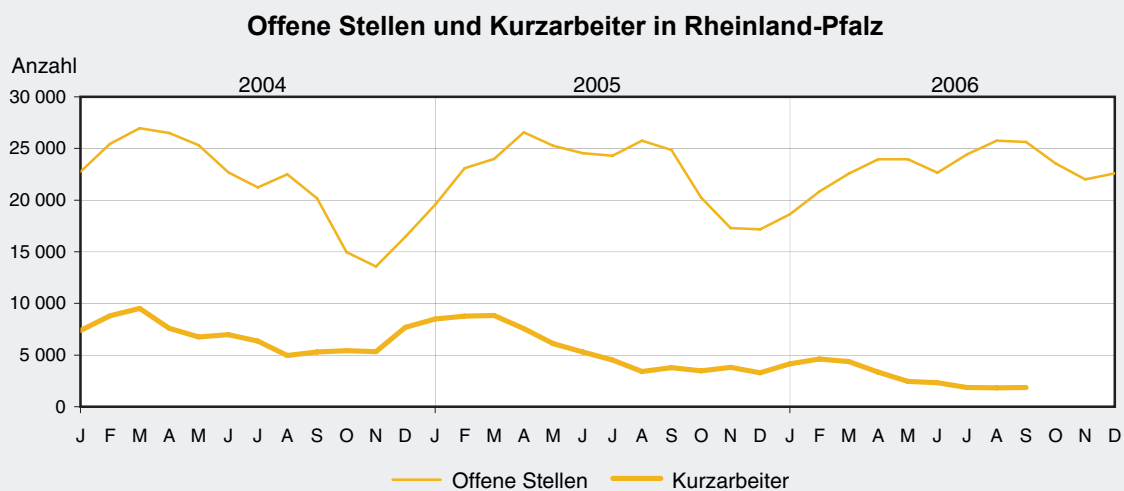
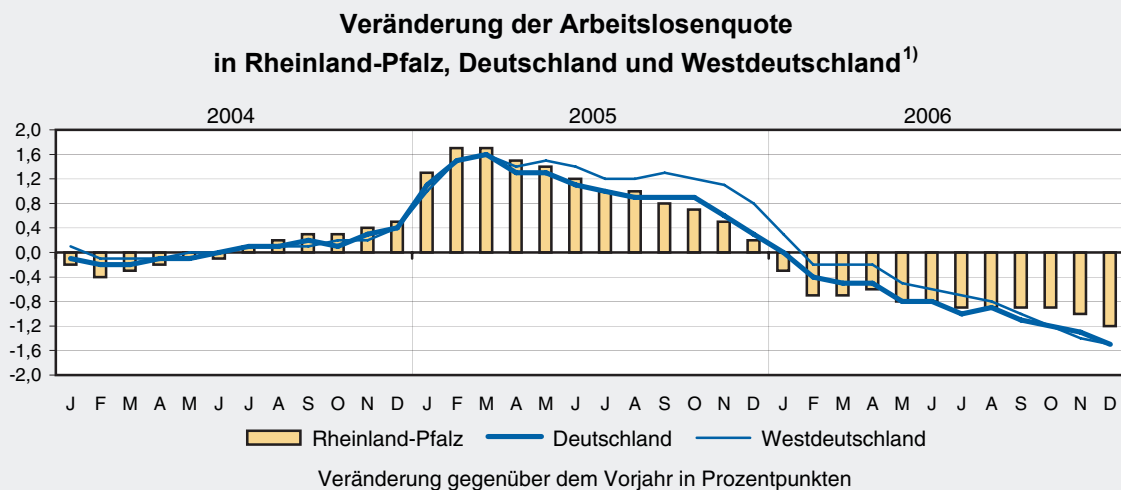
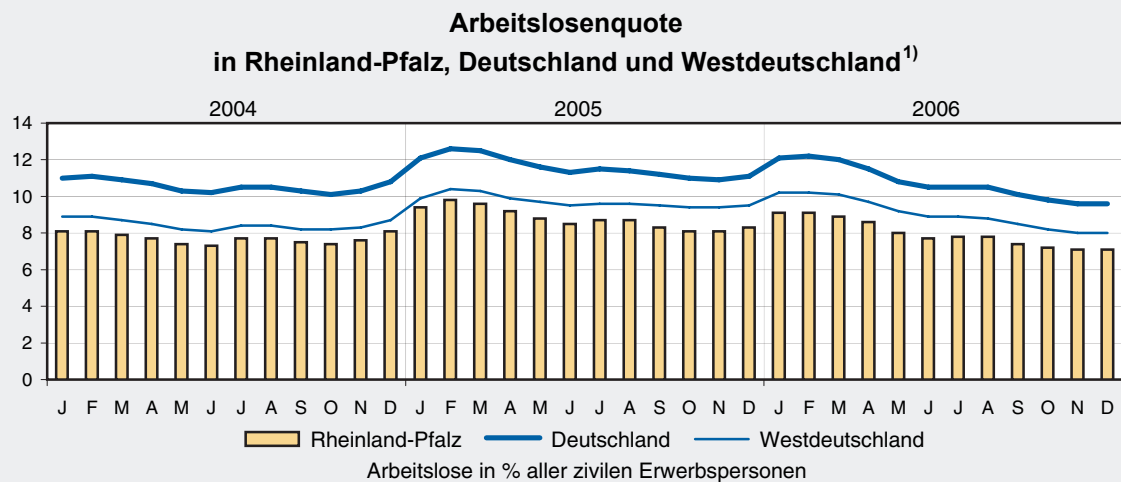
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland



Geldmarktsätze EURIBOR Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Monatsdurchschnitt)

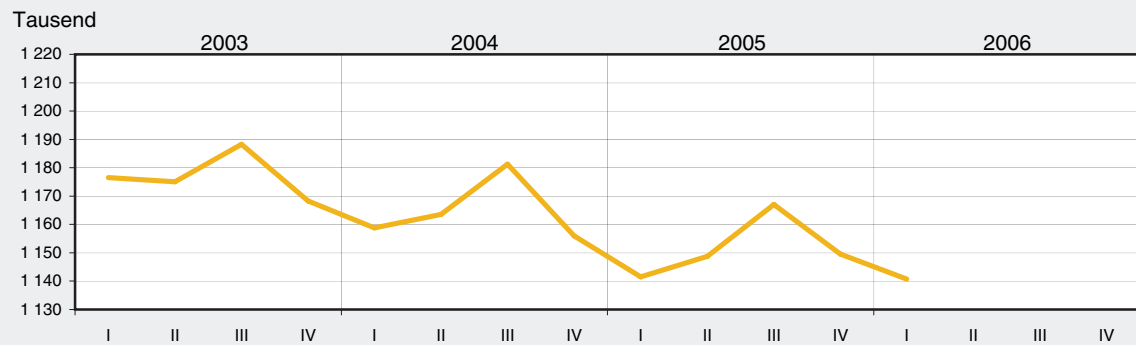


Quelle: Deutsche Bundesbank.

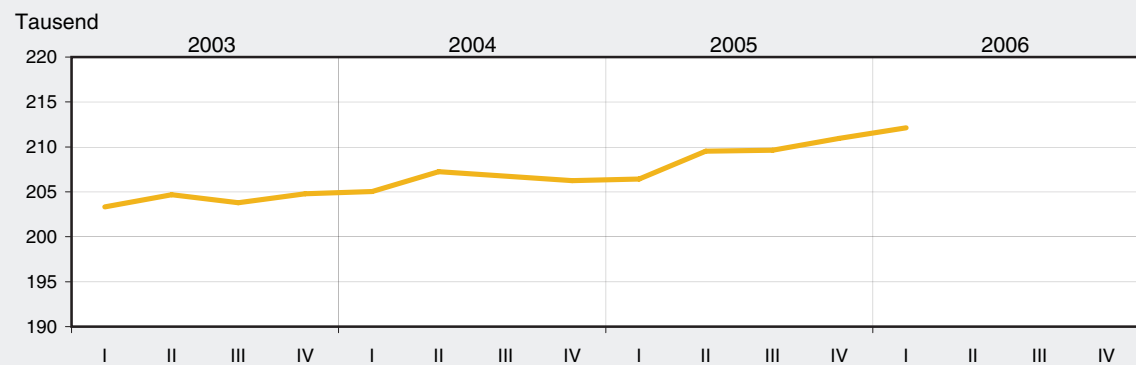


1) Vergleiche mit den Vorjahreszeiträumen sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

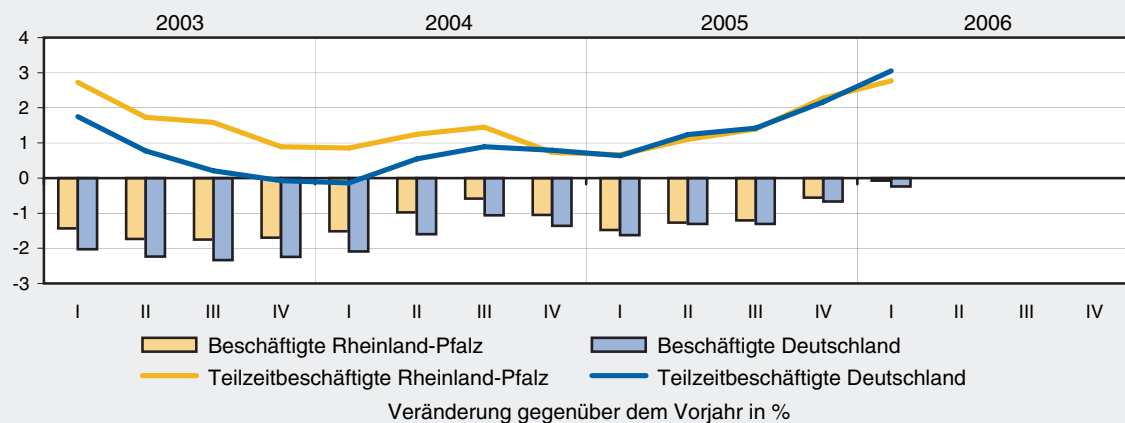
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



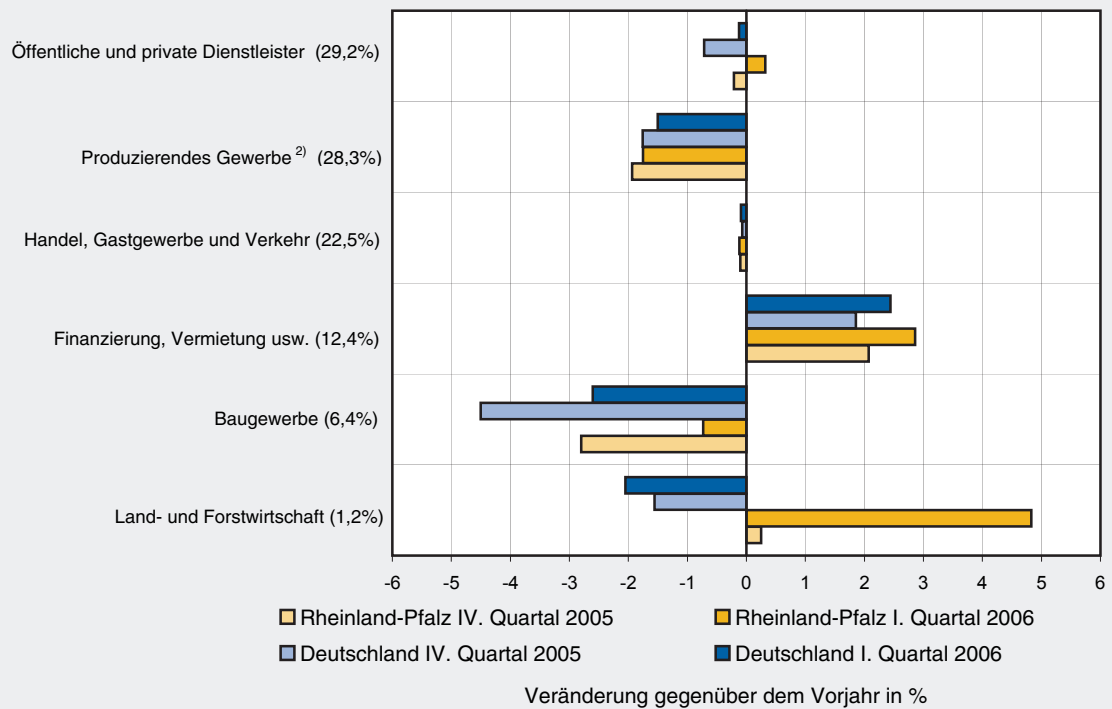
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort (Veränderungsraten)



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2005. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 28. Dezember 2006.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Bruttoinlandsprodukt

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

Erwerbspersonen

Die EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

EURIBOR

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Euro-Referenzkurs

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

Exportquote

satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steu-

erfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehende sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



37	1.279.036	20.053.111	3.991.804
47	1.355.127	21.034.439	4.397.829
81	1.474.661	22.438.521	4.397.829
	1.789.099	21.687.249	4.092.465

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 061 ¹⁾	4 059 ¹⁾	4 060	4 060	4 061	4 055	4 054	4 053
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	313 ¹⁾	315	315	316	316	317	317
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾									
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 753	1 689	1 861	2 388	2 373	2 026	2 932	2 094
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 785	2 716	2 803	2 860	2 912	2 781	2 688	2 681
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,2	8,0	8,4	8,3	8,4	8,1	8,1	7,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 464	3 565	3 362	3 281	3 310	3 721	3 313	3 759
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,5	10,1	9,5	9,6	10,8	9,9	10,9
* darunter im 1. Lebensjahr									
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	12	10	8	9	16	14	19	10
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,1	3,8	2,5	4,3	4,7	5,0	7,1	3,7
* Überschuss der Geborenen (+)									
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 679	- 849	- 559	- 421	- 398	- 940	- 625	- 1 078
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,0	- 2,5	- 1,7	- 1,2	- 1,2	- 2,7	- 1,9	- 3,1
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 107	8 347	8 827	8 792	10 353	8 138	7 293	8 675
* darunter aus dem Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 218	2 337	2 418	2 571	2 601	2 640	2 406	2 574
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 237	7 693	7 062	7 937	9 338	7 305	7 249	8 620
* darunter in das Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 114	2 073	1 943	2 181	2 313	1 894	2 029	2 539
* Wanderungsgewinn (+)									
bzw. -verlust (-)	Anzahl	870	655	1 765	855	1 015	833	44	55
* Innerhalb des Landes									
Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	12 969	13 053	13 237	12 602	15 580	12 203	11 366	12 393
ERWERBSTÄTIGKEIT									
Beschäftigte	Einheit	2003	2004		2005			2006	
		30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
* Sozialversicherungspflichtig									
Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 175	1 164	1 181	1 156	1 142	1 149	1 167	1 149
* Frauen	1 000	527	522	530	523	519	519	525	522
* Ausländer/-innen	1 000	72	70	71	66	66	68	70	65
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	205	207	207	206	210	210	211	212
* darunter Frauen	1 000	179	181	181	180	183	183	184	184
davon nach Wirtschaftsbereichen									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	13	12	12	13	14	12
* produzierendes Gewerbe									
ohne Baugewerbe	1 000	340	333	335	330	326	325	328	324
Baugewerbe	1 000	80	77	79	74	70	74	76	72
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	265	262	268	259	256	258	263	259
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	141	142	145	142	141	143	147	145
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	335	336	340	339	336	335	338	338

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2006 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Arbeitslose	Anzahl	155 111	178 514	164 610	164 189	168 719	151 703	147 195	144 398
* Frauen	Anzahl	66 311	82 718	79 775	79 280	79 709	76 522	74 572	73 284
* Männer	Anzahl	88 800	95 796	84 835	84 909	89 010	75 181	72 623	71 114
darunter									
Bauberufe	Anzahl	8 265	8 896	6 718	6 863	7 933	4 412	4 143	4 213
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	44 605	50 308	44 664	44 674	46 504	34 948	33 937	33 216
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	8,6	9,9	9,1	9,0	9,3	8,3	8,1	7,9
* Frauen	%	7,8	9,7	9,3	9,3	9,3	8,8	8,6	8,5
* Männer	%	9,2	10,0	8,9	8,9	9,3	7,9	7,6	7,4
* Ausländer/-innen	%	17,7	21,6	20,0	20,2	20,9	18,7	18,2	18,1
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,3	10,8	9,5	9,2	9,2	8,7	7,7	7,1
* Kurzarbeiter/-innen ³⁾	Anzahl	6 844	5 613	3 473	3 802	3 284	1 846
* Gemeldete Stellen	Anzahl	21 679	23 752	20 233	17 292	17 163	25 621	23 544	22 011
darunter									
Bauberufe	Anzahl	299	995	961	926	841	1 521	1 340	1 229
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	4 429	5 372	5 927	4 857	4 686	8 406	8 147	8 077
BAUTÄTIGKEIT									
(Baugenehmigungen)									
Baugenehmigungen für Wohngebäude									
	Einheit	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Wohngebäude (Neubau)									
insgesamt	Anzahl	828	727	692	670	576	621	800	581
davon mit ...									
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	790	700	670	646	556	590	766	561
* 3 und mehr Wohnungen ⁴⁾	Anzahl	38	27	22	24	20	31	34	20
davon									
öffentl. Bauherren u. Organisa-									
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	1	1	...	1	...	1	...
Unternehmen	Anzahl	97	116	110	106	41	68	182	71
private Haushalte	Anzahl	729	610	581	564	534	553	617	510
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 154	971	863	868	710	826	1 125	784
* Umbauter Raum	1 000 m ³	810	672	629	605	515	604	734	579
* Wohnfläche	1 000 m ²	147	125	118	115	95	111	136	106
Wohnräume	Anzahl	6 416	5 494	5 045	4 904	4 168	4 843	5 970	4 636
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	184	154	144	139	120	142	169	139
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude									
* Nichtwohngebäude (Neubau)									
insgesamt	Anzahl	130	118	166	125	97	133	144	144
davon									
öffentl. Bauherren und Organisa-									
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	16	16	25	19	14	13	10	10
Unternehmen	Anzahl	105	97	131	99	78	107	128	119
private Haushalte	Anzahl	10	5	10	7	5	13	6	15
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	15	14	39	2	7	17	35	8
* Umbauter Raum	1 000 m ³	662	597	1 054	927	435	574	821	739
* Nutzfläche	1 000 m ²	98	90	159	120	73	94	113	106
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	67	64	144	95	47	55	59	100
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)									
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-									
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 314	1 099	1 044	933	800	993	1 266	906
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	7 421	6 276	6 073	5 363	4 755	6 035	6 803	5 445

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Ergebnisse stehen zurzeit nicht zur Verfügung (Änderung des Meldeverfahrens und Einführung von Saison-Kurzarbeitergeld). – 4) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 830	10 678	10 815	10 596	11 241	9 511	10 686	10 820	11 780
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 752	2 696	2 602	2 889	3 011	1 757	2 372	2 515	2 931
* Kälber	t	20	16	9	13	14	8	12	17	17
* Schweine	t	7 968	7 865	8 106	7 593	8 108	7 666	8 218	8 198	8 720
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	9 535	10 264	9 944	9 913	10 201	10 097	9 262	9 065	9 358
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	63 617	63 728	64 933	60 362	60 922	64 032	62 096	59 215	60 104
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 184	2 112	2 112	2 106	2 095	2 039	2 035	2 033	2 031
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	281 120	274 294	275 157	275 021	273 452	270 581	272 556	273 058	272 907
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	35 893	35 075	34 061	35 497	34 526	34 165	33 915	35 101	35 555
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	884	880	824	822	845	832	831	823	834
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	5 508	5 790	5 483	6 129	5 687	6 066	6 057	6 375	6 405
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵⁾	Mill. EUR	2 953	3 042	2 834	3 241	2 985	3 205	3 195	3 325	3 412
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 477	1 624	1 480	1 696	1 569	1 705	1 648	1 779	1 748
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	115	113	97	126	125	114	126	141	140
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	962	1 010	1 073	1 066	1 008	1 041	1 087	1 130	1 104
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 735	1 825	1 700	1 889	1 723	1 868	1 851	1 931	1 967
Fahrzeugbau	Mill. EUR	829	922	840	970	921	928	912	1 015	995
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 521	2 714	2 525	2 941	2 604	2 917	2 786	2 976	3 029
Exportquote ⁶⁾	%	45,8	46,9	46,0	48,0	45,8	48,1	46,0	46,7	47,3
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	106,8	112,9	106,1	116,0	113,7	117,6	116,3	122,8	126,2
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	104,2	110,8	105,0	113,8	110,1	115,5	112,6	119,4	122,0
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	111,4	115,7	105,7	117,3	117,8	112,9	117,7	122,3	126,7
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	98,2	99,4	92,7	97,1	98,9	97,7	99,7	118,2	142,1
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	108,1	120,7	120,5	132,7	126,1	159,2	141,1	149,9	146,0
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	109,4	124,1	120,0	124,1	121,6	136,9	125,5	132,3	135,6
Fahrzeugbau	2000=100	119,1	119,6	110,6	122,7	124,7	112,2	113,9	118,4	128,5
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	87	88	88	87	86	86	86	86
* Beschäftigte ^{3) 4)}	Anzahl	10 377	10 204	10 175	10 231	10 210	9 990	10 053	10 145	10 110
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	1 000 h	1 329	1 296	1 213	1 334	1 273	1 236	1 214	1 267	1 275
* Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾	Mill. EUR	33	33	30	30	37	37	30	30	39
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁷⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	668	595	526	591	502	410	405	440	393
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	651	580	514	573	491	398	396	428	382

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 7) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –
2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit
im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. –
7) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe		Einheit	2004	2005			2006			
			Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	38 163	36 159	37 007	36 935	36 637	36 919	37 465	37 803	37 573
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 780	3 435	3 766	4 085	3 839	4 193	4 058	4 274	4 250
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 543	1 394	1 536	1 634	1 547	1 921	1 718	1 785	1 784
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	931	824	892	935	851	886	906	971	977
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 305	1 217	1 338	1 516	1 441	1 386	1 434	1 518	987
darunter Straßenbau	1 000 h	599	587	646	774	722	718	710	797	755
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	85	79	87	84	81	82	88	84	86
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	63	58	67	64	61	61	67	63	65
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	22	21	20	20	20	21	21	21	21
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	343	305	342	352	343	416	369	402	395
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	116	98	109	115	109	153	122	128	126
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	86	80	87	84	84	113	99	109	111
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	140	128	147	153	149	150	148	166	158
darunter Straßenbau	Mill. EUR	57	56	64	76	71	78	77	94	81
Ausbaugewerbe/ Bauintallation und sonstiges Ausbaugewerbe ^{4) 5)}										
		Einheit	2004	2005				2006		
			Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	332	319	319	320	319	319	307	306	302
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	11 708	11 350	11 207	11 488	11 350	11 353	10 880	10 970	11 170
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 558	3 557	3 330	3 652	3 632	3 615	3 311	3 465	3 600
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	77	76	72	77	76	81	70	73	74
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	55	54	51	55	54	57	50	53	53
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	22	22	20	21	22	24	20	21	21
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	263	251	183	240	253	327	193	238	256
HANDEL										
Großhandel ^{p 7)}		Einheit	2004	2005			2006			
			Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Beschäftigte	2003=100	98,7	95,8	96,7	96,9	96,9	96,8	97,6	98,0	98,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	104,2	105,4	108,2	108,0	108,3	105,3	108,0	110,1	111,1
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	103,6	104,1	109,9	113,5	109,9	105,7	109,9	115,6	114,3
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	101,6	99,4	104,3	106,8	103,4	97,2	100,6	106,7	106,1
Einzelhandel ^{p 9)}										
* Beschäftigte	2003=100	102,9	103,8	104,0	104,4	104,8	106,3	107,3	107,1	108,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	102,7	105,8	106,5	106,6	107,2	109,2	110,0	109,0	110,3
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	103,2	103,9	101,8	104,2	106,3	106,7	106,7	105,7	108,3
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	103,1	103,1	101,3	103,2	105,2	105,0	105,1	103,8	106,3
Kfz-Handel u. Tankstellen ^{p 10)}										
* Beschäftigte	2003=100	98,2	97,8	98,8	98,6	98,7	97,2	98,2	98,1	97,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	92,3	93,1	94,6	93,7	92,3	98,1	96,9	95,4	95,0
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	102,5	111,3	101,1	112,9	109,9	112,7	103,9	112,2	120,4
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	101,3	109,2	99,0	110,3	107,0	108,6	100,0	107,9	115,8
GASTGEWERBE ^p										
* Beschäftigte	2003=100	106,5	108,8	112,0	114,2	112,0	114,0	114,8	114,8	112,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	108,3	115,4	118,1	121,6	118,6	121,6	121,3	121,9	117,9
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	99,3	99,2	109,6	113,1	111,4	109,0	108,9	116,9	111,9
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	98,6	97,4	107,0	110,4	109,5	104,7	104,9	112,6	108,4

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtsjahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Gästeankünfte	1 000	580	595	798	823	785	775	781	871	781
* darunter von Auslandsgästen	1 000	130	137	236	153	151	239	228	177	154
* Gästeübernachtungen	1 000	1 652	1 660	2 598	2 237	2 177	2 374	2 439	2 288	2 154
* darunter von Auslandsgästen	1 000	376	394	850	445	408	798	807	487	414
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 262	2 203	2 550	2 233	2 447	2 231	2 332	2 217	2 279
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 447	1 430	1 824	1 511	1 681	1 581	1 706	1 432	1 692
* Getötete Personen	Anzahl	24	24	39	32	18	29	19	18	33
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	13	13	19	15	7	8	4	17	12
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	5	13	10	6	15	10	-	8
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	4	2	1	3	1	2
Fußgänger	Anzahl	3	3	5	1	-	3	1	-	5
* Verletzte Personen	Anzahl	1 881	1 874	2 392	1 932	2 159	1 985	2 180	1 909	2 120
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	376	362	497	391	435	422	435	342	444
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	191	168	204	145	169	139	158	177	147
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	84	83	129	130	116	161	144	76	135
Radfahrer	Anzahl	45	50	98	72	90	77	74	50	89
Fußgänger	Anzahl	38	41	46	26	41	30	31	24	57
Kraftfahrzeuge ³⁾										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 587	13 674	12 229	11 114	14 609	15 100	12 178	14 298	14 482
darunter										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	865	801	749	576	410	1 004	943	717	432
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	11 583	11 752	10 414	9 527	12 691	12 705	10 343	12 169	12 897
* Lastkraftwagen	Anzahl	738	787	743	711	1 122	1 073	712	1 009	855
* Zugmaschinen	Anzahl	239	268	200	179	312	262	220	290	244
Personenbeförderung										
	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	69 121	62 432	66 493	65 026	54 394	63 816	69 273	63 761	54 906
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	643	574	573	570	493	660	612	581	499
Binnenschifffahrt										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Gütereingang	1 000 t	1 185	1 183	1 215	1 232	1 273	1 201	1 276	1 235	1 362
* Güterversand	1 000 t	808	852	887	988	967	929	918	993	994
AUSSENHANDEL ⁶⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 644	2 842	2 823	2 682	2 987	3 063	3 147	2 953	3 125
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	166	173	168	195	192	191	198	209	212
* Güter der gewerbli. Wirtschaft	Mill. EUR	2 439	2 529	2 517	2 360	2 645	2 716	2 808	2 604	2 760
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	16	18	13	17	17	25	14	19
* Halbwaren	Mill. EUR	106	103	111	99	120	124	105	115	121
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 309	2 409	2 388	2 249	2 508	2 575	2 679	2 476	2 620
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	702	708	649	582	844	831	995	807	805
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 607	1 701	1 739	1 667	1 664	1 744	1 684	1 668	1 815

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab Oktober 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)		Einheit	2004	2005				2006			
			Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
davon nach											
* Europa	Mill. EUR	1 938	2 082	2 074	1 929	2 257	2 336	2 141	2 173	2 330	
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 726	1 823	1 811	1 656	1 962	2 035	1 836	1 822	2 007	
Belgien	Mill. EUR	129	140	137	124	158	169	139	156	167	
Luxemburg	Mill. EUR	38	39	42	39	33	42	49	44	44	
Dänemark	Mill. EUR	33	38	37	38	43	37	40	48	47	
Finnland	Mill. EUR	20	21	20	16	24	24	21	25	26	
Frankreich	Mill. EUR	356	366	355	283	383	356	330	301	381	
Griechenland	Mill. EUR	29	44	58	44	48	42	35	39	37	
Großbritannien	Mill. EUR	213	230	238	260	261	241	232	283	219	
Irland	Mill. EUR	12	13	13	16	15	15	15	17	15	
Italien	Mill. EUR	196	203	217	143	223	293	228	174	242	
Niederlande	Mill. EUR	154	150	142	136	170	156	152	144	147	
Österreich	Mill. EUR	128	122	117	122	134	143	119	125	142	
Schweden	Mill. EUR	55	62	38	93	61	50	40	46	53	
Spanien	Mill. EUR	164	176	182	137	172	204	182	160	202	
Portugal	Mill. EUR	19	18	18	16	20	21	22	20	22	
* Afrika	Mill. EUR	61	64	77	67	62	81	82	66	76	
* Amerika	Mill. EUR	300	333	288	318	292	325	553	328	365	
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	227	253	200	246	210	238	462	235	265	
* Asien	Mill. EUR	319	333	355	342	349	297	345	359	321	
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	49	42	45	52	43	56	56	48	
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	25	28	29	26	27	24	26	27	33	
Einfuhr (Generalhandel)											
* Insgesamt	Mill. EUR	1 625	1 751	1 857	1 782	1 665	1 954	1 879	1 999	1 981	
darunter											
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	177	161	157	177	140	160	139	207	138	
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 392	1 435	1 535	1 447	1 380	1 621	1 576	1 620	1 677	
davon											
* Rohstoffe	Mill. EUR	51	63	67	61	68	75	90	91	92	
* Halbwaren	Mill. EUR	192	211	258	256	188	253	249	258	261	
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 149	1 161	1 210	1 130	1 124	1 293	1 237	1 270	1 323	
davon											
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	303	308	306	303	284	340	331	372	371	
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	845	852	905	827	840	954	906	898	952	
* davon aus											
* Europa	Mill. EUR	1 291	1 381	1 455	1 394	1 285	1 533	1 465	1 520	1 501	
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	1 163	1 230	1 292	1 245	1 145	1 362	1 293	1 328	1 313	
Belgien	Mill. EUR	186	200	179	218	208	266	237	282	232	
Luxemburg	Mill. EUR	28	34	40	35	24	29	45	37	28	
Dänemark	Mill. EUR	28	35	28	32	35	29	31	29	33	
Finnland	Mill. EUR	7	8	6	9	7	9	10	9	9	
Frankreich	Mill. EUR	253	239	262	217	221	227	253	213	228	
Griechenland	Mill. EUR	5	4	4	4	4	5	6	3	4	
Großbritannien	Mill. EUR	63	63	61	65	73	54	62	58	70	
Irland	Mill. EUR	14	17	28	16	23	28	7	9	7	
Italien	Mill. EUR	106	108	125	108	94	135	128	113	136	
Niederlande	Mill. EUR	182	241	284	269	205	251	203	253	268	
Österreich	Mill. EUR	53	51	51	54	47	65	50	56	68	
Schweden	Mill. EUR	36	38	26	18	19	38	39	40	45	
Spanien	Mill. EUR	72	68	73	66	61	77	67	66	58	
Portugal	Mill. EUR	10	9	10	9	9	13	10	10	11	
* Afrika	Mill. EUR	31	34	31	52	31	32	35	22	30	
* Amerika	Mill. EUR	133	143	138	132	135	176	176	240	210	
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	104	111	108	103	106	133	133	156	152	
* Asien	Mill. EUR	165	188	230	197	210	203	197	210	237	
darunter aus Japan	Mill. EUR	27	27	30	19	25	27	23	25	35	
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	4	3	6	4	10	6	6	4	
GEWERBEANZEIGEN ³⁾											
	Einheit	2004	2005				2006				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 879	3 630	3 692	3 552	3 523	3 449	3 563	3 563	3 617	
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 798	2 883	2 744	2 637	2 629	2 785	2 883	2 749	2 831	

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Insgesamt	Anzahl	456	548	547	456	613	605	661	564	601
davon										
* Unternehmen	Anzahl	130	138	135	112	139	136	134	112	132
* Verbraucher	Anzahl	201	264	254	210	331	325	375	316	343
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	113	130	145	120	129	130	132	123	110
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	13	15	13	14	14	14	20	13	16
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	118	116	97	91	98	170	83	154	147
HANDWERK ²⁾										
	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾	93,6	91,2	90,4	90,8	92,6	91,1	89,8	90,7	93,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	96,7	94,7	79,2	96,3	98,2	105,2	83,0	99,2	102,6
PREISE										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Verbraucherpreisindex	2000=100	106,0	108,2	109,0	108,5	109,4	110,0	110,1	110,0	110,9
VERDIENSTE ⁶⁾										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	
* Bruttonomatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 571	2 597	2 576	2 608	2 641	2 555	2 662	2 683	...
* Männer	EUR	2 643	2 667	2 646	2 677	2 713	2 622	2 734	2 756	...
* Frauen	EUR	1 935	1 962	1 950	1 968	1 975	1 960	1 999	2 011	...
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Gewerbe	EUR	15,55	15,70	15,62	15,70	15,80	15,78	15,88	15,97	...
* Männer	EUR	15,95	16,10	16,01	16,09	16,20	16,20	16,28	16,35	...
darunter										
Facharbeiter	EUR	17,05	17,22	17,12	17,23	17,36	17,27	17,35	17,46	...
angeleitete Arbeiter	EUR	15,45	15,51	15,42	15,51	15,60	15,58	15,65	15,73	...
Hilfsarbeiter	EUR	12,66	12,77	12,74	12,77	12,85	12,85	13,08	13,05	...
* Frauen	EUR	11,95	12,06	12,04	12,10	12,05	12,05	12,20	12,30	...
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	11,09	11,24	11,31	11,30	11,20	11,20	11,43	11,50	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,0	38,1	38,0	38,2	38,5	37,3	38,6	38,7	...
Arbeiter	h	38,1	38,1	38,0	38,3	38,5	37,3	38,7	38,8	...
Arbeiterinnen	h	37,3	37,4	37,3	37,4	37,7	37,4	37,7	37,6	...
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 775	3 833	3 815	3 843	3 855	3 852	3 891	3 918	...
* Männer	EUR	4 056	4 109	4 085	4 121	4 135	4 123	4 168	4 199	...
* Frauen	EUR	2 955	3 024	3 016	3 031	3 039	3 057	3 081	3 109	...
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 474	3 552	3 538	3 559	3 575	3 569	3 606	3 626	...
Männer	EUR	3 976	4 051	4 024	4 060	4 084	4 052	4 102	4 124	...
Frauen	EUR	2 879	2 947	2 941	2 954	2 960	2 980	3 005	3 027	...
* technische Angestellte	EUR	4 013	4 058	4 037	4 072	4 080	4 076	4 117	4 152	...
Männer	EUR	4 094	4 137	4 115	4 152	4 161	4 158	4 200	4 234	...
Frauen	EUR	3 245	3 314	3 301	3 322	3 331	3 335	3 361	3 408	...
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 878	2 930	2 921	2 929	2 944	2 964	2 978	2 980	...
* Männer	EUR	3 169	3 219	3 204	3 217	3 239	3 261	3 278	3 278	...
* Frauen	EUR	2 484	2 527	2 527	2 528	2 531	2 552	2 563	2 561	...
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 902	2 952	2 944	2 951	2 966	2 986	2 999	3 001	...
Männer	EUR	3 251	3 300	3 285	3 296	3 319	3 340	3 356	3 356	...
Frauen	EUR	2 495	2 533	2 534	2 533	2 536	2 559	2 568	2 566	...
* Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 329	3 387	3 372	3 392	3 406	3 415	3 444	3 459	...

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾

Einheit	2004		2005				2006		
	Durchschnitt		31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	113 247	116 220	115 919	116 079	116 272	116 611	117 476	118 096
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 465	12 276	12 650	12 259	12 162	12 031	12 876	12 859
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 938	9 331	9 438	9 491	9 205	9 188	9 412	9 390
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 844	94 614	93 831	94 329	94 905	95 392	95 188	95 847
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 347	110 708	110 271	110 514	111 055	110 993	111 487	111 770
davon an									
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	93 937	96 206	95 392	96 140	96 722	96 569	97 079	97 921
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 408	14 503	14 879	14 374	14 333	14 424	14 408	13 849
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 899	5 512	5 648	5 565	5 217	5 618	5 989	6 326
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	87 584	93 933	92 709	93 280	94 232	95 512	95 741	97 633
Sichteinlagen	Mill. EUR	24 185	26 954	25 589	26 843	27 329	28 055	28 003	27 841
Termineinlagen	Mill. EUR	27 994	30 217	29 961	29 618	30 524	30 766	31 267	33 850
Sparbriefe	Mill. EUR	5 159	5 317	5 371	5 342	5 260	5 293	5 403	5 775
Spareinlagen	Mill. EUR	30 246	31 446	31 788	31 477	31 119	31 398	31 068	30 167
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	84 868	90 659	89 707	90 189	90 625	92 115	92 497	94 040
davon von									
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	82 935	88 986	88 014	88 483	89 040	90 405	90 905	91 390
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	1 933	1 674	1 693	1 706	1 585	1 710	1 592	2 650
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 716	3 274	3 002	3 091	3 607	3 397	3 244	3 593

STEUERN

Einheit	2004		2005				2006		
	Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Aufkommen nach Steuerarten									
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 119	2 208	2 449	1 995	2 381	2 394	2 558	2 505
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	720	753	955	398	756	882	1 001	791
Lohnsteuer	Mill. EUR	601	582	423	422	742	795	432	757
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	115	110	-	-	314	340	-	321
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	7	49	328	- 24	- 18	- 11	379	- 8
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	51	36	19	13	7	13	8	10
Zinsabschlag	Mill. EUR	20	26	9	12	32	37	9	44
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	9	9	-	-	18	24	0	26
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	41	60	176	- 25	- 7	47	173	- 29
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	2	10	-	-	1	36	-	- 11
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 400	1 455	1 494	1 597	1 625	1 512	1 557	1 713
Umsatzsteuer	Mill. EUR	365	374	370	423	404	368	377	420
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 035	1 081	1 124	1 174	1 221	1 144	1 180	1 294
Zölle	Mill. EUR	113	130	159	148	138	152	167	158
Bundessteuern	Mill. EUR	92	86	93	61	64	63	95	69
darunter									
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	51	43	36	35	35	31	37	38
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	32	34	49	19	21	23	51	22

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN		2004		2005			2006			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Landessteuern	Mill. EUR	99	92	89	72	78	88	76	84	77
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	30	20	12	8	17	13	14	11	10
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	16	16	16	17	17	17	17	18	20
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	35	38	34	36	30	36	31	35	33
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	14	13	18	8	12	18	6	17	12
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	2	4	0	0	0	4	0	0
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	4	3	3	4	3	3	3
		Einheit		2004			2005			
		Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Gemeindesteuern	Mill. EUR	404	434	438	415	406	477	532	515	527
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	5	5	4	4	4	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	99	102	92	110	112	93	95	109	115
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	291	319	333	288	280	373	423	388	398
sonstige Gemeindesteuern 1)	Mill. EUR	9	9	8	13	8	8	11	14	9
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	600	626	543	569	621	769	653	680	744
Gewerbesteuer (netto) 2)	Mill. EUR	230	250	291	220	216	273	376	308	320
Anteil an der Lohnsteuer und	Mill. EUR	230	232	130	193	251	354	150	216	267
veranlagten Einkommensteuer										
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	28	28	17	28	28	38	16	29	28
		Einheit		2004			2005			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	598	597	535	470	578	637	683	501	612
Landessteuern	Mill. EUR	99	92	89	72	78	88	76	84	77
Anteil an den Steuern vom	Mill. EUR	261	272	365	116	268	322	386	124	283
Einkommen										
Lohnsteuer	Mill. EUR	205	196	130	129	263	285	133	132	270
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	3	21	139	- 10	- 8	- 5	161	- 7	- 3
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	22	13	4	4	2	2	1	6	3
Zinsabschlag	Mill. EUR	11	11	4	5	14	16	4	6	19
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	19	30	88	- 13	- 4	24	86	- 15	- 6
Anteil an den Steuern vom	Mill. EUR	224	216	80	237	230	224	222	237	246
Umsatz										
Umsatzsteuer	Mill. EUR	160	158	15	174	167	162	153	170	185
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	64	57	65	63	63	63	69	67	61
Anteil an der Gewerbe-	Mill. EUR	5	6	0	14	1	1	-	15	2
steuerumlage										
Gewerbesteuerumlage-	Mill. EUR	2	2	0	6	0	0	-	7	1
Anhebung (FDE)										
Gewerbesteuerumlage-	Mill. EUR	7	8	0	21	1	1	-	28	3
Anhebung (LFA)										
Gewerbesteuerumlage-	Mill. EUR	1	2	0	4	0	0	-	6	1
Unternehmenssteuerreform										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 078	1 189	1 294	1 078	1 236	1 225	1 381	1 078	1 294
Bundessteuern	Mill. EUR	92	86	93	61	64	63	95	72	69
Anteil an den Steuern vom	Mill. EUR	314	336	420	168	321	379	439	175	336
Einkommen										
Anteil an den Steuern vom	Mill. EUR	667	761	782	835	850	783	847	815	887
Umsatz										
Anteil an der Gewerbesteuer-	Mill. EUR	5	6	0	14	1	1	-	15	2
umlage										

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Dezember

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 2. Vierteljahr 2006 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A1013 200642

Abgekürzte Sterbetafel 2003/2005
Bestellnr.: A2033 200501

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz am 31. Dezember 2005 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A6013 200544

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ernteberichterstattung über Gemüse und/oder Obst im Oktober/November 2006
Bestellnr.: C2033 200604

Vorläufige Weinmosternte 2006 – Abschließendes Ergebnis der Ernteberichterstattung im November
Bestellnr.: C2043 200600

Milcherzeugung und -verwendung, Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eierzeugung Juli bis September 2006
Bestellnr.: C3053 200643

Viehbestände landwirtschaftlicher Betriebe am 3. November 2006 – Vorläufiges Ergebnis
Bestellnr.: C3063 200600

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im September 2006
Bestellnr.: D1023 200609

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Oktober 2006
Bestellnr.: E1023 200610

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Oktober 2006

Bestellnr.: E1033 200610

Bauhauptgewerbe im Oktober 2006 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200610

Bauhauptgewerbe im Juni 2006 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Totalerhebung)
Bestellnr.: E2033 200600

Ausbaugewerbe im 3. Quartal 2006 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Bestellnr.: E3023 200643

Elektrizitäts- und Wärmeenergieerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im September 2006
Bestellnr.: E4023 200609

Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im verarbeitenden Gewerbe 2005
Bestellnr.: E4073 200500

Umsatz und Beschäftigte im Handwerk im 3. Vierteljahr 2006
Bestellnr.: E5023 200643

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Oktober 2006
Bestellnr.: F2033 200610

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im Oktober 2006
Bestellnr.: G1023 200610

Aus- und Einfuhr im September 2006
Bestellnr.: G3023 200609

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Oktober 2006
Bestellnr.: H1023 200610

Zulassungen und Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen sowie Fahrerlaubnisprüfungen 2005
Bestellnr.: H1043 200500

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im Jahr 2005
Bestellnr.: H1063 200500

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 3. Vierteljahr 2006
Bestellnr.: H1073 200643

Binnenschifffahrt im September 2006
Bestellnr.: H2023 200609

Sozialleistungen

Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2005
Bestellnr.: K3013 200501

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen in Rheinland-Pfalz – Kassenergebnisse für das 3. Vierteljahr 2006
Bestellnr.: L2023 200643

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im November 2006
Bestellnr.: M1013 200611

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im September 2006
Bestellnr.: Z1013 200609

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Statistisches Jahrbuch Rheinland-Pfalz 2006
Bestellnr.: Z2101 200600

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Dezember 2006
Bestellnr.: Z2201 200612

60 Jahre Statistik für Rheinland-Pfalz (Kalender)
Bestellnr.: Z4016 200701

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

DVD: Statistik regional – Daten für die Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands – Ausgabe 2006
Bestellnr.: Z1035C 200600

DVD: Statistik lokal – Daten für die Gemeinden, kreisfreien Städte und Kreise Deutschlands (Ausgabe 2006)
Bestellnr.: Z1065C 200600

E-Mail-Versand (kostenfrei): Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1998 bis 2005 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 Arbeitsvolumen
Bestellnr.: A6225E 200500

E-Mail-Versand (kostenfrei): Standard-Arbeitsvolumen in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1999 bis 2004 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2 Standard-Arbeitsvolumen
Bestellnr.: A6325E 200400

E-Mail-Versand (kostenfrei): Erwerbstätige in Vollzeitäquivalenten in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1999 bis 2004 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 3 Vollzeitäquivalente
Bestellnr.: A6335E 200400

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de steht die überwiegende Zahl der aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Statistisches Jahrbuch 2006

Das Statistische Jahrbuch liefert schnell und übersichtlich die wichtigsten Daten über Rheinland-Pfalz und gibt mit detaillierten Quellenangaben Hilfestellungen für tiefer gehende Recherchen. In 22 Kapiteln zeichnet diese Veröffentlichung ein umfassendes Bild des Landes, das von der Bevölkerung über die Bildung, die Wirtschaft und das Gesundheitswesen bis hin zu Verkehr und Umwelt alle wesentlichen Bereiche des Lebens darstellt.

Ein Ziel der neuen Konzeption des Jahrbuches 2006 ist es, die Informationen so aufzubereiten, dass sie sich den Lesern schneller erschließen. Jeder Abschnitt enthält neben Tabellen nun auch Grafiken mit kurzen Kommentierungen. Dadurch werden Strukturen, Zusammenhänge sowie Entwicklungen anschaulich in das Blickfeld gerückt. Das neue Jahrbuch wurde außerdem um wichtige Daten und Fakten erweitert. Zu nennen sind hier insbesondere die zusätzlichen Informationen zu Unternehmen und Betrieben, zum Gütertransport sowie nicht zuletzt die Erweiterung des Abschnitts „Kultur und gesellschaftliche Einrichtungen“.

Das Statistische Jahrbuch kann als Printversion zum Preis von 18,00 Euro (einschließlich Versandkosten) beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter

<http://www.statistik.rlp.de/verlag/gesamt/sonstiges/jahrbuch2006.pdf> zur Verfügung.



Statistik für Rheinland-Pfalz – Entwicklungen und Perspektiven

Die Publikation „Statistik für Rheinland-Pfalz – Entwicklungen und Perspektiven“ gibt eine umfassende Bilanz der Arbeit des Statistischen Landesamtes für die zurückliegenden beiden Jahre. Die wichtigsten Neuerungen werden mit kurzen Texten, Grafiken und Bildern dargestellt.

Die Broschüre „Statistik für Rheinland-Pfalz – Entwicklungen und Perspektiven“ kann kostenfrei beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Referat Presse/Auskunftsdienst, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-3240, E-Mail: pressestelle@statistik.rlp.de. Sie steht außerdem unter www.statistik.rlp.de/ueberuns/pdf/jahresbericht2006.pdf zum kostenfreien Download im Internet zur Verfügung.



Statistik regional und Statistik lokal

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder mit vielfältigen Gemeinde- und Kreisdaten neu aufgelegt

Deutschlandweite Vergleiche von Regionen ermöglichen zwei Statistik-Datenbanken auf DVD, deren aktualisierte Ausgaben kürzlich erschienen sind. Die DVD „Statistik lokal“ bietet für alle 12 400 Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland einen Querschnitt aus wichtigen Bereichen der amtlichen Statistik. Inhaltlich wesentlich umfangreicher, aber auf die Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands beschränkt ist die DVD „Statistik regional“. Die DVD-Datenbanken sind unter allen Windows-Betriebssystemen nutzbar. Daten können individuell zusammengestellt und für Auswertungen in gängige Standardsoftware exportiert werden.



Die DVDs kosten jeweils 74,00 Euro. Zusätzlich erwirbt man mit dem Kauf von „Statistik regional“ einen auf ein Jahr begrenzten Zugang zu „Genesis-Online regional“, einer mehrmals jährlich aktualisierten, über das Statistik-Portal der statistischen Ämter des Bundes und der Länder erreichbaren Internet-Datenbank. Die beiden DVDs können bei allen statistischen Ämtern des Bundes und der Länder bestellt werden.

Gemeindeverzeichnis

Das Gemeindeverzeichnis ist eine von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam herausgegebene Datenbank auf CD-ROM. Es enthält für jede der rund 12 400 politisch selbständigen Gemeinden Deutschlands neben deren Namen die folgenden Merkmale:

- Gemeindegeschlüsselnummer
- Postleitzahl (des Verwaltungssitzes)
- Fläche
- Einwohner (insgesamt, männlich, weiblich; für alle regionalen Ebenen)
- Anschrift der Gemeindeverwaltung
- Anschrift des Gemeindeverbandes
- Anschrift der Kreisverwaltung
- Anschrift des Regierungsbezirkes
- Anschrift der Landesregierung
- Gerichtsbezirksschlüssel
- Finanzamtsbezirksschlüssel
- Arbeitsamtsbezirksschlüssel
- Bundestagswahlkreisschlüssel
- Nichtadministrative Gebietseinheiten wie Arbeitsmarktregionen oder Raumordnungsregionen



Die CD-ROM „Gemeindeverzeichnis“ enthält eine netzwerkfähige Microsoft Access-Datenbank unter MS Office 97 mit der zum Betrieb erforderlichen Software und einen Powerpoint Viewer. Die Daten können menügesteuert abgerufen und in verschiedene Formate exportiert werden.

Technische Voraussetzungen:

- Betriebssystem ab Windows 95
- Microsoft Office 97/2000/XP
- Bildschirmauflösung 1024 x 768

Die CD-ROM kann zum Preis von 98,00 Euro (einschließlich Versandkosten) beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden – Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Layout und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Achim Steinhäuser und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2007

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.